



Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes
vom Institut für Zeitgeschichte

Hauptherausgeber
Hans-Peter Schwarz

Mitherausgeber
Helga Haftendorn, Klaus Hildebrand,
Werner Link, Horst Möller und Rudolf Morsey

R. Oldenbourg Verlag München 1999

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

1968

Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1968

Wissenschaftlicher Leiter
Rainer A. Blasius

Bearbeiter
Mechthild Lindemann und Matthias Peter

R. Oldenbourg Verlag München 1999

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
/ hrsg. im Auftr. des Auswärtigen Amts vom Institut für
Zeitgeschichte. – München : Oldenbourg.

1968.

Bd. 1. 1. Januar bis 30. Juni 1968. – 1999

ISBN 3-486-56411-0

© 1999 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: <http://www.oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwer-
tung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verla-
ges unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzun-
gen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen
Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Gedruckt auf säure- und chlorfreiem, alterungsbeständigem Papier

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-56411-0

Inhalt

Vorwort	VII
Vorbemerkungen zur Edition	VIII
Verzeichnisse	XV
Dokumentenverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	CXLIX
Abkürzungsverzeichnis	CLV
Dokumente	1
Band I (Dokumente 1–207)	3
Band II (Dokumente 208–429)	815
Register	1657
Personenregister	1657
Sachregister	1713
Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Mai 1968	1775

Vorwort

Mit den Jahresbänden 1968 wird zum sechsten Mal eine Sammlung von Dokumenten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts unmittelbar nach Ablauf der 30jährigen Aktensperrfrist veröffentlicht. Das bewährte Editionskonzept der seit Herbst 1993 bereits publizierten „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ über die Jahre 1949/50 (ein Band), 1963 (drei Bände), 1964 (zwei Bände), 1965 (drei Bände), 1966 (zwei Bände) und 1967 (drei Bände) ist beibehalten worden.

Das Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, insbesondere dem Politischen Archiv sowie den Damen und Herren in den Referaten, die beim Deklassifizierungsverfahren zur Offenlegung der Dokumente beigetragen haben. In gleicher Weise zu danken ist dem Bundeskanzleramt für die Erlaubnis, unverzichtbare Dolmetscheraufzeichnungen einbeziehen zu können. Desgleichen danke ich für die Genehmigung zum Abdruck wichtiger und die amtliche Überlieferung ergänzender Schriftstücke dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin (Nachlaß des ehemaligen Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger), dem Willy-Brandt-Archiv in Bonn (Nachlaß des Bundesministers des Auswärtigen der Jahre 1966 bis 1969, Willy Brandt) und Herrn Bundesminister a.D. Professor Egon Bahr („Depositum Bahr“ im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn).

Besonderer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausgebergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe in bewährter Kollegialität gewidmet haben. Ferner sei die tadellose Zusammenarbeit mit den zuständigen Persönlichkeiten und Gremien des Instituts für Zeitgeschichte dankbar hervorgehoben. Gedankt sei auch dem präzise arbeitenden Verlag R. Oldenbourg.

Das Hauptverdienst am Gelingen der beiden Bände gebührt den Bearbeitern, Frau Dr. Mechthild Lindemann und Herrn Dr. Matthias Peter, zusammen mit dem Wissenschaftlichen Leiter, Herrn Dr. Rainer A. Blasius. Ihnen sei für die erbrachte Leistung nachdrücklichst gedankt.

Ebenso haben wesentlich zur pünktlichen Fertigstellung der Edition beigetragen: Herr Dr. Jürgen Klöckler und Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch durch die Bearbeitung von jeweils zwei Monaten des Jahres 1968, Herr Dr. Franz Eibl durch die Erstellung des Personenregisters und Herr Dr. Wolfgang Hölscher durch die kompetente Beratung bei der Herstellung des Umbruchs.

Die Editionen für 1969 und 1951 befinden sich in Arbeit. Sie sollen im vorgesehenen Rhythmus erscheinen.

Bonn, den 1. August 1998

Hans-Peter Schwarz

Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1968“ (Kurztitel: AAPD 1968) umfassen zwei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band II finden sich ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Mai 1968.

Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsdition der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1968 waren die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Besonderes Gewicht wurde auf die zentralen Bestände „Ministerbüro“ und „Büro Staatssekretär“ gelegt. Angemessene Berücksichtigung fanden aber auch die einzelnen Abteilungen und Referate des Auswärtigen Amts. Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amts Eingang gefunden haben, wurden nur zur Kommentierung herangezogen und lediglich in Fällen von besonderer außenpolitischer Bedeutung als Dokumente aufgenommen. Fast ausnahmslos haben dagegen die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten Aufnahme gefunden. Als notwendige Ergänzung dienten die im Bundeskanzleramt überlieferten Gesprächsaufzeichnungen.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die außenpolitischen Aktivitäten des Bundesministers des Auswärtigen. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil ausschließlich Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich und größtenteils als Verschlußsachen der Geheimhaltung unterworfen waren. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden den Bearbeitern die VS-Bestände des PA/AA ohne Einschränkung zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Das Bundeskanzleramt war zuständig für die Deklassifizierung von Verschlußsachen aus den eigenen Beständen. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1968 edierten Dokumente weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine äußerst geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund

stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von einer Deklassifizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus dem Bereich mulilateraler oder internationaler Organisationen wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

Dokumentenfolge

Die 429 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z.B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z.B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Fußnote ausgewiesen. Ein Dokument, bei dem nur der Entstehungsmonat bekannt ist, wird am Ende des betreffenden Monats eingereiht. Bei Aufzeichnungen über Gespräche oder Besprechungen ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der Zeitpunkt der Niederschrift.

Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem halbfett gedruckten, stets gleichgestalteten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und -überschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzenden Angaben, so rechts außen die Datumsangabe. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das aus der Kurzbezeichnung der ausfertigenden Arbeitseinheit besteht sowie aus weiteren Elementen wie dem gemäß Aktenplan inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad, läßt Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zu und eröffnet die Möglichkeit, zugehöriges Aktenmaterial zu ermitteln. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Aus den Angaben im Dokumentenkopf, vor allem aus der Überschrift, läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments erschließen. Aufzeichnungen und Vermerke des internen Schriftverkehrs im Auswärtigen Amt sind eine in der Edition besonders häufig vertretende Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt. Läßt sich ein solcher weder unmittelbar noch mittelbar nachweisen, wird die ausfertigende Arbeitseinheit (Abteilung oder Referat) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Informationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der

Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter gerichtet war. Andernfalls werden die Adressaten in einer Fußnote aufgeführt. Bei Runderlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit angegeben. Rechts davon befindet sich das Aufgabedatum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Zusätzlich zu Datum und Uhrzeit der Aufgabe wird hier auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringenden Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke wird im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger das Geschäftszeichen und das Datum genannt. Eine Sonderform des Schriftberichts stellt das sogenannte Privatdienstschreiben dar, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amts mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen Niederschriften über Gespräche bzw. Besprechungen ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet. Hervorzuheben sind innerhalb dieser Dokumentengruppe Gesprächsaufzeichnungen der Dolmetscher. Für deren chronologische Einordnung ist das Gesprächs- oder Besprechungsdatum ausschlaggebend, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen werden.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs oder der Besprechung. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist Bonn stillschweigend zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem eigentlichen Dienstort auf, wird der Ortsangabe ein „z. Z.“ vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den aufgrund festgelegter Verteiler vervielfältigten Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebenein-

ander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstausfertigung mußten hin und wieder ein „Durchschlag als Konzept“, ein Durchdruck, eine Abschrift oder eine Ablichtung herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Fußnote. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Falls die Textvorlage eine inhaltlich substantielle Überschrift aufweist, wird diese mitabgedruckt. Die Dokumente werden in der Regel ungekürzt veröffentlicht. In wenigen Ausnahmefällen sind geringfügige Auslassungen vorgenommen worden; sie werden durch [...] gekennzeichnet und in einer Fußnote erläutert. Textergänzungen der Bearbeiter stehen ebenfalls in eckigen Klammern.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten: manchmal erwies sich jedoch eine Vereinheitlichung bzw. Modernisierung als sinnvoll. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen in der Textvorlage werden aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen, werden – sofern sie nicht formaler Natur sind – kursiv wiedergegeben. Darüber hinaus dient der Kursivdruck dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Zentrierungen usw.) folgt das Druckbild der Textvorlage, soweit dies unter Berücksichtigung der satztechnisch bedingten Gegebenheiten möglich ist.

Mit Ausnahme der dem Namen hinzugefügten Dienstbezeichnung, die der Überschrift eines Dokuments zu entnehmen ist, wird eine Unterschriftenformel vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftencharakter aufgelöst (mit Nachweis in einer Fußnote). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in halbfetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dabei ist, soweit möglich, der aktuelle Stand der Verzeichnungsarbeiten im Politischen Archiv berücksichtigt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd.“ versehen. Bei Dokumenten anderer

Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Da alle edierten Dokumente für die wissenschaftliche Benutzung bisher nicht oder nur in eingeschränktem Maße zur Verfügung standen, erübrigte sich eine systematische Suche nach Vor- und Teilveröffentlichungen.

Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler, werden nur bei besonderer Bedeutung erfaßt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument auf den verschiedenen Ebenen des Auswärtigen Amtes bzw. außerhalb dieser Behörde gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ableSEN, die auf dem Schriftstück selbst oder auf zugehörigen Begleitschreiben und -vermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden unter Kennzeichnung durch eckige Klammern aufgelöst.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weitere Aktenstücke und anderweitiges Schriftgut nachweisen, die unmittelbar oder mittelbar angesprochen werden, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind. Dem erstgenannten Gesichtspunkt tragen jene rück- oder weiterverweisenden Anmerkungen Rechnung, die Bezüge zwischen einzelnen Dokumenten in den vorliegenden zwei Bänden offenlegen und auf die AAPD 1963 bis 1967 bzw. auf die in Vorbereitung befindlichen AAPD 1969 verweisen. Das Auffinden von Dokumenten zu einem bestimmten thematischen Schwerpunkt ist mit Hilfe des Sachregisters möglich.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amtes bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die damaligen Entscheidungsprozesse erhellen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA. Um die Identifizierung von Drahtberichten bzw. -erlaß-

sen zu erleichtern, werden außer dem Verfasser und dem Datum die Drahtberichtsnummer und, wo immer möglich, die Drahterlaßnummer angegeben.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle in einer Anmerkung nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Auszüge aus den Bezugsstücken oder inhaltliche Zusammenfassungen sollen zum Verständnis der Dokumente beitragen. Bei Anmerkungen oder Anmerkungsteilen, deren Zweck die knappe Erläuterung eines Sachverhalts oder Ereignisses ist, erfolgen keine systematischen Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Die genannten Merkmale werden dabei erforderlichenfalls in Kombination oder auch im Wechsel dem Namen hinzugefügt. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davor ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, der Bundeskanzler und der Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Als Kurzform für die Deutsche Demokratische Republik kommen in den Dokumenten die Begriffe SBZ oder DDR vor und werden so wiedergegeben. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird jedoch in der Kommentierung und in den Regesten der Begriff DDR verwendet. Das Adjektiv „deutsch“ findet nur bei gesamtdeutschen Belangen oder dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet. Im übrigen orientiert sich die Edition bei der Benutzung geographisch-politischer Begriffe an der Sprache der Quellen.

Der Vertrag vom 8. April 1965 über die Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer vereinigten Kommission der Europäischen Gemeinschaften trat am 1. Juli 1967 in Kraft. Zur Kennzeichnung der Zusammenlegung von EWG, EURATOM und EGKS wird in der Kommentierung ab diesem Datum von „Europäische Gemeinschaften“ bzw. „EG“ gesprochen.

Für häufig benutzte Publikationen wie Editionen, Geschichtskalender und Memoiren werden Kurztitel oder Kurzformen eingeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Der Platzersparnis dienen ebenfalls die Rückverweise auf bereits an anderer Stelle ausgeführte Anmerkungen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliteration durchgeführt.

Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: Die halbfett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Übersicht in Form eines Regests. Um die Einheitlichkeit der Regesten in ihrem notwendigerweise verkürzenden Charakter zu wahren, steht bei der Zusammenfassung des Dokumenteninhalts nicht die Aufzählung aller angesprochenen Themen im Vordergrund, sondern die Aufmerksamkeit gilt wesentlichen Schwerpunkten oder neuartigen Gedanken. Die Regesten können und sollen lediglich einer ersten Orientierung dienen. Hinsichtlich ihrer formalen Gestaltung wird auf die vorangehenden Ausführungen zur Kommentierung verwiesen.

Das *Literaturverzeichnis* enthält nur solche Publikationen, die häufig zur Kommentierung herangezogen und mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden unter Angabe der notwendigen bibliographischen Daten aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt – mit Ausnahme der erwähnten Kurzformen – die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, es sei denn, sie sind so gebräuchlich, daß sich eine Auflösung erübrigt. Nicht aufgenommen werden Abkürzungen, die in einer Fußnote erläutert sind.

Register und Organisationsplan

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die für den inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. In der Regel wird nur die maßgebliche Funktion im Jahr 1968 angegeben. Zu den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen deutschen Funktionsbezeichnungen für ausländische Diplomaten werden in Einzelfällen die entsprechenden Termini in der jeweiligen Landessprache in Klammern hinzugefügt. Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, so wird im Register statt der betreffenden Seitenzahlen die halbfett gedruckte Dokumentennummer ausgeworfen.

Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die Dokumente. Auch hier wird in den Fällen, in denen sich ein Schlagwort auf ein Dokument in seiner Gesamtheit bezieht, die halbfett gedruckte Dokumentennummer anstelle von Seitenzahlen aufgeführt.

Der *Organisationsplan* vom Mai 1968 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und orientiert über die Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis

- | | | |
|---|--|------|
| 1 | 02.01. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt | S. 3 |
| | <p>Klaiber informiert über ein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten. De Gaulle erläuterte, daß er grundsätzlich keine Bedenken gegen einen britischen EG-Beitritt habe. Jedoch sei es der Gemeinschaft nicht zuzumuten, die aus der „ungeordneten wirtschaftlichen Situation“ in Großbritannien erwachsenen Lasten mitzutragen. Daher lehne er Verhandlungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab. Zu Gesprächen über ein wirtschaftliches Abkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Großbritannien sowie anderen interessierten Staaten zeigte de Gaulle sich bereit.</p> | |
| 2 | 04.01. Botschafter Schlitter, Athen, an Staatssekretär Duckwitz | S. 5 |
| | <p>Schlitter weist darauf hin, daß die seit dem gescheiterten Putsch von Anhängern des Königs Konstantin II. vom 13. Dezember 1967 geübte Praxis, keine offiziellen Kontakte mit der Regierung Papadopoulos zu unterhalten, erhebliche Schwierigkeiten hervorruft. Die Botschaft habe keine Möglichkeit, die Interessen der Bundesrepublik geltend zu machen, weil sie von allen offiziellen Informationen abgeschnitten sei. Der bestehende „Schwabenzustand“ in den Beziehungen komme nur den Ostblock-Staaten zugute. Schlitter schlägt vor, den normalen Geschäftsverkehr mit der griechischen Regierung wieder aufzunehmen.</p> | |
| 3 | 04.01. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt | S. 8 |
| | <p>Knappstein berichtet von einem Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister. Rusk wies darauf hin, daß es im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Stabilisierung der amerikanischen Zahlungsbilanz zu einer erneuten Diskussion über eine Verringerung der Streitkräfte in Europa kommen könne. Jedoch sollten weder die sicherheitspolitischen Vereinbarungen noch die Handelspolitik beeinträchtigt werden. Der amerikanische Außenminister zeigte sich interessiert an einem französischen Schadensersatz für die Verlegung der Infrastruktur der NATO. Positiv äußerte sich Rusk über die Gespräche der Bundesregierung mit der sowjetischen Regierung, mahnte aber auch zur Vorsicht. Wenn die sowjetische Seite von einem neuen Status für Berlin spräche, höre er „gleichsam eine Zeitbombe ticken“. Einem Nichtverbreitungsabkommen brachte Rusk „keinen besonderen Enthusiasmus“ entgegen. Knappstein hob das Interesse der Bundesregierung an der Kontrollfrage und an einer zeitlichen Begrenzung der Vertragsdauer hervor.</p> | |

- 4 06.01. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin S. 13

Zarapkin verliest eine für Bundeskanzler Kiesinger bestimmte Note zu Berlin (West). Brandt hebt den besonderen internationalen Status sowie die Zuständigkeit der drei Westmächte für die Stadt hervor. Zum sowjetischen Vorwurf „provokatorischer Umtriebe“ bemerkt er, daß die Gesetzgebung im sozialen und wirtschaftlichen Bereich sowohl für das Bundesgebiet als auch für Berlin (West) gelte, so daß es nützlich sei, wenn sich Ausschüsse des Bundestages mit den besonderen Gegebenheiten in Berlin vertraut machen. Was den Bundesrat betreffe, so gehöre Berlin (West) zur Versammlung der Länder. Zarapkin gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sich eine Verschärfung der Lage in Berlin (West) vermeiden lasse.

- 5 08.01. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem Staatsminister im britischen Außenministerium, Lord Chalfont S. 16

Brandt bekräftigt, daß weiterhin eine britische Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften angestrebt werden sollte. Er schlägt Großbritannien vor, einen Beitritt zu EURATOM in Erwägung zu ziehen, zumal die französischen Argumente gegen eine solche Beteiligung nicht stichhaltig seien. Lord Chalfont weist demgegenüber darauf hin, daß eine Konzentration auf EURATOM wegen der geplanten Fusion der Gemeinschaften keine Lösung sein könne. Er befürwortet Konsultationen zwischen den fünf EG-Mitgliedstaaten, die für eine Erweiterung der Gemeinschaft seien, und den vier beitrittswilligen Staaten. Besonderes Interesse bekundet er an Gesprächen über eine Zusammenarbeit auf Gebieten außerhalb der Gemeinschaften, an denen auch Frankreich teilnehmen könne.

- 6 08.01. Ministerialdirektor Ruete an Botschafter Strätling, Bukarest S. 19

Ruete weist Strätling an, eine Botschaft des Bundesministers Brandt an den rumänischen Außenminister zu übermitteln. Manescu gegenüber solle die Entspannungspolitik der Bundesrepublik noch einmal bekräftigt werden, in die auch die DDR einbezogen sei. Allerdings dürfe dadurch die Teilung Deutschlands nicht vertieft werden. Von der Zulassung eines Beobachters der DDR bei der UNO verspreche sich die Bundesregierung keine positive Wirkung. Zur rumänischen Kritik am unzureichenden Einschreiten gegen das „Wiederaufleben des Faschismus“ in der Bundesrepublik solle darauf hingewiesen werden, daß die Bundesregierung die Entwicklung der NPD genau verfolge und einschreiten werde, wenn der „Tatbestand der Illegalität“ vorliege.

-
- 7 09.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 23
- Ruete stellt die Bemühungen der DDR um die skandinavischen Staaten dar, deren strategische Lage und neutrale Tradition solche Aktivitäten ebenso begünstige wie die wirtschaftsgeographische Situation, die das Interesse an einer handelspolitischen Kooperation im Ostseeraum fördere. Hinzu komme die Aufgeschlossenheit gegenüber der deutschen Kultur, die von der DDR etwa durch die Gründung eines Kulturzentrums in Stockholm geschickt genutzt werde. Schließlich fänden die politischen Thesen der DDR durch Besuche hoher Funktionäre in Skandinavien Gehör. Daher spricht sich Ruete für ein aktiveres Vorgehen der Kulturinstitute der Bundesrepublik aus.
- 8 09.01. Botschafter Allardt, Madrid, an das Auswärtige Amt S. 27
- Allardt berichtet vom Abschiedsbesuch beim spanischen Staatschef. Franco äußerte Zweifel, ob die UdSSR eine wirkliche Koexistenz und Entspannung mit dem Westen wünsche. Er betonte, daß die deutsche Wiedervereinigung auch im Interesse eines europäischen Zusammenschlusses eine „zwingende Notwendigkeit“ sei. Abschließend stellt Allardt fest, daß die physischen Kräfte des Staatschefs nachließen und die Frage der Nachfolge zunehmend diskutiert werde.
- 9 10.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 28
- Bahr faßt ein Gespräch mit dem Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) am 9. Januar 1968 in Wien zusammen. Eklund unterbreitete Vorschläge für die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der IAEO und wies darauf hin, daß eine positive Stellungnahme der Bundesrepublik zu einem Nichtverbreitungsabkommen sich günstig auf die gewünschte ständige Vertretung im Gouverneursrat der IAEO auswirken könnte. Bahr erläuterte den Standpunkt der Bundesregierung hinsichtlich eines Verifikationsabkommens zwischen EURATOM und der IAEO. Eklund betonte demgegenüber die Notwendigkeit eines baldigen Abschlusses eines Nichtverbreitungsabkommens. Die Bundesrepublik könne dabei eine wichtige Rolle spielen und aus der „Verdachtssphäre“ herauskommen, daß sie sich „ein Reservat für Waffenherstellung“ vorbehalten wolle.
- 10 10.01. Botschafter Blankenhorn, London, an das Auswärtige Amt S. 32
- Blankenhorn teilt mit, daß er dem Staatsminister im britischen Außenministerium den Wunsch der Bundesregierung nach einer ständigen Vertretung im Gouverneursrat der IAEO vorgebrachten habe. Mulley habe Verständnis gezeigt, den Weg einer Änderung der Statuten allerdings als nicht gangbar bezeichnet. Dies könne Änderungswünsche anderer Mitglieder und damit eine für den Westen ungünstige Kräfteverschiebung nach sich ziehen. Schließlich habe Mulley darauf hingewiesen, daß die Unterstützung weiterer europäischer Staaten leichter gewonnen

werden könne, wenn die Bundesrepublik sich positiver zur Annahme des IAEA-Kontrollsystems in Artikel III des geplanten Nichtverbreitungsabkommens zeige.

- 11** 11.01. Staatssekretär Duckwitz an Botschafter von Walther, Moskau S. 33

Duckwitz beantwortet die Stellungnahme des Botschafters vom 14. Dezember 1967 zur gegenwärtigen Politik der UdSSR. Er teilt die Ansicht von Walther, daß das „massive öffentliche Vorgehen“ der UdSSR keineswegs vertrauliche Gespräche über einen Gewaltverzicht ausschließe. Obwohl weder er, Duckwitz, noch Bundesminister Brandt sich Illusionen über die Aussichten machten, sollte das Gespräch über Sachfragen „am Rande des Gewaltverzichts“ fortgeführt werden. Im Zusammenwirken mit den westlichen Verbündeten müsse der UdSSR dabei verdeutlicht werden, daß es vergeblich sei, die Bundesrepublik unter Druck setzen oder isolieren zu wollen.

- 12** 11.01. Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt S. 35

Sattler gibt Informationen aus Gesprächen des Weihbischofs Tenhumberg sowie des Sekretärs der Deutschen Bischofskonferenz, Forster, mit dem Apostolischen Administrator in Breslau, Erzbischof Kominek, in Rom weiter. Kominek habe sich besorgt über das Erstarken der NPD gezeigt und eine Stellungnahme der Fuldaer Bischofskonferenz erbeten. Ferner hoffe er auf Unterstützung des deutschen Episkopats für das zu erwartende Memorandum des Bensberger Kreises zu den deutschen Ostgebieten. Zu seinen Verhandlungen im Staatssekretariat des Vatikans habe Kominek mitgeteilt, daß zum einen eine Änderung der Eintragungen im „Annuario Pontificio“ zu den Diözesangrenzen in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten und zum anderen die Ernennung zweier Administratoren für Kolberg und Grünberg angestrebt werde. Forster habe darauf hingewiesen, daß die deutschen Bischöfe dem nicht zustimmen könnten, weil die „Gefühle der deutschen Heimatvertriebenen“ nicht außer acht gelassen werden dürften.

- 13** 12.01. Ministerialdirigent Böker an Legationsrat I. Klasse Bente, Beirut S. 40

Böker nimmt zu der Anregung des Generalsekretärs im libanesischen Außenministerium, Sadaka, Stellung, die Normalisierung des bilateralen Verhältnisses erneut direkt mit Präsident Héou zu erörtern. Zum einen sei dies als Versuch zu betrachten, weiteren Gesprächen über eine Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen auszuweichen; zum anderen werde eine Unterredung mit dem Präsidenten auf Initiative der Bundesregierung hin den unerwünschten Eindruck „drängender Eile“ erwecken.

-
- 14 12.01. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 42

Grewe gibt Überlegungen der Ständigen Vertreter bei der NATO zur weiteren Behandlung des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht) weiter. Bei der Behandlung der Deutschland-Frage werde die besondere Verantwortlichkeit der drei Westmächte und der Bundesrepublik allgemein anerkannt. Maßnahmen zur Schaffung einer Neuordnung in Europa, zur Abrüstung und Rüstungskontrolle sollten im Politischen Ausschuß beraten werden. Dabei solle nach britischer und amerikanischer Aufassung die Frage ausgewogener Truppenreduzierungen ohne französische Beteiligung diskutiert werden: Es sei nicht zumutbar, daß Frankreich an Gesprächen teilnehme, die „nur die Truppen der anderen“ beträfen, und keine Bereitschaft zur Einbeziehung der französischen Streitkräfte zeigten. Grewe rät davon ab, die vom Auswärtigen Amt gewünschte Diskussion im Politischen Ausschuß der NATO schon jetzt zu betreiben.

- 15 12.01. Botschafter Knoke, Den Haag, an das Auswärtige Amt S. 46

Knoke legt dar, daß Frankreich nach Ansicht der niederländischen Regierung seit dem 14. Januar 1963 systematisch einen britischen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften verhindert habe. Daher seien Erörterungen über den von Staatspräsident de Gaulle „hingeworfenen Verzögerungsknochen“ eines Arrangements zwischen Großbritannien und den Fünf überflüssig. Auch die Bemühungen der Bundesrepublik um eine Lösung mittels eines Beitritts in Etappen würden nur dazu führen, daß sie sich „zwischen die Stühle“ setze. Die niederländische Regierung würde in der EWG zwar noch den inneren Ausbau auf dem Gebiet der Agrar- und Sozialpolitik unterstützen, keinesfalls aber einer endgültigen Agrar-Finanzregelung nach dem 1. Januar 1970 zustimmen, um über ein Druckmittel gegenüber Frankreich zu verfügen. Auch einem weiteren Ausbau der Außenbeziehungen würde sie ihre Zustimmung verweigern. Knoke weist auf die britisch-niederländischen Interessenverflechtungen hin, warnt aber abschließend vor dem Eindruck, „daß der Holländer als Pfeffersack sich lediglich von Gesichtspunkten der wirtschaftlichen Interessen“ leiten ließe. Vielmehr spielten moralische Vorstellungen eine viel größere Rolle als bei anderen Staaten.

- 16 15.01. Botschafter Blankenhorn, London, an das Auswärtige Amt S. 50

Blankenhorn warnt vor dem Irrtum, daß die Vollmitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften lediglich eine Maximalposition sei, von der die britische Regierung in Verhandlungen eventuell abgehen würde. Dagegen sprächen außenpolitische, wirtschaftliche und innenpolitische Gründe. Die Außenpolitik habe eine stärkere europäische Orientierung erhalten, nachdem deutlich geworden sei, daß Großbritannien sich nicht mehr weltweit engagieren könne. Der EG-Beitritt werde für unabdingbar gehalten, da Großbritannien sich nicht „mit einem zweiten Rang

in Europa“ zufriedengeben könne. Von daher seien Zwischenlösungen nur dann akzeptabel, wenn verbindliche Zusagen hinsichtlich des Übergangs zur Vollmitgliedschaft gemacht würden.

- 17 17.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats van Well S. 53
- Van Well informiert über die Sitzung des Kontaktausschusses vom 16. Januar 1968. Beraten wurde über die einseitig von der DDR vorgenommene Umbenennung der „Büros für innerdeutschen Handel“ der DDR in Frankfurt/Main und Düsseldorf in „Büro des Ministeriums für Außenwirtschaft in Frankfurt/M. (bzw. Düsseldorf)“. Obwohl der Vertreter des Auswärtigen Amtes schwerwiegende Bedenken gegen die Umbenennung vorbrachte, konnten sich die Vertreter der Ressorts nicht dazu entschließen, ein polizeiliches Vorgehen gegen die neue Beschilderung der Büros der DDR zu veranlassen. Es wurde jedoch beschlossen, in einem Schreiben an den Stellvertretenden Minister für Außenwirtschaft der DDR, Behrendt, darauf hinzuweisen, daß eine nochmalige einseitige Abänderung der Bezeichnung nicht hingenommen würde.
- 18 17.01. Ministerialdirigent Böx, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 56
- Böx berichtet über ein Gespräch mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister am 8. Januar 1968. Winiewicz äußerte sich besorgt über die wirtschaftliche Teilung Europas in EWG, EFTA und COMECON und regte Gespräche im Rahmen der Europäischen Wirtschaftskommission (ECE) zur Überwindung dieses Zustands an. Böx stellte fest, daß die polnische Regierung und die Bundesregierung die Überwindung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Spaltung Europas anstrebten. Er regte an, einen Sachkatalog über die beiderseitigen Auffassungen zu erstellen, der eventuell gemeinsame Schritte ermöglichen könnte. Winiewicz richtete dann die Aufforderung an die Bundesregierung, guten Willen durch Taten wie die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und der DDR zu beweisen. Die polnische Regierung erachtete die Wiedervereinigung Deutschlands für unumgänglich; allerdings sei dies nur durch direkte Gespräche mit der DDR zu erreichen. Dabei sei zwar vom Status quo auszugehen, ohne jedoch das bestehende Gleichgewicht der Mächte in Europa aufrechterhalten zu wollen: Es sei keines, weil es „über die Wünsche des deutschen Volkes und sein Selbstbestimmungsrecht“ hinweggehe.
- 19 17.01. Botschafter Blankenhorn, London, an das Auswärtige Amt S. 60
- Blankenhorn resümiert die von der britischen Regierung am Vortag bekanntgegebenen Veränderungen im verteidigungspolitischen Bereich. Danach würden Streitkräfte aus dem Fernen Osten und dem Persischen Golf abgezogen und ab 1972 auf Europa und den Mittelmeerraum konzentriert. Damit verbunden seien eine Reduzierung um 75 000 Mann und der Verzicht auf

50 F-111-Flugzeuge. Inwieweit die Konzentration der Streitkräfte auf Europa zu einer Verstärkung des britischen NATO-Beitrags führen bzw. Auswirkungen auf die Anwesenheit der Rheinarmee in der Bundesrepublik haben werde, lasse sich noch nicht überblicken. Zu den Gründen für den Rückzug aus dem Persischen Golf teilt Blankenhorn mit, daß die dort stationierten Truppen angesichts begrenzter Mittel nicht nur nicht stabilisierend, sondern möglicherweise schon durch ihre Anwesenheit eher „provozierend“ wirken könnten.

- 20** 18.01. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das Auswärtige Amt S. 64

Lilienfeld nimmt Stellung zu Äußerungen des amerikanischen Außenministers Rusk und des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Katzenbach, über eine europäische Verteidigungsorganisation. Konkrete amerikanische Pläne für eine solche Organisation gebe es nicht; möglicherweise solle aber die britische Regierung unterstützt werden, die Interesse an einem „European caucus“ gezeigt habe. Angesichts der zunehmenden amerikanischen „Europamüdigkeit“ und der Tendenz, die weltweiten Verpflichtungen abzubauen, strebe die Regierung offensichtlich auch an, die Bündnispartner zu größerer Eigenverantwortlichkeit für die Sicherheit in Europa zu ermutigen.

- 21** 18.01. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das Auswärtige Amt S. 67

Lilienfeld gibt Informationen aus der amerikanischen Abrüstungsbehörde zum amerikanisch-sowjetischen Entwurf vom 18. Januar 1968 für ein Nichtverbreitungsabkommen weiter. Das überraschende sowjetische Einlenken hinsichtlich des Artikels III (Kontrollartikel) werde darauf zurückgeführt, daß die UdSSR ihr Interesse an einer Verhinderung der Verbreitung von Atomwaffen vor allem in der Dritten Welt erkannt habe. Dadurch sei ihr ursprüngliches Ziel in den Hintergrund getreten, das Abkommen als Mittel gegen die Bundesrepublik, gegen die Einheit der NATO und gegen die europäische Einigung zu nutzen. Bei den weiteren Beratungen würden von amerikanischer Seite Diskussionen insbesondere über die Anzahl und die Qualifikation der notwendigen Ratifikationen, die Sicherheitsgarantien und die Revisionskonferenzen erwartet.

- 22** 20.01. Runderlaß des Staatssekretärs Lahr S. 71

Lahr informiert über das Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem britischen Außenminister vom Vortag. Brandt habe Brown dargelegt, daß die Bundesrepublik weiterhin den britischen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften anstrebe. Für die Übergangszeit solle eine feste Verbindung zwischen den beitrittswilligen Staaten und den Sechs hergestellt werden. Eine technologische Zusammenarbeit könne bereits auf zwischenstaatlicher Ebene vereinbart und eventuell mit Verhandlungen über einen Beitritt zu EURATOM begonnen wer-

den. Brown habe bekräftigt, daß Großbritannien den Beitrittsantrag aufrechterhalte. Die bisherigen Vorschläge für Zwischenlösungen seien insofern nicht attraktiv, als damit ein neuerliches französisches Veto nicht ausgeschlossen sei. Die britische Regierung strebe ein „dynamisches Zusammensehen“ mit den Mitgliedstaaten der Gemeinschaften und Konsultationen insbesondere in den Bereichen Technologie und Verteidigung an.

- | | | |
|----|--|-------|
| 23 | 22.01. Vermerk des Bundesministers Brandt | S. 74 |
| | Brandt faßt eine Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter anlässlich des Diplomatenballs in Bonn am 19. Januar 1968 zusammen. Zarapkin bezeichnete den amerikanisch-sowjetischen Entwurf vom 18. Januar 1968 für ein Nichtverbreitungsabkommen als Kompromiß im wesentlichen zugunsten der Bundesrepublik. Für eine Lösung im Vietnam-Krieg sah er wenig Chancen. Daraus könnten sich Konsequenzen ergeben, die „unwillentlich“ auch die Bundesrepublik beträfen. | |
| 24 | 22.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort | S. 76 |
| | Harkort resümiert ein Telefongespräch mit dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank. Abs teilte mit, daß Bundesminister Brandt sich positiv über das Projekt einer Röhrenleitung durch Israel geäußert und die Ablehnung des Antrags auf Absicherung des dafür notwendigen Kredits im Hermes-Ausschuß durch den Vertreter des Auswärtigen Amtes auf ein Mißverständnis zurückgeführt habe. Harkort hob nochmals hervor, daß der Antrag abgelehnt werden müsse, solange das Bekanntwerden eines solchen Projekts die Bemühungen der Bundesrepublik um eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit den arabischen Staaten gefährden könne. | |
| 25 | 23.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank | S. 78 |
| | Frank faßt Grundsätze eines Verifikationsabkommens zwischen EURATOM und IAEA zusammen. Ziel müsse es sein, der IAEA die Prüfung zu ermöglichen, ob die EURATOM-Sicherheitskontrollen im Sinne des Nichtverbreitungsabkommens wirksam durchgeführt würden. IAEA-Beamten solle daher das Recht eingeräumt werden, die Buchführung über die Verwendung von Spaltstoffen zu überprüfen und EURATOM-Inspektoren beim Besuch von Kernanlagen zu begleiten. Dabei dürften IAEA-Inspektoren nur aus den Staaten akzeptiert werden, die sich selbst internationalen und von der IAEA verifizierten Sicherheitskontrollen unterstellt. | |
| 26 | 24.01. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz | S. 79 |
| | Duckwitz berichtet von einer Demarche des amerikanischen Gesandten. Fessenden fragte an, ob die Bundesregierung beabsichtige, mit der UdSSR über die am 6. Januar 1968 übergebene sowjetische Note über Berlin (West) zu verhandeln. Duckwitz bekräftigte, daß Verhandlungen über eine Änderung des Status von Berlin Sache der Alliierten seien und die sowjetische | |

Note daher an den falschen Adressaten gerichtet gewesen sei. Fessenden zeigte sich von Pressemitteilungen überrascht, wonach Bundeskanzler Kiesinger den Entwurf vom 18. Januar 1968 für ein Nichtverbreitungsabkommen als unannehmbare bezeichnet habe. Duckwitz dementierte die Äußerung „in dieser Form“, betonte aber, daß die Bundesregierung eine Verbesserung einzelner Vertragspunkte weiterverfolge und eine endgültige Stellungnahme erst dann abgeben werde, wenn das Abkommen mit verbindlichen Interpretationen vorläge.

- 27 24.01. Aufzeichnung des Legationsrats Gehl S. 81

Gehl faßt den Stand der am Vortag in Paris aufgenommenen Verhandlungen über eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien zusammen. Noch keine Einigung sei über die aus diesem Anlaß abzugebenden Erklärungen erzielt worden. So habe die deutsche Delegation die Erwartung ausgesprochen, daß in einer gemeinsamen Erklärung auch das Recht der deutschen Nation auf Einheit angesprochen werde. Dies hätten die Verhandlungspartner abgelehnt und ihr Interesse an einer möglichst knappen gemeinsamen Erklärung betont. Zudem hätten sie darauf hingewiesen, daß die Verhandlungsposition der Bundesrepublik schwach sei und bei einem Scheitern der Gespräche ein Rückschritt für die gesamte Ostpolitik der Bundesregierung drohe.

- 28 24.01. Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 84

Braun gibt Informationen eines tschechoslowakischen Diplomaten über die Ablösung des Ersten Sekretärs des ZK der KPČ, Novotný, weiter. Die UdSSR sei davon überrascht worden, habe sich jedoch rasch umgestellt. Hintergrund für die Entwicklung sei zum einen die starke Stellung des Ersten Sekretärs des ZK der Slowakischen Kommunistischen Partei, Dubček, gewesen. Zum anderen sei dem am 8./9. Dezember 1967 anwesenden Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, klargemacht worden, daß es falsch sei, das auf der engen Verbindung zur UdSSR beruhende politische Leben von Novotný „künstlich verlängern zu wollen“. Auch der Vorsitzende des Staatsrats der DDR, Ulbricht, habe auf eine „zaghafte Intervention“ verzichtet, nachdem ihm der Botschafter der DDR in Prag, Florin, davon abgeraten habe. Braun teilt die Einschätzung des Gesprächspartners mit, daß es im Verhältnis zur ČSSR zu einem Auf und Ab kommen werde. Die Funktionen der Handelsvertretung in Prag sollten jedoch erweitert und ihr auch der Kontakt zum Außenministerium ermöglicht werden.

- 29 25.01. Ministerialdirektor Ruete, z. Z. Paris, an Bundesminister Brandt S. 86

Ruete berichtet von einem Gespräch mit dem Abteilungsleiter im jugoslawischen Außenministerium über eine gemeinsame Erklärung anlässlich der Wiederaufnahme der diplomatischen

Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien. Perišić sah sich außerstande, darin zur Deutschland-Frage Stellung zu nehmen oder das Selbstbestimmungsrecht zu erwähnen, da ersteres eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten „eines anderen Staates“ bedeute und letzteres für Jugoslawien aus innenpolitischen Gründen schwierig sei. Jedoch werde die jugoslawische Seite keine Einwände haben, wenn die Bundesregierung einseitig ihren Standpunkt zu diesen Fragen zum Ausdruck bringe. Ruete rät dazu, an einer gemeinsamen Erklärung festzuhalten, auch wenn sie nicht sehr substantiell sein werde. Dazu sei dann ein Kommentar des Regierungssprechers abzugeben, in dem auch das Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik ohne jugoslawischen Widerspruch bekräftigt werden könnte. Allerdings solle alles vermieden werden, was es anderen Ostblock-Staaten erschwere, ihrerseits diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik aufzunehmen.

- | | | |
|-----------|---|--------------|
| 30 | 25.01. Ministerialdirektor Ruete, z. Z. Paris, an
Bundesminister Brandt | S. 90 |
| | Ruete informiert über die weiteren Absprachen mit dem Abteilungsleiter im jugoslawischen Außenministerium, Perišić. Nachdem in „stundenlangen und zähen“ Verhandlungen eine gemeinsame Erklärung über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen formuliert worden sei, solle nun die Zustimmung der Bundesregierung und der jugoslawischen Regierung eingeholt und dann der Text paraphiert werden. Dieser solle dann als Grundlage für die Kabinettsentscheidung dienen. Ruete berichtet weiter über die mit Perišić besprochenen bilateralen Fragen: Er habe deutlich gemacht, daß die Bundesregierung weiterhin Wiedergutmachungsfordernungen nur solcher Staaten nachkommen werde, die die Bundesrepublik als alleinige Vertreterin des gesamten deutschen Volkes betrachteten. Er habe so dann hervorgehoben, daß die Einbeziehung von Berlin (West) in bilaterale Absprachen bislang unproblematisch gewesen sei, und die Erwartung ausgesprochen, daß sich dies nicht ändern werde. Erörtert worden seien auch die Möglichkeit zu Verhandlungen über ein Kulturabkommen und der Schutz der jugoslawischen Konsulate in der Bundesrepublik vor Tätilichkeiten von Emigranten. | |
| 31 | 27.01. Ministerialdirektor Ruete, z. Z. Paris, an
Bundesminister Brandt | S. 94 |
| | Ruete teilt mit, daß am Vorabend die gemeinsame Erklärung über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen von der jugoslawischen Regierung gebilligt worden sei. Der Abteilungsleiter im jugoslawischen Außenministerium, Perišić, sei jedoch der Ansicht, daß keine Kommentare der Regierungssprecher dazu abgegeben werden sollten. Zumindest könnten diese nicht im Vorfeld abgestimmt werden. Falls die Bundesregierung kein Vertrauen habe, daß die jugoslawische Seite eine „unschädliche“ Erklärung abgeben werde, könnte die jugoslawische Regierung es überhaupt für zwecklos halten, über die Wiederauf- | |

- nahme der Beziehungen zu sprechen. Dazu habe er, Ruete, erläutert, daß lediglich der letzte Satz des jugoslawischen Kommentars über die „Regelung offener bilateraler Fragen“ nicht akzeptabel erscheine. Außerdem habe er darum gebeten, die Situation nicht unnötig zu dramatisieren. Schließlich habe Pe rišić eingelenkt und vorgeschlagen, die Abstimmung der beiderseitigen Kommentare solle „in aller Stille“ erfolgen.
- 32** 29.01. Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin S. 100
- Zarapkin übermittelt ein Aide-mémoire, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, ihren Standpunkt zum Austausch von Gewaltverzichtserklärungen zu präzisieren und insbesondere ihre Haltung gegenüber der DDR zu erläutern. Dazu führt Duckwitz aus, daß die Bundesregierung den Gewaltverzicht als ersten Schritt betrachte, der nicht mit „entbehrlichen Vorbedingungen“ belastet werden sollte. Angestrebte werde zudem der Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit allen Ostblock-Staaten. Der sowjetische Botschafter stellt die Frage, ob dies zu gleichen Bedingungen auch die DDR einschließe. Der Staatssekretär erläutert, daß die Erklärung gegenüber der UdSSR eine Art Modellfall sein werde, diejenigen gegenüber den übrigen Staaten wegen der jeweils spezifischen Beziehungen zur Bundesrepublik jedoch etwas anders aussehen könnten. Abschließend bekräftigt Zarapkin, daß nach sowjetischer Auffassung die Verhandlungen über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen „besser etwa gleichzeitig“ mit allen Staaten stattfinden sollten, selbstverständlich auch mit der DDR.
- 33** 29.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 105
- Harkort faßt eine Unterredung mit dem Direktoriumsmitglied der Deutschen Bundesbank über die kommenden Devisenausgleichsverhandlungen mit den USA und Großbritannien zusammen. Tüngeler bezeichnete den Devisenausgleich als ein eigentlich gemeinsames Problem der NATO; allerdings würde die Bundesrepublik mit dem höchsten Sozialprodukt pro Kopf und einem relativ geringen Anteil der Rüstungskosten in multilateralen Verhandlungen einen schweren Stand haben. Zudem bestünde die Gefahr, in ein echtes „burden-sharing“ zu geraten. Die Bundesbank sei bereit, sich an der Neutralisierung der Devisenkosten zu beteiligen. Tüngeler hielt allerdings nur eine Beteiligung am Devisenausgleich gegenüber den USA für möglich. Großbritannien könnten dagegen keine Kredite mehr gewährt werden, denn es sei auch gegenüber der Bundesbank „schon übermäßig verschuldet“.
- 34** 29.01. Legationsrat I. Klasse Harder, Kairo, an das Auswärtige Amt S. 109
- Harder berichtet über die Reaktion in der VAR auf die bevorstehende Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien. Sowohl der Bera-

ter des Präsidenten Nasser, Fawzi, als auch der Abteilungsleiter im ägyptischen Außenministerium, Mansour, hätten prognostiziert, daß es für die Bundesrepublik schwieriger würde, sich in der Dritten Welt zu behaupten, da sie selbst „nicht mehr auf dem Boden der Hallstein-Doktrin“ stehe. Wenn die Bundesregierung selbst zu einem blockfreien Staat Beziehungen aufnehme, in dem die DDR vertreten sei, könne nicht ausgeschlossen werden, daß andere ungebundene Staaten daraus Folgerungen ziehen würden.

- 35 30.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem iranischen Botschafter Malek S. 112

Malek dankt für die Bemühungen des Bundeskanzlers, die Verstimmung zu beseitigen, die durch die Vorfälle anlässlich des Besuchs von Schah Reza Pahlevi in der Bundesrepublik im Juni 1967 hervorgerufen worden sei. Er bittet dann, die deutsche Industrie zu verstärkten Investitionen im Iran zu ermutigen. Kiesinger führt die fehlende Investitionsfreudigkeit der Industrie auf die Rezession zurück und regt eine Informationsreise von Industriellen und Bankiers in den Iran an.

- 36 30.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm S. 114

Sahm befaßt sich mit der Reaktion auf die sowjetische Note vom 6. Januar 1968 zur Situation in Berlin (West). Nach seiner Auffassung ziele die UdSSR nicht darauf ab, eine Veränderung des Status quo zu eigenen Gunsten herbeizuführen; sie werde allerdings jeder weiteren Verstärkung der Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) „energischen Widerstand“ entgegensetzen. Die drei Westmächte stünden Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über Berlin (West) ablehnend gegenüber. In der Bonner Vierergruppe sei ihnen mitgeteilt worden, daß die Bundesregierung in ihrer Antwort lediglich einzelne, von sowjetischer Seite kritisierte Sachverhalte richtigstellen würde. Auf längere Sicht sieht Sahm Möglichkeiten für eine positive Entwicklung in Berlin (West) auf der Grundlage von „begrenzten Interessenübereinstimmungen“ mit der UdSSR. Im Hinblick darauf sollte eine bewußte Veränderung der „Berlin-Präsenz“ vermieden werden.

- 37 30.01. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 117

Knappstein teilt mit, daß die amerikanische Regierung die Ostpolitik der Bundesrepublik zwar weiterhin unterstütze, aber zunehmend Besorgnis über deren praktische Durchführung aufgekommen sei. So habe der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Katzenbach, öffentlich die Notwendigkeit ständiger Konsultationen betont. Bilaterale Verhandlungen mit der UdSSR könnten sonst zu einem „Wettlauf um die vorteilhaftesten Absprachen“ führen. Knappstein vermutet, daß die amerikanische Regierung vor allem neue Komplikationen in Berlin (West) befürchte. Zudem beanspruche sie im Dialog mit

der UdSSR Priorität. Die Ostexperten des amerikanischen Außenministeriums zeigten sich besorgt, daß die Bundesregierung zur Anerkennung der DDR bewegt werden könnte, ohne dabei für die dortige Bevölkerung „etwas einzuhandeln“. Der ehemalige Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, habe die Befürchtung geäußert, daß bei ausbleibenden Fortschritten zur europäischen Integration die Bundesrepublik „eigene und gefährliche Wege“ beschreiten könnte, um die Wiedervereinigung im direkten Gespräch mit der UdSSR zu erreichen.

- 38 30.01. Botschafter Blankenhorn, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 121

Blankenhorn berichtet von Konsultationen im WEU-Ministerrat über die Ost-West-Beziehungen sowie über die Lage im Nahen Osten und in Afrika. Übereinstimmend wurde die Notwendigkeit betont, die Kontakte zu den osteuropäischen Staaten auszubauen. Die Möglichkeiten der Entspannungspolitik sahen die Teilnehmer durch die sowjetischen Bemühungen begrenzt, die Bundesrepublik aus der Entspannung auszuklammern. Der Staatsminister im britischen Außenministerium, Lord Chalfont, informierte über den Besuch des Premierministers Wilson in Moskau, der den Eindruck verstärkt habe, daß die UdSSR in Europa vor allem den „Zusammenhalt des kommunistischen Lagers wahren“ wolle. Der Parlamentarische Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Jahn, legte dar, daß Vereinbarungen mit den Ostblock-Staaten über eine ausgewogene Reduzierung der Streitkräfte mit einer Verminderung der in der Bundesrepublik stationierten Truppen beginnen könnten. Einseitige Schritte im Westen würden dagegen lediglich eine Gefährdung der Sicherheit bedeuten. Bei der Erörterung der Lage im Nahen Osten wurde das Interesse der europäischen Staaten am Abbau der Spannungen bekräftigt.

- 39 31.01. Aide-mémoire der Bundesregierung (Entwurf) S. 126

In Beantwortung der sowjetischen Memoranden vom 12. Oktober und vom 21. November 1967 sowie vom 29. Januar 1968 führt die Bundesregierung aus, daß der Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit der UdSSR und anderen Ostblock-Staaten der Schaffung einer gerechten Friedensordnung und der Überwindung der Spaltung in Europa dienen solle. Damit würden Krieg und Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung ausgeschlossen und sichergestellt, daß kontroverse Fragen auf dem Verhandlungsweg gelöst würden. Die Bundesrepublik sei bereit, entsprechende Erklärungen auch mit der DDR auszutauschen. Dies betrachte sie als Schritt der Annäherung beider Teile Deutschlands, die sich „gegenseitig nicht als Ausland ansehen“. Die Bundesregierung äußert Bedauern darüber, daß die Bedeutung des Selbstbestimmungsrechts als „Revanchismus“ oder im Sinne territorialer Ansprüche mißdeutet werde. Was die angeblichen neonazistischen Tendenzen in der Bundesrepublik betreffe, so sei es der Entspannung nicht dienlich, gegenseitig

über innenpolitische Verhältnisse zu polemisieren. Schließlich argumentiert die Bundesregierung gegen die sowjetische Auffassung, daß die Bestimmungen der UNO-Charta weiterhin „Zwangsmäßignahmen gegen einen ehemaligen Feindstaat zur Durchsetzung der gemeinsamen Kriegsziele“ ermöglichen. Ein solcher Vorbehalt entspreche nicht dem Zweck einer Vereinbarung über Gewaltverzicht.

- 40 1.2.02. Deutsch-italienische Regierungsgespräche in Rom S. 135

Bundesminister Brandt berichtet, daß Großbritannien auf der WEU-Ministerratstagung in der Frage des EG-Beitritts von der Position des Alles oder Nichts abgerückt sei. Jetzt müßten „Scharniere“ zwischen Großbritannien und den Europäischen Gemeinschaften gefunden werden. Hinsichtlich der Ostpolitik bekräftigt Bundeskanzler Kiesinger in einem zweiten Gespräch die Bereitschaft, Kontakt mit der DDR aufzunehmen. Er betont, daß die Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen einer europäischen Friedensordnung erfolgen müsse, in der Deutschland seinen Platz fände, ohne das Gleichgewicht „auf kritische Weise“ zu verschieben. Ministerpräsident Moro bemerkt, daß die von der NATO gewährleistete Sicherheit die Voraussetzung für eine Entspannung zwischen Ost und West sei. Besorgt äußert er sich über die Verstärkung der sowjetischen Position im Mittelmeerraum. Auch die NATO müsse dort „mit aller gebotenen Vorsicht“ adäquat vertreten sein. Die Gesprächspartner stimmen in einer dritten Unterredung darin überein, daß der amerikanisch-sowjetische Entwurf vom 18. Januar 1968 für ein Nichtverbreitungsabkommen weiterer Verbesserungen bedürfe, insbesondere bezüglich der Sicherheitsgarantie für Europa, der Vertragsdauer und der Verifikation zwischen EURATOM und IAEA. Kiesinger bekräftigt, daß ein vereintes Europa das Recht haben müsse, Atomwaffen zu besitzen. Er sieht Vorteile in einer Verknüpfung von Nichtverbreitung und allgemeiner Abrüstung, gibt aber zu bedenken, daß eine Abrüstungsverpflichtung für die USA und die UdSSR schwierig sei, da sich die Volksrepublik China langfristig „zu einer schrecklichen Nuklearmacht“ entwickeln könnte.

- 41 01.02. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt S. 146

Klaiber berichtet über Ausführungen des Abteilungsleiters im französischen Außenministerium, de la Grandville, zum Nichtverbreitungsabkommen. Die ablehnenden Äußerungen des Verteidigungsministers Messmer hätten im französischen Außenministerium „große Entrüstung“ hervorgerufen; was Staatspräsident de Gaulle darüber denke, sei allerdings „ein Geheimnis“. Trotz der widerspruchsvollen Politik werde Frankreich nach Einschätzung von de la Grandville das Abkommen eines Tages unterschreiben. Auch von der Bundesrepublik werde der Beitritt erwartet, wenn auch erst nach Verbesserungen am Vertragstext. Zum einen gefährde eine ablehnende Haltung die Wiedervereinigung Deutschlands, zum anderen könne sie Frankreich unter Umständen zu einer Annäherung an die UdSSR veranlassen.

-
- 42** 01.02. Botschafter Scholl, Islamabad, an das Auswärtige Amt S. 148

Scholl berichtet über eine Unterredung mit dem Staatssekretär im pakistanischen Außenministerium. Yusuf würdigte die Bemühungen der Bundesrepublik um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien und erläuterte das Interesse an einer Intensivierung der Handelsbeziehungen zur DDR auf Handelskammerebene oder über die State Trading Corporation. Er verwies dabei auf den in den letzten Jahren verzehnfachten Handel zwischen Indien und der DDR und schließlich darauf, daß die Bundesregierung, wenn sie die Hallstein-Doktrin weitgehend aufgäbe, „Dritten entsprechende Schritte nicht verwehren“ könne. Scholl betonte daraufhin, daß es der Bundesrepublik ausschließlich darum gehe, einer Institutionalisierung dieser Handelsbeziehungen vorzubeugen.

- 43** 02.02. Deutsch-italienisches Regierungsgespräch in Rom S. 151

Angesichts der „unbeugsamen Haltung“ des französischen Staatspräsidenten zum britischen EG-Beitritt äußert sich der Bundeskanzler skeptisch zu den Erfolgssäusichten der bevorstehenden deutsch-französischen Konsultationen in Paris. Auf die Frage des Ministerpräsidenten Moro nach einer Einschätzung der französischen Bemühungen um die UdSSR antwortet Kiesinger, daß diese nur dann erfolgreich sein könnten, wenn die übrigen europäischen Staaten um Frankreich „geschart“ wären. Auch Bundesminister Brandt meint, daß de Gaulle „seine Kräfte falsch einschätzt“. Anzeichen dafür sei, daß der französische Staatspräsident das Konzept der „Rundumverteidigung“ gebilligt habe. Der italienische Außenminister Fanfani plädiert für verstärkte Kontakte zwischen den Fünf und Großbritannien. Er sieht die Gründe für die französische Ablehnung eines britischen EG-Betrifts in der Sorge, daß Frankreich dann in der Gemeinschaft majorisiert und seine politische Stellung damit geschwächt werden könnte.

- 44** 02.02. Botschafter Knappstein, Washington, an S. 156
Bundesminister Brandt

Knappstein faßt ein Gespräch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Schütz, mit dem amerikanischen Außenminister zusammen. Rusk äußerte sich „in ungewöhnlich ernster Form“ über die europäische Haltung zum Vietnam-Krieg. Er warnte vor einseitigen Stellungnahmen gegen die USA und verwies darauf, daß die Aufforderung zur Preisgabe der Republik Vietnam (Südvietnam) in amerikanischen Kreisen zur Frage führe, „warum man nicht etwa auch Berlin aufgeben könne“. Knappstein empfiehlt, sich ausschließlich auf vertraulichem Wege an die amerikanische Regierung zu wenden, um eine Verschärfung der Situation durch das „Aufbrechen eines amerikanisch-europäischen Gegensatzes über Vietnam“ zu vermeiden.

- 45 03.02 Botschafter Groepper, Ankara, an das Auswärtige Amt S. 159**
Groepper übermittelt die Bitte des türkischen Außenministeriums, den Botschafter der Bundesrepublik in Nikosia wieder Kontakt zum zyprischen Vizepräsidenten Küçük aufnehmen zu lassen. Da für den von der Regierung Makarios verhängten Boykott gegen den Vizepräsidenten eine rechtliche Handhabe fehle, hält Groepper das türkische Anliegen für gerechtfertigt, zumal Küçük die türkische Volksgruppe repräsentiere.
- 46 04.02. Botschafter Klaiber, Paris, an Bundesminister Brandt S. 160**
Klaiber informiert über ein kurzfristig angesetztes Gespräch mit dem französischen Außenminister. Couve de Murville gab das „äußerste Befremden“ des französischen Staatspräsidenten über die Ausführungen des Bundesministers Brandt zu den deutsch-französischen Beziehungen auf dem SPD-Landesparteitag in Ravensburg weiter. De Gaulle werde dem Bundespräsidenten deshalb vorschlagen, das für den folgenden Tag angesetzte Mittagessen in größerem Kreis im Elysée-Palast zu einem „intimen Frühstück“ für die engste Umgebung von Lükke umzuwandeln. Klaiber wies auf vorliegende Dementis der Äußerungen von Brandt hin. Dagegen hob Couve hervor, daß die französische Öffentlichkeit kaum Verständnis dafür haben werde, wenn das Essen, wie ursprünglich geplant, in großem Rahmen und „unter Ausbringung freundschaftlicher Toasts“ stattfände.
- 47 06.02. Bundesminister Brandt an den amerikanischen Außenminister Rusk S. 163**
Brandt nimmt Stellung zum amerikanisch-sowjetischen Entwurf vom 18. Januar 1968 für ein Nichtverbreitungsabkommen. Eine flexiblere Gestaltung der Verfahrensbestimmungen sei von Vorteil. Der Artikel III (Kontrollartikel) eröffne die Möglichkeit, die Interessen der Europäischen Atomgemeinschaft in angemessener Weise zu wahren. Jedoch sei für die Durchsetzung eines befriedigenden Verifikationsabkommens zwischen EURATOM und IAEA die amerikanische Unterstützung entscheidend.
- 48 06.02. Botschaftsrat I. Klasse Lahn, Kairo, an das Auswärtige Amt S. 164**
Lahn berichtet von einem Gespräch mit dem Abteilungsleiter im ägyptischen Außenministerium. Mansour äußerte die Ansicht, daß der Abbruch der Beziehungen zur Bundesrepublik im Frühjahr 1965 den arabischen Staaten nicht genutzt habe und er deshalb eine Wiederaufnahme befürworte. Um diese Position auf der bevorstehenden Ministerratstagung der Arabischen Liga erfolgreich vertreten zu können, sei eine klare Stellungnahme der Bundesregierung zur Lösung des Nahost-Konflikts und zur Verurteilung gewaltssamer Annexionen hilfreich. Lahn empfiehlt eine öffentliche Erklärung, mit der sich die Bundesregierung zu einer Friedensregelung bekennen solle, die

sowohl eine Anerkennung des Staates Israel in gesicherten Grenzen als auch die Ablehnung territorialer Veränderungen und die Zuständigkeit internationaler Gremien bei strittigen Fragen umfassen könnte.

- 49 07.02. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr** S. 167

Lahr faßt ein Gespräch mit dem französischen Außenminister vom 5. Februar 1968 zusammen. Couve de Murville bezeichnete die Ravensburger Rede des Bundesministers Brandt erneut als „désagréable“. Auf die Frage von Lahr, wie sich Frankreich die weitere Behandlung der Beitrittsanträge zu den Europäischen Gemeinschaften vorstelle und wie es zu den Überlegungen der Bundesregierung für Zwischenlösungen stünde, antwortete Couve, daß Großbritannien einen Keil zwischen die Mitglieder der Gemeinschaft treiben wolle. Demgegenüber betonte Lahr, daß Großbritannien über keine Alternative zu einem Beitritt verfüge. Zudem hob er das Interesse der europäischen Nachbarn an einer Stabilisierung der britischen Volkswirtschaft hervor. Da es künftig ohnehin bilaterale Kontakte mit Großbritannien in Gemeinschaftsfragen geben werde, liege es auch im französischen Interesse, diese zu „kanalisiieren“. Der Staatssekretär erwähnte in diesem Zusammenhang den Vorschlag, der EG-Kommission die Rolle eines „Scharniers“ zwischen den Sechs und den vier Beitrittskandidaten zuzuweisen.

- 50 08.02. Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem Leiter des Büros der Arabischen Liga, Cabani** S. 171

Duckwitz hebt die Bereitschaft der Bundesrepublik zur Normalisierung der Beziehungen zu den arabischen Staaten hervor. Cabani betont den Wunsch nach einer eindeutigen Stellungnahme der Bundesregierung zum israelischen Vorgehen im Nahost-Krieg. Zugleich spricht er die Verzögerung der zugesagten Hilfe für Palästina-Flüchtlinge an. Duckwitz äußert sich zuversichtlich, daß die Hilfsmaßnahmen bald anlaufen könnten. Er sagt zudem zu, die Möglichkeit einer Erklärung zur „Nichtannektierung besetzter Gebiete“ zu prüfen.

- 51 08.02. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt** S. 174

Grewe kommentiert die geplante „Ausdünnung“ ausländischer NATO-Truppen in der Bundesrepublik. Neben den für das Jahr 1968 ohnehin angekündigten Truppenverringerungen erwartet der Botschafter weitere amerikanische Truppenreduzierungen im Zuge der technologischen Entwicklung bei der „Big-Lift-Konzeption“. Die Behauptung, daß technische Überlegenheit sowie bessere Organisationsformen einen Ausgleich schaffen würden, hält Grewe nur bedingt für überzeugend. Allerdings wachse durch diese Entwicklung das politische Gewicht der Bundeswehr beträchtlich. Aus diesem Grund sollte ein Abbau der Bundeswehr vermieden oder zumindest als politisches Angebot

für Entspannungsverhandlungen präsentiert werden. Grewe spricht sich dafür aus, die Ostblock-Staaten aufzufordern, dem Beispiel der NATO zu folgen.

- 52 09.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete** S. 177

Ruete erörtert Möglichkeiten zur Verbesserung der innenpolitischen Akzeptanz des Nichtverbreitungsabkommens in der Bundesrepublik. Zum einen solle verdeutlicht werden, wie sehr sich die Bundesregierung um die Durchsetzung ihrer Forderungen bemüht habe, auch wenn dem nur ein bedingter Erfolg beschieden gewesen sei. Zum anderen müsse in den Verhandlungen gegenüber den USA weiterhin mit Nachdruck auf zusätzliche Modifikationen gedrängt werden, insbesondere bezüglich einer Verbindung mit der Abrüstung, der zeitlichen Begrenzung des Abkommens sowie einer Verbesserung des internationalen Klimas (Verbot von Druck, Drohung, Erpressung). Ruete schlägt vor, die Wünsche der Bundesrepublik in einem Memorandum zusammenzufassen, das dem amerikanischen Außenminister Rusk übergeben werden sollte.

- 53 12.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eugene Rostow** S. 180

Zur angeblichen amerikanischen Besorgnis über die Ostpolitik der Bundesrepublik führt der Bundeskanzler aus, daß Gespräche mit der UdSSR über den Status von Berlin nicht in Frage kämen. Er betont die Bedeutung der Zusammenarbeit mit Frankreich für Europa, bekräftigt aber, daß die Bundesrepublik nichts unterstützen werde, „was gegen Amerika gerichtet“ sei. Rostow hebt vor allem die politische Bedeutung der Zahlungsbilanzprobleme hervor, die nur in enger Kooperation gelöst werden könnten. Dabei würden die USA europäische Schritte zu einer beschleunigten Durchführung der Beschlüsse der Kennedy-Runde als nützlich erachten.

- 54 12.02. Aufzeichnung des Botschafters z. b. V. Böker** S. 182

Böker berichtet über ein Gespräch mit dem südkoreanischen Botschafter. Er brachte gegenüber Kim Young Choo die Zufriedenheit darüber zum Ausdruck, daß drei der Koreaner, die vom südkoreanischen Geheimdienst zum Verlassen der Bundesrepublik gezwungen und in Seoul zu Bewährungsstrafen verurteilt wurden, in die Bundesrepublik zurückkehren durften. Auf Anfrage von Kim Young Choo betonte Böker, daß die Bundesregierung die Rücküberstellung aller elf noch in der Republik Korea (Südkorea) befindlichen Personen anstrebe. Der südkoreanische Botschafter kam schließlich auf das Problem zusätzlicher Entwicklungshilfe zu sprechen. Böker verwies jedoch auf innenpolitische Schwierigkeiten, solange die Angelegenheit der „verschleppten Koreaner“ nicht abschließend geregelt wäre.

-
- 55 12.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 185
- Bahr gibt den Inhalt einer Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter vom 8. Februar 1968 wieder. Er habe bekräftigt, daß eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR „außerhalb jeder Debatte“ stehe und von der UdSSR nicht als Voraussetzung eines bilateralen Gewaltverzichts zwischen der Bundesrepublik und der DDR betrachtet werden dürfe. Zarapkin habe dazu erklärt, daß die UdSSR lediglich eine Gleichbehandlung der DDR mit den übrigen sozialistischen Staaten anstrebe. Sie sei auf eine Verhandlungsabfolge nicht festgelegt; allerdings sollten alle Erklärungen über einen Gewaltverzicht in zeitlich enger Folge vereinbart werden.
- 56 13.02. Legationssekretär Neumann, Bangui, an das Auswärtige Amt S. 186
- Der Geschäftsträger informiert über ein Gespräch mit dem Präsidenten der Zentralafrikanischen Republik vom Vortag. Bokassa warf Neumann vor, dem französischen Botschafter Herly vertrauliche Informationen aus einem früheren Gespräch übermittelt zu haben, und bezeichnete ihn als „bezahlten Spion“. Neumann erwiderte, er habe lediglich Äußerungen mitgeteilt, die zuvor bereits in der Presse veröffentlicht worden seien. Neumann führt die heftige Reaktion von Bokassa und seine durch Außenminister Bandio ausgesprochene Erklärung zur Persona non grata auf die enttäuschte Hoffnung des Präsidenten zurück, sich mit Hilfe der Bundesrepublik vom Einfluß der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich befreien zu können.
- 57 14.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 189
- Bahr übermittelt die Vorschläge zu der von polnischer Seite angeregten Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Da multilaterale Möglichkeiten kurzfristig keine Aussicht auf Erfolg böten, müßten bilaterale Gespräche über die Handelsvertretung in Warschau gesucht werden. Allerdings ließe sich der Handel mit Polen kurzfristig nur begrenzt ausweiten. Wegen seiner „politisch besonders spröden Haltung“ dürfte Polen jedoch nicht in einer Weise begünstigt werden, die dem Gesamtkonzept der Ostpolitik zuwiderliefe. Gespräche könnten zu den Themenkomplexen Produktivitätssteigerung der polnischen Wirtschaft, Einsatz von Methoden der wissenschaftlich-ökonomischen Planungsrechnung sowie gemeinsamer Grundlagenforschung geführt werden.
- 58 14.02. Botschafter Strätling, Bukarest, an das Auswärtige Amt S. 191
- Strätling berichtet über ein Gespräch mit dem rumänischen Stellvertretenden Außenminister. Gliga regte an, die Verhandlungen über ein Kulturaabkommen wieder aufzunehmen. Die bislang einen Abschluß erschwerende Einbeziehung von Berlin (West) könnte in Analogie zu dem Verfahren gelöst werden, das bei den Verhandlungen über die Aufnahme der diplomatischen

Beziehungen im Januar 1967 angewandt worden sei: Mündliche Absprachen könnten im Protokoll festgehalten und somit eine ausdrückliche Formel im Abkommen vermieden werden. Strätling sieht in der rumänischen Initiative das Bestreben, weiterhin die „Lebendigkeit der Beziehungen“ zu demonstrieren.

- 59 15.02. Deutsch-französische Konsultationsbesprechung in Paris S. 193

Staatspräsident de Gaulle erläutert die Gründe für die Ablehnung eines britischen EG-Beitritts zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Großbritannien sei momentan „weder wirtschaftlich noch militärisch noch politisch“ imstande, diesen Beitritt zu vollziehen, ohne damit die Gemeinschaft funktionsunfähig zu machen. Gleiches gelte für andere Formen einer institutionellen Bindung zwischen Großbritannien und den Sechs. Zunächst müsse deshalb die britische Seite entsprechende Voraussetzungen schaffen. Bis dahin sieht de Gaulle lediglich die Möglichkeit, „gewisse praktische Abmachungen“ zu untersuchen. Bundeskanzler Kiesinger schlägt vor, nach einer Formel zu suchen, die derartige Handelsarrangements als den Beginn eines Prozesses kennzeichnet, an dessen Ende ein britischer Beitritt stehen könnte. De Gaulle erwidert, daß eine derartige Formel präjudizierend wirken und damit die Gemeinschaft der Sechs „illusionsatisch“ machen könne. Aus seiner Sicht müsse sie auch das enthalten, was Großbritannien für einen Beitritt zur EG tun müsse. Bundesminister Brandt plädiert dafür, zu erklären, daß kein Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften grundsätzliche Vorbehalte gegen eine Erweiterung hege, allerdings Großbritannien „das wirtschaftliche Gleichgewicht gefunden haben müsse“, bevor an eine Aufnahme gedacht werden könne.

- 60 15.02. Deutsch-französische Konsultationsbesprechung in Paris S. 198

Bundesminister Brandt und der französische Außenminister Couve de Murville erörtern aktuelle außenpolitische Fragen. Brandt informiert darüber, daß ein Aide-mémoire zur Frage des Gewaltverzichts vorbereitet werde und mit den drei Westmächten vor der Übergabe an die UdSSR erörtert werden solle. Hinsichtlich des Nichtverbreitungsabkommens bittet der Bundesminister darum, die Verhandlungen zwischen EURATOM und IAEA über ein Verifikationsabkommen zu tolerieren, obwohl Frankreich dem Nichtverbreitungsabkommen nicht beitreten werde. Der französische Außenminister äußert sich pessimistisch zu den Erfolgsaussichten möglicher Verhandlungen über Vietnam und konstatiert, daß es auch im Nahen Osten derzeit „keine Vorgänge von positiver Bedeutung“ gebe. Brandt berichtet daraufhin über das zunehmende Interesse der arabischen Staaten an einer Wiederherstellung der Beziehungen zur Bundesrepublik.

-
- 61** 15.02. Botschafter Sachs, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 206

Sachs faßt die Reaktionen auf den Antrag der Bundesrepublik zusammen, anlässlich der bevorstehenden EG-Ministerratstagung die Gespräche zwischen der EURATOM und der IAEO über das Verifikationsabkommen zu einem Nichtverbreitungsabkommen intern zu beraten. Der Präsident der EG-Kommission, Rey, zeigte sich sowohl über diese Initiative als auch über den Hinweis überrascht, daß die Erklärung des Vertreters der EG-Kommission vom 8. Februar 1968 „erheblich“ hinter der Ankündigung von Rey vom 5. Februar 1968 zurückgeblieben sei, bald Kontakte mit der IAEO einleiten zu wollen. Der niederländische Botschafter Spierenburg meldete Bedenken gegen eine verfrühte Diskussion über die Durchführung eines Abkommens an, das noch gar nicht unterzeichnet sei.

- 62** 16.02. Deutsch-französische Konsultationsbesprechung in Paris S. 210

Der französische Staatspräsident und der Bundeskanzler berichten über die weitgehende Übereinstimmung in Fragen der europäischen Einigung und der Weltpolitik. Kiesinger dankt de Gaulle insbesondere für die Ausführungen, daß die Fortdauer der Teilung Deutschlands für Frankreich unannehbar sei. Sodann werden die Ergebnisse der wirtschafts- und finanzpolitischen Besprechungen vorgestellt. Bundesminister Schiller hebt die auf beiden Seiten kritische Bewertung der amerikanischen Maßnahmen zur Behebung des Zahlungsbilanzdefizits hervor. Frankreich teile allerdings nicht die „gewisse Bereitwilligkeit“ der Bundesrepublik, den Zeitraum der Durchführung der Beschlüsse der Kennedy-Runde zu verkürzen. Die Außenminister Brandt und Couve de Murville bringen unterschiedliche Auffassungen zur Notwendigkeit institutioneller Bindungen zwischen den Beitrittskandidaten und den Europäischen Gemeinschaften zur Sprache. De Gaulle äußert die Ansicht, daß sich die Sechs auf ein europäisches Patent oder auf das Recht einer europäischen Handelsgesellschaft einigen sollten, das andere Staaten dann übernehmen könnten. Er zeigt sich zufrieden darüber, daß die Gesprächspartner in allen wichtigen Fragen übereingestimmt hätten, so auch in ihrer Haltung „gegen die Ausübung der übergroßen Macht“ durch die USA. Abschließend betont auch Kiesinger, wie sehr Frankreich und die Bundesrepublik trotz aller Schwierigkeiten „im Wesentlichen und in der Tiefe einig“ seien.

- 63** 16.02. Botschafter Herwarth von Bittenfeld, Rom, an das Auswärtige Amt S. 222

Herwarth berichtet über ein Gespräch mit dem Gouverneur der sudanesischen Staatsbank, der zu Vorbesprechungen über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Sudan bevollmächtigt sei. Mirghani erklärte offen, daß der Sudan vor allem auf Hilfeleistungen der Bundesrepublik hoffe und deshalb an einem Botschafteraus-

tausch interessiert sei. Dazu nannte er eine Reihe möglicher Entwicklungshilfeprojekte. Allein die Aussicht auf Verhandlungen über eine Fortsetzung der früheren Entwicklungshilfe werde den Entschluß der sudanesischen Regierung zur Wiederherstellung der Beziehungen „wesentlich“ erleichtern, notfalls auch gegen den Willen anderer arabischer Staaten.

- 64** 20.02. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 224

Brandt unterrichtet den Botschafter über die ablehnende französische Haltung zu einer beschleunigten Umsetzung der Ergebnisse der Kennedy-Runde. McGhee äußert sich befriedigt über den deutsch-amerikanischen Devisenausgleich und weist Pressemeldungen zurück, nach denen die amerikanische Regierung Besorgnis angesichts der Ostpolitik der Bundesrepublik hege. Der Botschafter zeigt sich überzeugt, daß die Bundesregierung keine Verhandlungen mit der UdSSR über den Status der Alliierten in Berlin beabsichtige.

- 65** 20.02. Bundesminister Brandt an den amerikanischen Außenminister Rusk S. 226

Brandt beantwortet das Schreiben des amerikanischen Außenministers Rusk vom 16. Februar 1968 über ein Nichtverbreitungsabkommen. Der Bundesminister bringt dabei nochmals drei Änderungswünsche zur Sprache: eine deutlichere Verbindung mit der nuklearen Abrüstung; die Aufnahme einer überprüfbaren Bestimmung gegen politischen Druck bzw. Drohung und Erpressung in die Präambel; eine Anpassung des Abkommens an künftige Entwicklungen. Zum letzten Punkt führt Brandt eine Präzisierung der Befugnisse der Überprüfungskonferenz an, ferner die Einführung eines praktikablen Quorums für das Inkrafttreten des Abkommens. Damit würde verhindert, daß einzelne Staaten ihren Beitritt vom Verhalten Dritter abhängig machen könnten.

- 66** 20.02. Botschafter von Walther, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 228

Walther berichtet von einem Gespräch mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenhandelsministerium, Manschulo, über eine Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen. Der Botschafter hob die Bereitschaft hervor, über die beim Abschluß eines Handelsvertrags automatisch anzuwendende Liberalisierung von 50 % hinaus noch weitere 18 % zuzugestehen. Manschulo bat um eine entsprechende schriftliche Mitteilung, der auch zu entnehmen sein solle, ob eine solche Liberalisierung derjenigen gegenüber den westlichen Staaten außerhalb der EWG entspräche. Eine Fortsetzung der bisherigen „diskriminativen Behandlung“ würde die UdSSR nicht akzeptieren.

- | | | |
|----|---|--------|
| 67 | 21.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete | S. 231 |
| | Ruete befaßt sich mit der Forderung des Bundeskanzlers Kiesinger, daß die Bundesrepublik vor Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens eine Garantie über den langfristigen Fortbestand des nuklearen Schutzes der USA für Westeuropa haben müsse. Im wesentlichen beruhe diese „nukleare Schutzgarantie“ auf den Verpflichtungen der USA im Rahmen der NATO. Theoretisch ergebe sich durch die unterschiedlichen Laufzeiten von NATO-Vertrag und dem geplanten Nichtverbreitungsabkommen aus Sicht der Bundesrepublik ein Sicherheitsrisiko, das sich durch Korrekturen am Nichtverbreitungsabkommen kaum abschwächen ließe. Auch eine materielle Änderung des NATO-Vertrags sei kaum durchzusetzen. Daher empfiehlt Ruete, auf eine vom Fortbestand der NATO unabhängige „Schutzgarantie“ der USA für die Verteidigung von Westeuropa hinzuwirken, beispielsweise in Form einer im Zusammenhang mit dem Nichtverbreitungsabkommen stehenden Erklärung. | |
| 68 | 22.02. Gespräch der Staatssekretäre Duckwitz und Lahr mit dem Staatsminister im britischen Außenministerium, Lord Chalfont, in London | S. 237 |
| | Lord Chalfont äußert sich besorgt über Hinweise, daß Frankreich keinerlei Anzeichen zeige, von seiner ablehnenden Haltung in der Beitragsfrage abzugehen. Vielmehr werde deutlich gemacht, daß mit der deutsch-französischen Erklärung vom 16. Februar 1968 keinerlei Änderung eingetreten sei. Angesichts der bestehenden Unsicherheit äußert Lord Chalfont die Bitte, die Bundesregierung möge auf der bevorstehenden EG-Ministerratstagung spezifische Vorschläge zum britischen Beitritt auf der Basis der deutsch-französischen Erklärung vorlegen, um so die französische Position zu klären. Lahr stellt fest, daß es „taktisch klüger“ sei, wenn die EG-Kommission am Ende der Ministerratssitzung aufgefordert würde, auf Grundlage der geführten Gespräche sowie der deutsch-französischen Erklärung und der Benelux-Vorschläge Anregungen zu erarbeiten, auf welche die Bundesregierung dann Einfluß nehmen könnte. Lord Chalfont erwähnt, daß die britische Regierung in der Europapolitik unter Zeitdruck stehe. | |
| 69 | 22.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Botschafter McGhee | S. 247 |
| | Kiesinger bekräftigt zunächst den Rückhalt in der Bevölkerung für das Bündnis mit den USA und für das amerikanische Engagement in Vietnam. Der Bundeskanzler weist im Zusammenhang mit den deutsch-französischen Konsultationen vom 15./16. Februar 1968 darauf hin, daß er Staatspräsident de Gaulle immer wieder verdeutliche, wie sehr dessen „Antiamerikanismus“ die Zusammenarbeit belaste. Auch er glaube, daß Europa eine Kraft zwischen den USA und der UdSSR darstellen sollte, die aufgrund ihrer freiheitlichen politischen Ideale und der Interessengemeinschaft den USA nahestünde, aber auch „eine Art Brücke“ bilden könne. Ein „atlantisches Imperium“ biete | |

der Bundesrepublik zwar Sicherheit, aber die Grenze verlaufe „mitten durch Deutschland“. McGhee erkundigt sich, ob die von de Gaulle gegebenen Zusagen hinsichtlich des britischen EG-Beitrittswunsches nicht nur ein „Manöver“ seien; dies hält Kiesinger für unwahrscheinlich. Schließlich äußert sich der Bundeskanzler dazu, daß de Gaulle lediglich allgemein seine Unterstützung für die Ostpolitik der Bundesregierung bekräftigt habe; zu keiner Zeit sei angeklungen, daß etwa gemeinsam mit der UdSSR eine Politik gegen die USA betrieben werden sollte.

- 70** 23.02. Gespräch des Bundesministers Brandt mit König Hassan II. in Rabat S. 254
- König Hassan II. führt aus, daß auch Marokko ein „Wiedervereinigungsproblem“ habe. Die Bundesrepublik sei mit ihrer „Tauwetter-Politik“ gegenüber der UdSSR auf dem richtigen Weg. Der Furcht vor einem vereinigten Deutschland könne entgegengehalten werden, daß durch einen Gebietszuwachs die Bedrohung für die UdSSR nicht größer werde. Zufrieden zeigt sich der König mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Er gibt allerdings der Hoffnung auf Hilfe bei der Beseitigung des Mangels an Fachkräften und auf eine Beteiligung der Bundesrepublik an einzelnen Investitionsprojekten Ausdruck. Brandt erläutert die Politik der „strikten Nichteinmischung“ im Nahen Osten. Die Bundesrepublik sei zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu den arabischen Staaten bereit, ohne sich aufdrängen zu wollen.
- 71** 24.02. Staatssekretär Duckwitz an Bundesminister Brandt S. 258
- Duckwitz berichtet zunächst von einem kurzfristig angesetzten Gespräch mit dem Bundeskanzler über den Entwurf des Auswärtigen Amts vom 31. Januar 1968 zur Gewaltverzichtserklärung. Dieser solle sich nach Auffassung von Kiesinger auf die Frage des Gewaltverzichts beschränken und nicht die bilateralen Beziehungen insgesamt behandeln, um der UdSSR keinen Vorwand zu geben, die Bundesregierung in eine öffentliche Diskussion zu verwickeln. Zur Behandlung des britischen Beitritts auf der EG-Ministerratstagung am 29. Februar 1968 schlägt Duckwitz in Übereinstimmung mit Staatssekretär Lahr vor, die Ergebnisse der deutsch-französischen Konsultationen als deutlichen Fortschritt zu kennzeichnen und sie damit „sozusagen gerichtsnotorisch“ zu machen.
- 72** 26.02. Bundesminister Brandt an den britischen Außenminister Brown S. 262
- Brandt übermittelt eine Aufzeichnung über die Ergebnisse der deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen vom 15./16. Februar 1968 hinsichtlich einer Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften. Er bittet um Verständnis dafür, daß die Bundesregierung vor der EG-Ministerratstagung keine eigenen Vorschläge zum britischen Beitritt vorlege, da es „taktisch besser“ sei, die EG-Kommission als anerkanntes kommunitäres Organ

Vorschläge entwickeln zu lassen. Er ersucht Brown, diesen Vorschlägen nicht durch ein britisches Nein zuvorzukommen. Dies würde er als „wirklich verhängnisvoll“ ansehen.

- 73 29.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete** S. 268
- Ruete analysiert die Möglichkeiten für eine Ausweitung des am 8. Januar 1968 begonnenen Gedankenaustausches zwischen dem Leiter der Handelsvertretung in Warschau, Böx, und dem polnischen Stellvertretenden Außenminister. Nachdem Winiwicz über die wirtschaftliche Ebene hinaus die Aufstellung eines gemeinsamen Sachkatalogs zu politischen Fragen positiv aufgenommen habe, müsse nun über die einzelnen Themen entschieden werden. Zu diesen sollten sowohl der Austausch von Gewaltverzichtserklärungen als auch die Grenzfrage gehören.
- 74 01.03. Botschafter Sachs, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt** S. 272
- Sachs berichtet über die EG-Ministerratstagung vom Vortag. Bundesminister Brandt erläuterte die Vorstellungen der Bundesregierung zu einem auf den deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 16. Februar 1968 erarbeiteten handelspolitischen Arrangement: Großbritannien, Dänemark, Irland und Norwegen sollten „verhandlungstechnische Priorität“ vor Staaten erhalten, die lediglich an einer Zollsenkung interessiert seien. Die Verhandlungen seien multilateral zu führen und ein linearer Zollabbau anzustreben. Ein Arrangement dürfe weder eine Assoziiierung noch einen Stufenplan darstellen, sondern sei als „Durchgangsstadium auf dem Weg zum Beitritt“ zu verstehen. Der italienische Außenminister Fanfani erklärte, daß eine solche Regelung unter Umständen zur Dauerlösung werden könne. Abschließend betonte der französische Außenminister Couve de Murville, daß es in erster Linie eine britische Angelegenheit sei, durch eigene Maßnahmen den Beitrittsprozeß zu beschleunigen.
- 75 01.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin** S. 278
- Kiesinger übergibt die Antwort der Bundesregierung auf die sowjetische Note vom 6. Januar 1968 zum Status von Berlin (West). Zarapkin kritisiert das Beharren der Bundesrepublik auf ihrem Rechtsstandpunkt in der Deutschland-Frage. Auch die bevorstehende Parlamentarische Arbeitswoche des Bundestages in Berlin (West) stelle eine Belastung der bilateralen Beziehungen dar. Der Bundeskanzler verweist demgegenüber auf die permanente Verletzung des Viermächte-Status in Ost-Berlin. Gleichzeitig lässt er prinzipielle Bereitschaft zum Verzicht auf Veranstaltungen in Berlin (West) erkennen, die – nach Meinung der UdSSR – einen „rein propagandistischen, offensiven und gegen die Sowjetunion gerichteten Charakter“ hätten. Er betont, daß die Bundesregierung nicht mehr den Standpunkt „Erst Wiedervereinigung – dann Entspannung“ ver-

trete, sondern Frieden und Entspannung wolle. Der Botschafter spricht die Wahlerfolge der NPD an. Kiesinger verweist darauf, daß die Bundesregierung die Aktionen der NPD künftig weiterhin wachsam beobachten werde. Zarapkin rät, bei allen Überlegungen die Potsdamer Vereinbarungen von 1945 nicht zu vergessen.

- 76** 01.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 288

Duckwitz faßt ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister am Vortag in Washington zusammen. Rusk stimmte den Grundzügen der Ostpolitik der Bundesregierung zu, riet allerdings in Zusammenhang mit der Berlin-Frage zur Vorsicht bei den Gesprächen mit der UdSSR über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen. Die Bundesregierung könnte hier „in eine Falle gelockt“ werden. Sodann wies Rusk nachdrücklich auf einen wachsenden amerikanischen Isolationismus hin, der eine Folge der mangelnden materiellen, finanziellen und moralischen Unterstützung der Verbündeten im Vietnam-Krieg sei.

- 77** 01.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 290

Duckwitz gibt ein Gespräch mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium am Vortag in Washington wieder. Eugene Rostow betonte, daß Fortschritte in der Frage des Devisenausgleichs Rückwirkungen auf die Einstellung der amerikanischen Öffentlichkeit und des Kongresses gegenüber Europa hätten. Der Tendenz zum Isolationismus könne auch durch eine Erweiterung der politischen Einflußnahme der NATO etwa im Mittelmeerraum entgegengewirkt werden. Rostow äußerte die Hoffnung, daß insbesondere die Bundesrepublik bei gemeinschaftlichen Aktionen der Allianz zur Stabilisierung des Nahen Ostens mitarbeiten werde. Mit Blick auf die im Zusammenhang mit einem Nichtverbreitungsabkommen offenen Fragen erklärte Duckwitz, die Bundesrepublik wolle hinsichtlich des atomaren Schutzes für Westeuropa „etwas Stärkeres haben als die NATO-Garantie“. Dies könne in Form einer Erklärung des amerikanischen Präsidenten erfolgen.

- 78** 01.03. Aufzeichnung des Botschafters z. b. V. Böker S. 293

Böker faßt ein Gespräch mit dem Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium, Puaux, am 16. Februar 1968 in Paris zusammen. Böker bat darum, einen im Frühjahr 1967 vom chinesischen Botschafter in Paris über den dortigen rumänischen Botschafter unternommenen Versuch zur Kontaktaufnahme mit der Bundesrepublik zu erwidern. Dazu solle derselbe „Kanal“ benutzt werden, um der chinesischen Regierung „unauffällig und geräuschlos“ das Interesse an einer Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zu signalisieren.

- | | | |
|----|--|--------|
| 79 | 04.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete | S. 294 |
| | Ruete regt an, den Entwurf vom 31. Januar 1968 für ein Aide-mémoire der Bundesregierung an die UdSSR zu überarbeiten. So sollte die Bundesregierung Fragen, deren Erörterung die UdSSR gefordert habe, die aber thematisch über den Gewaltverzicht hinausgingen, nicht ausweichen. Deshalb müsse ihr Standpunkt etwa zur geforderten Anerkennung der DDR, zum Münchener Abkommen von 1938 oder zu einem Verzicht auf den Alleinvertretungsanspruch in dem Aide-mémoire zumindest angedeutet werden. Auch sollte betont werden, daß der Beitritt der Bundesrepublik zu einem Nichtverbreitungsabkommen jede weitergehende Forderung der UdSSR auf dem Gebiet der Kernwaffen ausschließe. Die Bundesregierung solle ferner klarstellen, daß sie die UdSSR nicht als Sprecherin der anderen Ostblock-Staaten akzeptiere, sondern frei sei, mit diesen bilateral über einen Gewaltverzicht zu verhandeln. Lediglich die Frage eines deutsch-deutschen Gewaltverzichts sei in die Gespräche mit der UdSSR einzubeziehen. Direkte Verhandlungen mit der DDR könnten so vermieden und der Zeitpunkt einer eigenen Initiative frei gewählt werden. | |
| 80 | 04.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete | S. 303 |
| | Ruete zieht ein Resümee der Gespräche mit dem rumänischen Botschafter am 22. und 29. Februar 1968 zur Frage der Einbeziehung von Berlin (West) in ein Kulturabkommen. Oancea sah sich zu einer gemeinsamen Erklärung über Berlin außerstande, zeigte aber Verständnis dafür, wenn die Bundesregierung im Laufe der Verhandlungen ihre Auffassungen in Form eines Protokolls verlesen wolle. Ruete betonte die Notwendigkeit, vor Verhandlungsbeginn eine Einigung über den Wortlaut des Protokolls, das die Einbeziehung von Berlin (West) betreffe, zu erreichen. Die bisher vorgelegten Entwürfe bezeichnete Oancea als nicht akzeptabel. In den gegenseitigen Kulturbeziehungen bestehe bereits eine „Praxis“ in bezug auf Berlin (West). Deren Einschränkung sei von Seiten der rumänischen Regierung nicht geplant. Ruete empfiehlt, sich im nächsten Gespräch um eine pragmatische Lösung für den Wortlaut einer Erklärung der Bundesregierung zu bemühen. Gegebenenfalls solle auf den Abschluß eines Kulturabkommens verzichtet werden. | |
| 81 | 04.03. Botschafter Schnippenkötter, z. Z. Genf, an das Auswärtige Amt | S. 308 |
| | Schnippenkötter gibt ein Gespräch mit dem sowjetischen Delegationsleiter bei der Konferenz der 18-Mächte-Abüstungskommission wieder. Roschtschin erklärte, daß mit dem Abschluß der Verhandlungen termingerecht zum 15. März 1968 zu rechnen sei; der amerikanisch-sowjetische Entwurf vom 18. Januar 1968 für ein Nichtverbreitungsabkommen werde möglicherweise noch „in einigen kleineren Punkten“ geändert. Daraufhin erläuterte Schnippenkötter die Wünsche der Bundesregierung zur Gestaltung des Vertragstextes, insbesondere Ausschluß von Druck, Drohung und Erpressung. Hierauf entgegnete Rosch- | |

tschin, daß eine Regelung vorgesehen sei, die als Resolution des UNO-Sicherheitsrats und als einseitige Erklärungen der Nuklearmächte de facto mit einem Nichtverbreitungsabkommen verbunden werden solle. Dies werde allen Unterzeichnerstaaten zugute kommen.

- 82 04.03. Botschafter Schnippenkötter, z. Z. Genf, an das Auswärtige Amt S. 311

Schnippenkötter berichtet über ein Gespräch mit dem Leiter der amerikanischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission. Foster erklärte, er sei mit dem Leiter der sowjetischen Delegation, Roschtschin, übereingekommen, daß eine vertragliche Verpflichtung der Nuklearmächte zum Verzicht auf den Einsatz von Kernwaffen ausgeschlossen sei. Lediglich die Frage von Sanktionen gegen Kernwaffenmächte, die Nuklearwaffen anwendeten oder damit drohten, sei offen geblieben.

- 83 05.03. Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem türkischen Botschafter Gökmen S. 313

Duckwitz erklärt, daß die Bundesregierung nach langem Abwarten das Agrément für den neuen zyprischen Botschafter in der Bundesrepublik erteilt habe. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Vertretung der DDR auf Zypern und betont zugleich die traditionelle Freundschaft mit der Türkei. Gökmen würdigt die bisherige Rücksichtnahme der Bundesregierung, zeigt sich jedoch über den Zeitpunkt der Erteilung des Agréments verwundert. Das Prestige von Präsident Makarios sei damit zum Schaden der türkischen Zypri gestärkt worden. Es werde der Anschein erweckt, als ob die Bundesregierung die bisherigen „illegalen und verfassungswidrigen Akte“ von Makarios legalisiere. Duckwitz bedauert, daß der Zeitpunkt der Entscheidung der Bundesregierung zu Mißverständnissen Anlaß gegeben habe.

- 84 05.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 317

Duckwitz resümiert ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium am 28. Februar 1968 in Washington. Leddy erklärte, daß die Lage in Vietnam und das Zahlungsbilanzdefizit der USA erneuten politischen Druck in Richtung zusätzlicher amerikanischer Truppenabzüge aus Europa zur Folge haben werde. Er äußerte die Überlegung, ob nicht ein Teil der aus Ostasien abgezogenen britischen Truppen in Europa stationiert werden könne. Der Staatssekretär erklärte, diesen Gedanken mit der britischen Regierung erörtern zu wollen. Leddy bezeichnete den Entwurf der Bundesregierung zur Beantwortung der sowjetischen Berlin-Note vom 6. Januar 1968 als „ausgezeichnet“. Abschließend beurteilte Duckwitz die Entwicklung des Verhältnisses der Bundesrepublik zur ČSSR zuversichtlich. Jedoch werde die dortige neue Führung zunächst ihre „Loyalität zu Moskau“ beweisen müssen.

-
- 85 05.03. Hausbesprechung** S. 320
- Unter Vorsitz des Staatssekretärs Duckwitz werden Maßnahmen für eine Aktivierung der Lateinamerikapolitik erörtert. Botschafter z. b. V. Böker erinnert an die bereits auf der Botschafterkonferenz vom Mai 1963 in Cuernavaca beschlossene Intensivierung des politischen Gedankenaustausches mit den Staaten Lateinamerikas, die trotz einer „gewissen Apathie auf der Gegenseite“ fortgesetzt werden solle. Vortragender Legationsrat I. Klasse Meyer-Lohse referiert über die anstehenden Staatsbesuche in der Bundesrepublik und die geplanten Reisen des Bundesministers Brandt sowie der Staatssekretäre Duckwitz und Lahr anlässlich einer vom 14. bis 18. Oktober 1968 geplanten Botschafterkonferenz in Lima. Einladungen an Parlamentarier und Reisen von Delegationen des Deutschen Bundestages werden befürwortet. Ministerialdirektor Harkort verweist abschließend auf die insgesamt befriedigenden Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Staaten Lateinamerikas, welche durch eine Steigerung der Kapitalhilfe weiter gefestigt würden.
- 86 05.03. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt** S. 325
- Grewe kommentiert Äußerungen niederländischer und britischer Regierungsstellen, daß die NATO auch ein Instrument zur Kontrolle der Bundesrepublik sei. Er unterstützt die Erklärung des NATO-Generalsekretärs Brosio, der die Interpretationen in Washington zurückgewiesen hatte. Grewe empfiehlt, künftig eine „besondere Empfindlichkeit“ gegenüber derartigen Ausführungen deutlich zu machen, damit diese nicht in offizielle Erklärungen und Dokumente Eingang fänden.
- 87 06.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz** S. 328
- Duckwitz plädiert für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die Bundesregierung, nachdem er in seinen Gesprächen vom 26. bis 29. Februar 1968 in Washington darauf angesprochen worden war. Der Verlust der Ostgebiete sei eine direkte Folge des Zweiten Weltkriegs, der vom Deutschen Reich „vom Zaun gebrochen und verloren“ worden sei. Die Geschichte lehre, daß dafür „bezahlt“ werden müsse. Auch die westlichen Verbündeten betrachteten die polnische Westgrenze als endgültig. Duckwitz plädiert daher für eine baldige freiwillige Anerkennung. Die Oder-Neiße-Linie könne kein Gegenstand eines Aushandlens mehr sein.
- 88 06.03. Bundesminister Brandt, z. Z. Berlin (West), an Staatssekretär Duckwitz** S. 329
- Brandt faßt die Ergebnisse einer Besprechung über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit der UdSSR zusammen, an der unter anderem Bundeskanzler Kiesinger sowie die Bundesminister Schröder, Wehner und Heck teilnahmen. Eine baldige Beantwortung des sowjetischen Memorandums vom 29.

Januar 1968 wurde befürwortet. Kiesinger sprach sich dafür aus, offensiv im Sinne des Rechtsstandpunkts der Bundesrepublik, der Glaubwürdigkeit und des „guten Willens“ zu argumentieren. Die Belange der indirekten Adressaten, etwa Polen oder die ČSSR, sollten jedoch berücksichtigt werden. Wehner regte an, in Kenntnis der Karlsbader Beschlüsse vom April 1967 zu erklären, alle umstrittenen Fragen durch Gewaltverzicht lösbar machen zu wollen.

- 89** 07.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem schweizerischen Botschafter Troendle S. 330

Troendle äußert sich enttäuscht über die Bevorzugung der vier EG-Beitrittskandidaten bei der Aufnahme von Verhandlungen über Zollpräferenzen. Die schweizerische Regierung habe gehofft, daß sich die Bundesregierung für ihre Teilnahme von Beginn an einsetzen werde, nicht zuletzt, weil die Schweiz mehr Waren aus der Bundesrepublik importiere als etwa Großbritannien. Zudem liege bereits seit 1961 ein schweizerisches Verhandlungsgesuch in Brüssel vor. Das geplante Arrangement könne nur auf eine Freihandelszone hinauslaufen. Kiesinger bemerkt, daß die Gespräche mit den Beitrittskandidaten an einem „kritischen Punkt“ angelangt seien. Jedes Arrangement müsse mit den Bestimmungen des GATT konform sein und könne daher nur auf eine Freihandelszone abzielen. Er versichert, daß er einer dauerhaften Beschränkung der Verhandlungen auf Dänemark, Großbritannien, Irland und Norwegen nicht beipflichten werde.

- 90** 08.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem französischen Botschafter François Seydoux S. 333

Seydoux erklärt, daß Außenminister Couve de Murville den Entwurf von Vorschlägen der Bundesregierung an den EG-Ministerrat zur handelspolitischen und technologischen Zusammenarbeit mit den Beitrittskandidaten als „ungenießbar“ bezeichnet habe. Große Teile des Entwurfs seien zwischen beiden Regierungen nicht besprochen worden. Der ebenfalls anwesende Staatssekretär Carstens regt daraufhin ein Treffen des Bundesministers Brandt mit Couve de Murville unmittelbar vor der EG-Ministerratstagung an, um ein einvernehmliches Vorgehen zu sichern. Auch Kiesinger hält dies für erforderlich. Er will die Vorschläge, die über die deutsch-französische Erklärung vom 16. Februar 1968 hinausgehen, lediglich als „Diskussionsgrundlage“ für die Tagung in Brüssel verstanden wissen.

- 91** 11.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 334

Ruete analysiert die Möglichkeit von Kontakten auf militärischer Ebene zwischen der Bundesrepublik und den Staaten des Warschauer Pakts sowie Jugoslawien, insbesondere den Austausch von Militärrattachés. Einerseits seien zwar Rückwirkungen auf die Reste der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland und damit auf den Status der DDR zu erwarten, da die

UdSSR die Auflösung der alliierten Militärmisionen in Potsdam fordern könnte. Andererseits bestehe jedoch das grundätzliche Bemühen der Bundesregierung, die Beziehungen gegenüber dem Ostblock auf allen Gebieten zu normalisieren. Ruete empfiehlt diskrete Sondierungen mit der UdSSR, Rumänien und Jugoslawien.

- 92 12.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem österreichischen Botschafter Ender** S. 339

Ender äußert sich besorgt über die Entwicklungen in den Europäischen Gemeinschaften und bittet „um ein tröstendes Wort“. Kiesinger betont, daß alle EFTA-Mitgliedstaaten an Gesprächen über eine zukünftige Präferenzzone beteiligt werden sollten. Österreich solle ebenso wie die Schweiz soweit als möglich an die Europäischen Gemeinschaften herangeführt werden. Bei der französischen Zurückhaltung in dieser Frage spiele die Furcht vor einem „neuen Anschluß“ Österreichs eine Rolle.

- 93 12.03. Drahterlaß des Ministerialdirigenten Frank** S. 341

Frank informiert über die EG-Ministerratstagung vom 9. März 1968. Bundesminister Brandt erläuterte die Vorschläge der Bundesregierung zu einem Arrangement mit Großbritannien, Dänemark, Irland und Norwegen. Sie sollten lediglich eine Diskussionsgrundlage bilden und baldige Entscheidungen ermöglichen. Der italienische Außenminister Fanfani betonte, dies sei für Italien nur unter der Bedingung akzeptabel, daß als Ziel weder eine Freihandelszone noch eine Assoziiierung, sondern vielmehr ein Beitritt anvisiert werde. Der französische Außenminister Couve de Murville machte deutlich, daß trotz des Vorrangs der Beitrittskandidaten anderen Staaten Gespräche nicht verweigert werden könnten. In bilateralen Verhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Antragstellern sollen zunächst ein schrittweiser Zollabbau sowie für den Agrarbereich Lieferverträge vereinbart werden; dabei müsse ein Gleichgewicht der Zugeständnisse erreicht werden.

- 94 12.03. Vortragender Legationsrat Behrends an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel** S. 346

Behrends übermittelt die Haltung der Bundesregierung zur Gestaltung der Beziehungen zwischen Malta und der NATO. Angesichts des fortschreitenden Abbaus von britischen Militäreinrichtungen in Malta und der verstärkten Präsenz der UdSSR im östlichen Mittelmeerraum sei es richtig, Maßnahmen einzuleiten, die der maltesischen Regierung Unterstützung durch die NATO signalisierten. So sollten etwa Konsultationen in Form eines regelmäßigen Informationsaustausches zwischen NATO-Generalsekretär Brosio und dem maltesischen Botschafter bei den Europäischen Gemeinschaften, Curmi, gewährleistet werden. Überdies sei die Prüfung wirtschaftlicher Hilfsmaßnahmen der Mitgliedstaaten sinnvoll.

- 95** 13.03. Botschaftsrat I. Klasse Lahn, Kairo, an das Auswärtige Amt S. 349
- Lahn erörtert die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der VAR. Dies sei – nachdem die DDR aufgrund einer geschickten Politik seit 1965 in der VAR an Einfluß gewonnen und die Bundesrepublik Botschafter mit Jugoslawien ausgetauscht habe – für die ägyptische Regierung ohne gleichzeitige diplomatische Anerkennung der DDR kaum möglich. Die Aufnahme der Beziehungen ausschließlich zur Bundesrepublik wäre für Präsident Nasser nur denkbar, wenn sich die anderen Mitgliedstaaten der Arabischen Liga ebenfalls dazu entschließen. Daher verblieben zwei Alternativen: entweder die Beibehaltung des bisherigen Zustandes oder eine Ausnahmeregelung für die VAR wie im Fall derjenigen osteuropäischen Staaten, die bereits Beziehungen zu beiden Teilen Deutschlands unterhielten.
- 96** 14.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 352
- Duckwitz faßt ein Gespräch mit den Botschaftern der Drei Mächte vom 11. März 1968 zusammen. McGhee, Roberts und François Seydoux stimmten darin überein, daß die Anordnung der DDR, Mitgliedern der NPD die Einreise in bzw. die Durchreise durch die DDR zu untersagen, nicht hinnehmbar sei. Obwohl die letzte Parlamentarische Arbeitswoche in Berlin (West) ohne Störungen verlaufen sei, hielten es die drei Botschafter nicht für zweckmäßig, daß der Verteidigungsausschuß des Bundestages dort zusammentrete.
- 97** 15.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem rumänischen Botschafter Oancea S. 355
- Oancea erklärt, daß sich seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen am 31. Januar 1967 der Handel zwischen beiden Staaten erheblich intensiviert habe. Er betont sowohl das Interesse an weiteren Kooperationsprojekten als auch die Bereitschaft zu bilateralen Gesprächen über die künftige Entwicklung in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Tourismus. Kiesinger bekräftigt die Absicht, den Handelsbilanzüberschuß zu verringern, und stimmt der Einschätzung von Oancea zu, daß die Staaten Europas längerfristig gemeinsam die europäische Sicherheit verbessern und auf die Auflösung beider Militärblöcke hinwirken müßten.
- 98** 15.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 361
- Ruete berichtet über den Versuch, das Memorandum der Bundesregierung vom 6. März 1968 zu einem Nichtverbreitungsabkommen in den Bericht der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission vom 14. März 1968 an die UNO aufnehmen zu lassen. Die Bundesregierung sei in diesem besonderen Fall bereit gewesen, auf die Forderung des sowjetischen Delegationsleiters Roschtschin nach „equal treatment“ für die Bundesrepublik und die DDR einzugehen. Jedoch hätten die USA dar-

auf hingewiesen, daß dann das Erscheinen des Memorandums der DDR vom 16. Oktober 1967 unter der Rubrik „governments“ nicht zu verhindern sei. Die Bundesregierung habe dem nicht zustimmen können. Andererseits hätten es die USA für ausgeschlossen gehalten, noch über eine andere Überschrift zu verhandeln. Der Antrag auf Aufnahme des Memorandums sei daher nicht weiterverfolgt worden. Ruete bemerkt, daß Verhandlungen über die beanstandete Überschrift noch möglich gewesen wären. Offenbar seien aber die USA von Beginn an bestrebt gewesen, dem Ersuchen der Bundesrepublik nicht stattzugeben.

- 99** 20.03. Ministerialdirektor Ruete an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 364

Ruete informiert über die Haltung der Bundesregierung zum Vorschlag einer Europäischen Sicherheitskonferenz. Nach Gesprächen des niederländischen Außenministers Luns im Februar und März 1968 in Budapest und Belgrad hätten die Niederlande eine entsprechende Initiative am 14. März 1968 im Politischen Ausschuß der NATO eingebracht. Vor Beginn konkreter Planungen sollten jedoch folgende Voraussetzungen gegeben sein: eine begründete Aussicht auf Erfolg, die Miteinbeziehung der USA und die Übereinstimmung der Westmächte in grundsätzlichen Fragen. Zudem sei zu gewährleisten, daß die DDR keine Gelegenheit erhalte, ihre völkerrechtliche Anerkennung durchzusetzen. Angesichts der starren Haltung der UdSSR sowie gegensätzlicher Auffassungen von europäischer Sicherheit erachte die Bundesregierung momentan eine solche Konferenz als wenig sinnvoll.

- 100** 21.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit den amerikanischen Botschaftern McGhee und Schaetzel S. 368

Kiesinger nimmt zu den angeblich in der amerikanischen Regierung geäußerten Zweifeln an der Zuverlässigkeit und Bündnistreue der Bundesrepublik Stellung. Es sei nicht richtig, daß die Bundesregierung durch die neue Ostpolitik die „Sympathie der Roten“ zu gewinnen suche. Vielmehr sei sie bestrebt, das Verhältnis zu denjenigen Staaten Osteuropas zu normalisieren, die an einer generellen Besserung der Situation interessiert seien. Der Bundeskanzler erklärt, daß er zudem keine „gaullistische Politik“ verfolge; der Fortbestand und die Stärkung der NATO seien eine Conditio sine qua non für die Bundesregierung. McGhee und Schaetzel verweisen darauf, daß weder Präsident Johnson noch Außenminister Rusk derartige Vorwürfe erhöben.

- 101** 21.03. Aufzeichnung des Botschaftsrats Lautenschlager, Neu Delhi S. 372

Lautenschlager untersucht, wie sich weitere Waffenlieferungen der Bundesrepublik an den Iran auf die Beziehungen zu Indien auswirkten. Seit der Lieferung von rund 90 Militärflugzeugen des Typs F-86 im Jahr 1966, die wenig später in Pakistan aufgetaucht seien, gelte der Iran in Indien als Waffenaufläufer

Pakistans. Bereits damals sei als Reaktion sowohl im indischen Parlament als auch in der Öffentlichkeit mehrfach die Anerkennung der DDR angemahnt worden. Solche Forderungen seien im Juli 1967 nach Bekanntwerden bevorstehender Panzerlieferungen an den Iran wiederholt worden. Lediglich das unverzügliche Dementi der Bundesregierung sowie ein Gespräch des Bundeskanzlers mit dem indischen Botschafter Banerji hätten eine „ernsthafte Trübung“ der Beziehungen und eine Aufwertung der DDR verhindert. Lautenschläger weist darauf hin, daß weitere Waffenlieferungen zu einer Änderung der Deutschlandpolitik Indiens führen könnten.

- 102** 22.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 377
- Ruete erörtert den Vorschlag des CDU-Abgeordneten Majonica, diplomatische Beziehungen mit der Mongolischen Volksrepublik aufzunehmen. Weder seien positive Auswirkungen auf das Verhältnis zur UdSSR zu erwarten, noch sei das Argument überzeugend, dann den sowjetisch-chinesischen Konflikt aus der Nähe beobachten zu können. Mögliche politische Vorbedingungen könnten diesen Schritt zu einem Fehlschlag werden lassen. Außerdem sei mit einer Verstimmung der Volksrepublik China zu rechnen, die eine Anerkennung der Mongolischen Volksrepublik als Parteinaahme im sowjetisch-chinesischen Konflikt werten würde.
- 103** 22.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 381
- Ruete resümiert sowjetische Bemühungen um die Zulassung einer Vertretung der Außenhandelsorganisationen in Berlin (West). Das Auswärtige Amt habe sich für ein dilatorisches Vorgehen entschieden, damit zunächst die Absichten der UdSSR geklärt werden könnten. Am 20. März 1968 habe sich der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, gegenüber dem französischen Botschafter François Seydoux ungehalten über die Verzögerung gezeigt und eine baldige Entscheidung angemahnt. Dagegen wolle die amerikanische Regierung unter den gegenwärtigen Umständen jede weitere sowjetische Präsenz in Berlin (West) verhindern.
- 104** 22.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 384
- Ruete setzt sich mit den Folgen eines Nichtverbreitungsabkommens für die Einigung Europas auseinander. Auf sowjetisches Drängen hin sei im amerikanisch-sowjetischen Entwurf vom 11. März 1968 eine Internationalisierung der Verfügungsgewalt über Kernwaffen prinzipiell ausgeschlossen worden. Allerdings hätten die USA zur Wahrung der europäischen Interessen in ihre Interpretationen einen Passus aufgenommen, der die Rechtsnachfolge eines vereinten Europas in die nukleare Stellung eines seiner Mitgliedstaaten ermögliche, sofern alle Aufgaben im Bereich der äußeren Sicherheit zentral geregelt seien. Dies schließe allerdings für die Staaten Europas jegliche Möglichkeit aus, vor einer endgültigen Vereinigung über Kernwaffen verfügen zu können. Während die Interpretationen durch

einen vorgesehenen Notenwechsel für die USA verbindlich würden, bliebe die Auslegung eines Nichtverbreitungsabkommens durch die UdSSR offen.

- 105** 22.03. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 389

Knappstein gibt Äußerungen des amerikanischen Außenministers Rusk anlässlich eines Gesprächs mit dem ehemaligen Bundeskanzler Erhard vom Vortag wieder. Die europäischen Staaten müßten sich fragen, welche künftige Ordnung in Südostasien eigentlich in ihrem eigenen nationalen Interesse liege. Sollte ihnen die dortige Entwicklung gleichgültig sein, so könne er nur von einem „höchst gefährlichen“ europäischen Isolationismus sprechen. Mit dem Anwachsen eines latent vorhandenen amerikanischen Isolationismus sei dann ebenfalls zu rechnen. Knappstein wertet die Bemerkungen von Rusk als Aufforderung zu stärkerer moralischer und politischer Unterstützung für das amerikanische Engagement in Südostasien.

- 106** 25.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 391

Harkort berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit den drei deutschen EG-Kommissaren, Hellwig, von der Groeben und Haferkamp, vom 22. März 1968 bezüglich einer Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften. Kiesinger erklärte, daß der Entwurf der Bundesregierung vom 9. März 1968 für ein handelspolitisches Arrangement mit den Beitrittskandidaten eine „extreme“ Auslegung der deutsch-französischen Erklärung vom 16. Februar 1968 darstelle. Die Ausarbeitung präziser Vorschläge hätte er lieber anderen überlassen. Die EG-Kommissare trugen prinzipielle Bedenken aus Brüssel vor: Die Bundesregierung lege das Hauptgewicht auf die Handelspolitik und vernachlässige den inneren Ausbau der Gemeinschaften. Zudem fehle eine Einbindung des Arrangements in den Beitrittsprozeß; dies sei ein Zeichen für die Hinwendung zu einer großen europäischen Freihandelszone und mit der weiteren Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften unvereinbar.

- 107** 25.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem somalischen Ministerpräsident Egal S. 394

Egal erläutert seine Bemühungen, die Konfrontation mit den Nachbarstaaten Äthiopien und Kenia zu überwinden. Er werde statt dessen den Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Entwicklung in Somalia legen. Kiesinger sagt zu, einen solchen Prozeß nach Möglichkeit zu unterstützen. Die Bundesregierung schätzt es, daß Somalia Verständnis für die Politik der Wiedervereinigung zeige. Nach einem Meinungsaustausch über aktuelle weltpolitische Fragen bietet der somalische Ministerpräsident seine Vermittlungstätigkeit bei einer möglichen Wiederaufnahme der im Mai 1965 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu den arabischen Staaten an.

- 108** 26.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 397
- Ruete setzt sich mit dem Zwischenbericht einer deutsch-amerikanischen Arbeitsgruppe über die Beteiligung der Bundesregierung an der Entscheidung über den Einsatz von Nuklearwaffen auf und von deutschem Boden auseinander. Die USA seien bereit, über den selektiven Einsatz nur in Kenntnis der Auffassung der Bundesregierung zu entscheiden. Ein Vetorecht sei damit aber nicht verbunden. Außerdem werde eine rechtzeitige Mitwirkung der Bundesregierung bei Freigabebeanträgen durch eine gleichzeitige Unterrichtung des amerikanischen Präsidenten und des Bundeskanzlers angestrebt. Schließlich hätten die USA der Bundesregierung ein Mitspracherecht über den Einsatz von Trägersystemen der Bundeswehr zugesagt. Ein entsprechendes Übereinkommen, das nach amerikanischer Auffassung keinen „nationalen deutschen Befehlsweg“ vorsehen könne, solle in einem Briefwechsel zwischen Präsident und Bundeskanzler getroffen werden.
- 109** 26.03. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 401
- Knappstein informiert über ein Gespräch des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundeskanzler, Freiherr von und zu Guttenberg, mit dem amerikanischen Außenminister. Rusk schilderte die für die amerikanische Regierung nach der Tet-Offensive entstandene Situation in Vietnam. Guttenberg verwies auf die Sympathie der CDU/CSU für das Engagement der USA in Südostasien. Mit Blick auf ein Nichtverbreitungsabkommen seien wachsende Bedenken in der Bundesrepublik zu konstatieren; es stelle sich insbesondere die Frage der Priorität zwischen diesem und der NATO. Zudem würden für die Bundesrepublik über den bereits eingegangenen Nuklearverzicht hinaus vertragliche Verpflichtungen nun auch gegenüber dem „potentiellen Gegner“ geschaffen.
- 110** 27.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 404
- Kiesinger betont, daß in der Bundesrepublik sowohl das Bündnis mit den USA als auch das amerikanische Engagement in Vietnam von einer Mehrheit in der Bevölkerung unterstützt werde. Die in Zusammenhang mit der Ostpolitik der Bundesregierung von Bundesminister Brandt auf dem Parteitag der SPD am 18. März 1968 in Nürnberg angesprochene Respektierung der Oder-Neiße-Linie vor einer Friedensregelung könne falsch interpretiert werden: Eine offizielle Anerkennung zum jetzigen Zeitpunkt sei „gefährlich“. McGhee berichtet über Kritik des sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin an weiteren Sitzungen des Verteidigungsausschusses des Bundestages in Berlin (West). Abrassimow habe für das nächste Mal konkrete Schritte angekündigt. Kiesinger verweist auf die Möglichkeit, von solchen Sitzungen abzusehen, wenn die UdSSR eine „vernünftige Haltung“ einnehme.

-
- 111** 28.03. Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amtes S. 408
- In der Vorlage wird eine Prüfung der Vergabe von Temporary Travel Documents (TTD) empfohlen. Das amerikanische Außenministerium betone, daß die DDR die TTD-Regelung für eigene Zwecke mißbrauche. Es rege ein neues Verfahren an, das es jedem NATO-Mitgliedstaat individuell ermögliche, über die Einreise von Besuchern aus der DDR zu entscheiden. An einer Abschaffung des TTD-Systems habe auch die Bundesrepublik selbst ein Interesse, solange damit keine Anerkennung des DDR-Passes verbunden sei. Ein derartiger Schritt könne zudem eine „Entspannungsgeste“ darstellen. Bundesminister Brandt solle daher ermächtigt werden, Gespräche über eine Beendigung des Systems sowie die Einführung neuer Sichtvermerksregelungen mit den Drei Mächten zu führen.
- 112** 28.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 410
- Ruete erörtert mögliche Folgen des Abschlusses eines Nichtverbreitungsabkommens für die Beziehungen zur UdSSR. Es fehle eine Bestimmung, die nichtnukleare Unterzeichner vor Druck, Drohung und Erpressung schütze; angesichts des früheren Verhaltens der UdSSR müsse daher auf einen Austausch von bilateralen Gewaltverzichtserklärungen hingewirkt werden. Ferner bedürften die Verbots- und Verzichtsbestimmungen im Vertragstext amerikanischer Interpretationen, um bestehende Abmachungen innerhalb der NATO bezüglich der nuklearen Verteidigung nicht zu entwerten. Zudem werde die UdSSR voraussichtlich die Zuständigkeit von EURATOM für alle nichtnuklearen Mitglieder der Gemeinschaft bei Verhandlungen über ein Verifikationsabkommen mit der IAEA bestreiten. Dennoch könne die Bundesrepublik nach einem Beitritt zum Nichtverbreitungsabkommen mit einer Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR rechnen.
- 113** 28.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 414
- Ruete spricht sich gegen eine mögliche Beteiligung von Spitzensportlern der Bundeswehr an Wettkämpfen in der DDR aus. Es sei anzunehmen, daß dann auch andere NATO-Staaten Sportler ihrer Streitkräfte entsenden würden. Dadurch könnte die bisherige Zurückhaltung der Verbündeten gegenüber der DDR gefährdet werden. Außerdem würde es die deutsche Bevölkerung nicht verstehen, wenn Soldaten der Bundeswehr in „kameradschaftlichem“ Wettkampf mit Soldaten der NVA auftraten, deren Einheiten die Mauer bewachten und den Schießbefehl befolgten.
- 114** 28.03. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 416
- Grewe informiert über die Sitzung des Ständigen NATO-Rats vom Vortag. Von belgischer, niederländischer und dänischer Seite wurde „Aktionsfreiheit“ bei der Aufnahme und Fortführung bilateraler Kontakte einzelner Mitglieder zu Ostblock-Staaten

angeregt; eine vorherige Konsultation des Ständigen NATO-Rats über die jeweiligen Gesprächsthemen solle nicht erfolgen. Hingegen bestand der französische Botschafter Roger Seydoux auf ausreichenden vorhergehenden Absprachen. Der niederländische Botschafter Boon betonte mit Blick auf eine Europäische Sicherheitskonferenz die Notwendigkeit einer frühzeitigen Vorbereitung durch Ost-West-Expertengruppen, die dann auch die Teilnahme der DDR zu behandeln hätten. Die USA, Frankreich, Italien und die Bundesrepublik plädierten dafür, daß zunächst die substantiellen Fragen innerhalb der NATO geklärt und erst dann mit Vertretern des Ostblocks über die Modalitäten einer Konferenz gesprochen werden sollte.

- 115** 29.03. Staatssekretär Duckwitz an die Botschaft in Washington S. 419

Duckwitz weist die Botschaft an, dem amerikanischen Außenministerium den Entwurf für eine Disclaimer-Erklärung auszuhändigen, die anlässlich des Beitritts der DDR zu einem Nichtverbreitungsabkommen abgegeben werden solle. Darin werde ausgeführt, daß ein solcher Schritt weder eine Mitgliedschaft der DDR in der IAEO noch eine Teilnahme an den vorgesehenen Vertragskonferenzen präjudiziere. Falls die DDR auf einem Junktim zwischen einer Kontrolle durch und einer Mitgliedschaft in der IAEO bestehe, sei auf ersteres zu verzichten, damit ihr kein „Einbruch“ in diese Organisation gelinge. Duckwitz bittet, die grundsätzliche Zustimmung der Bundesregierung zu einem Nichtverbreitungsabkommen herauszustellen, aber auch um Verständnis für den Klärungsbedarf zu werben.

- 116** 03.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 423

Harkort befaßt sich mit möglichen Maßnahmen zur Entlastung der amerikanischen Zahlungsbilanz. So habe die Bundesregierung im EG-Ministerrat vorgeschlagen, die im Rahmen der Kennedy-Runde beschlossenen Zollsenkungen vorzuziehen. Eine solche Begünstigung der USA setze allerdings voraus, daß diese ihrerseits auf bestehende bzw. geplante Einfuhrrestriktionen verzichteten. Eine Steigerung der Kapitalhilfe der Bundesrepublik für die Türkei zur Entlastung der amerikanischen Verpflichtungen solle nicht erfolgen. Jedoch könnte eine Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den USA im Nahen Osten erwogen werden. Angesichts der arabischen Diffamierung der Amerikaner als „Imperialisten und Neokolonialisten“ bestehe allerdings die Gefahr, dann selbst in die „Schußlinie“ zu geraten.

- 117** 03.04. Botschafter Knoke, Den Haag, an das Auswärtige Amt S. 426

Knoke benennt Probleme der bilateralen Beziehungen für ein geplantes Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem niederländischen Außenminister am 5. April 1968 in Luxemburg. Auf Druck des Parlaments werbe Luns in Osteuropa für eine Europäische Sicherheitskonferenz. Er solle aber darauf hingewiesen werden, daß diese Frage zunächst innerhalb der

- NATO besprochen werden müsse. Des weiteren sei die Reaktion auf den Plan des Bundesministers Leber zu erörtern, der aus niederländischer Sicht eine schwerwiegende Belastung für den grenzüberschreitenden Straßentransportverkehr bedeute.
- 118** 03.04. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 429
- Grewe nimmt Stellung zum Schreiben des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium vom 30. März 1968 und äußert sich zu den Auswirkungen eines Nichtverbreitungsabkommens auf die Sicherheit der Bundesrepublik. Auch die Zusicherung von Eugene Rostow, bei einer möglichen Auflösung der NATO das Nichtverbreitungsabkommen kündigen zu können, sei nicht geeignet, eine „bedrohliche“ Entwicklung für die Bundesrepublik generell auszuschließen. Grewe regt eine Erklärung der amerikanischen Regierung anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens an. Darin sollten sich die USA verpflichten, so lange Mitglied der NATO zu bleiben, wie die nichtnuklearen Partner an das Abkommen gebunden seien und zugleich das Verbleiben ihrer Streitkräfte in Europa garantieren.
- 119** 05.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Diori S. 431
- Diori gibt einen Überblick über die mit Hilfe der Bundesrepublik realisierten Entwicklungspunkte in der Republik Niger und spricht Möglichkeiten bilateraler Kooperation bei der Energieversorgung und beim Fremdenverkehr an. Er verweist auf die Notwendigkeit einer Erneuerung des Assoziierungsabkommens von Jaunde vom 20. Juli 1963 und kündigt an, daß er als Sprecher der assoziierten afrikanischen Staaten demnächst Verhandlungen mit den EG-Mitgliedstaaten aufnehmen werde.
- 120** 08.04. Botschafter Bach, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 436
- Bach berichtet von einem Gespräch mit dem Shah. Mohammad Reza Pahlevi erklärte, nach den früheren Beleidigungen nehme er die aktuelle „Verhöhnung“ seiner Gattin in den Medien der Bundesrepublik nur noch zur Kenntnis. Für ihn sei es ein Phänomen, daß ein „kleiner Haufen Unreifer“ die außenpolitischen Beziehungen zu befreundeten Staaten derart belasten könne. Zu bedenken sei, daß der Iran wirtschaftlich nicht von der Bundesrepublik abhängig sei. Bach hält Konsequenzen für die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen nicht für ausgeschlossen, falls die Attacken auf den Iran und sein Herrscherpaar in der Presse weitergeführt würden.
- 121** 09.04. Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin S. 438
- Duckwitz übergibt ein Memorandum der Bundesregierung zur Frage des Gewaltverzichts. Er äußert Genugtuung darüber, daß die Vorschläge der Bundesregierung das Interesse der UdSSR und ihrer Verbündeten gefunden hätten. Die Bundesregierung

schlage deshalb die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen vor. Zarapkin verweist auf die Differenzierung zwischen der DDR, die als „der andere Teil Deutschlands“ bezeichnet werde, und den übrigen Ostblock-Staaten. Ein Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit diesen Staaten müsse jedoch unter gleichen Bedingungen erfolgen.

- 122** 09.04. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Münch S. 441
Münch spricht sich gegen Waffenlieferungen an Pakistan und den Iran wegen möglicher Rückwirkungen auf die Beziehungen zu Indien aus. Dies gelte im speziellen für das in der Presse bereits erwähnte Vorhaben, Panzer des Typs M 47 zur Umrüstung nach Italien und von dort an Pakistan oder den Iran zu verkaufen. Solche „Dreiecksgeschäfte“ würden die Bundesrepublik aus indischer Sicht nicht entlasten; vielmehr könnten sie der „SBZ-Lobby“ im indischen Parlament die Gelegenheit bieten, eine Anerkennung der DDR durchzusetzen.
- 123** 09.04. Botschafter Balken, Oslo, an Bundesminister Brandt S. 443
Balken weist auf die Entspannungsbemühungen der kleineren NATO-Verbündeten hin. Gerade die nicht abgesprochenen Kontakte der skandinavischen Partner zu den Ostblock-Staaten hätten sich des öfteren als nützlich erwiesen. Ein gewisser Spielraum sei ihnen daher zuzubilligen. Außerdem handelten selbst einflußreichere Verbündete bisweilen ohne vorherige Konsultationen. Zwar sei die besondere Verantwortung der Drei Mächte für Deutschland als Ganzes unbestritten, doch mache eine Lösung der Deutschland-Frage auf gesamteuropäischer Ebene auch die Einbeziehung etwa Norwegens notwendig.
- 124** 09.04. Botschaftsrat Loeck, Belgrad, an das Auswärtige Amt S. 445
Loeck berichtet von einem Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im jugoslawischen Außenministerium. Uvalić bekräftigte die Absicht, die Beziehungen zur Bundesrepublik auszubauen. Er verwies dabei auf den Vorschlag des Außenministers Nikezić für ein Treffen mit Bundesminister Brandt, dem die unterbrochenen Verhandlungen über einen Handelsvertrag und über die Gastarbeiter-Abkommen nicht entgegenstehen sollten. Zur europäischen Sicherheit äußerte der Unterstaatssekretär die Ansicht, daß die UdSSR nach einer Beruhigung der Lage in der ČSSR auf den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen eingehen werde. Ferner stehe Jugoslawien einer Wiedervereinigung positiv gegenüber, sofern es dadurch nicht zu einer „Störung des Friedens“ in Europa komme.
- 125** 10.04. Staatssekretär Duckwitz an Bundesminister Brandt S. 450
Duckwitz regt an, beim bevorstehenden Besuch des französischen Außenministers Couve de Murville ein „ernstes Wort“ über den britischen EG-Beitritt zu sprechen. Des weiteren sollten in bezug auf eine mögliche Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Jugoslawien über ein Handelsabkommen die Be-

- denken des Bundesministeriums für Wirtschaft ignoriert und Entgegenkommen signalisiert werden. Der Staatssekretär rät schließlich von dem Versuch ab, eine Aufnahme der DDR in die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu verhindern.
- 126** 11.04. Botschafter Hille, Amman, an das Auswärtige Amt S. 454
 Hille informiert über eine Unterredung mit dem jordanischen König vom Vortag über den arabisch-israelischen Konflikt. Hussein äußerte sich skeptisch bezüglich der Chancen einer politischen Lösung, da Präsident Nasser innenpolitisch weitgehend gebunden sei und Israel nach wie vor Verhandlungen ablehne. Hille entgegnete, daß die Bundesregierung die Lage Jordaniens mit „sehr viel Teilnahme“ betrachte. Abschließend empfiehlt er, der israelischen Regierung nahezulegen, die eventuell letzte Chance für die Eröffnung von Gesprächen mit den arabischen Staaten nicht ungenutzt vorübergehen zu lassen.
- 127** 16.04. Ministerialdirektor Thierfelder, z. Z. Wien, an das Auswärtige Amt S. 457
 Thierfelder faßt Ausführungen des Abteilungsleiters im tschechoslowakischen Außenministerium zusammen. Zur innenpolitischen Situation bemerkte Smejkal, die neue Regierung werde aufgrund ihres schwachen Rückhalts in der Arbeiterschaft beim Ausbleiben wirtschaftlicher Fortschritte „in große Schwierigkeiten“ geraten. Viel hänge nun vom Verhalten des Westens ab. In Kürze werde sich die ČSSR daher mit der Bitte um wirtschaftliche Hilfe an die Bundesregierung wenden.
- 128** 16.04. Staatssekretär Duckwitz an die Botschaft in Washington S. 459
 Duckwitz übermittelt die Stellungnahme der Bundesregierung zu den Vorschlägen des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium vom 30. März 1968 sowie den Wortlaut eines Antwortschreibens. Die von Eugene Rostow erwogene gemeinsame Erklärung anlässlich der Unterzeichnung eines Nichtverbreitungsabkommens, in welcher der Zusammenhang zwischen der Existenz der NATO und der Übernahme von Verpflichtungen durch nichtnukleare NATO-Mitgliedstaaten verdeutlicht werde, finde prinzipiell Zustimmung. Jedoch sei damit langfristig der nukleare Schutz durch die USA nicht gewährleistet. Deshalb solle an einer Garantie-Erklärung der USA festgehalten werden, in der die bestehenden Verpflichtungen bekräftigt würden. Darüber hinaus habe sie die Versicherung zu enthalten, daß die USA den Fortbestand der NATO auch in Zukunft für notwendig erachteten.
- 129** 18.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 462
 Ruete faßt eine Unterredung mit dem rumänischen Botschafter zusammen, den er über den Stand der Gespräche zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen informierte. Oancea gab zu erkennen,

- daß Rumänien von der UdSSR nicht unterrichtet worden sei. Er zeigte sich erfreut, daß nicht an ein multilaterales Abkommen gedacht sei, und wiederholte die Empfehlung, Verhandlungen zunächst mit den schwierigeren Partnern zu führen, vor allem mit der DDR.
- 130** 18.04. Gesandter Oncken, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 463
- Oncken berichtet über britische Vorschläge zur Truppenreduzierung in Europa. Darin werde eine Verringerung der Landstreitkräfte von NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa um 20 Prozent zur Diskussion gestellt, die in der Bundesrepublik, in der DDR und im westlichen Teil der ČSSR erfolgen solle. In diesem Bereich werde die Auflösung nationaler und die Verlegung ausländischer Einheiten bis Ende 1968 empfohlen. Oncken betont die politischen Vorbehalte der Bundesregierung und weist auf die mit den Vorschlägen verbundene Diskriminierung der Bundesrepublik hin.
- 131** 19.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 465
- Ruete legt den auf Weisung des Bundesministers Brandt geänderten Sachkatalog für Gespräche mit der polnischen Regierung vor. Obwohl Brandt die Erfolgsaussichten selbst skeptisch beurteile, solle der Leiter der Handelsvertretung in Warschau, Böck, zu entsprechenden Sondierungen ermächtigt werden. Zuvor sei allerdings die Genehmigung des Bundeskanzlers zu dem Sachkatalog einzuholen.
- 132** 19.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank S. 470
- Frank befaßt sich mit dem Wunsch des algerischen Außenministers Bouteflika, ein Gespräch mit Bundesminister Wischnewski zu führen. Am Vortag habe die algerische Präsidialkanzlei Wischnewski aber wissen lassen, daß Bouteflika nur dann zu einem Treffen bereit sei, wenn die Bundesregierung „ganz besondere Vorschläge“ zu machen habe. Frank glaubt, daß es sich dabei um eine taktische Maßnahme handele, deren Ziel weitgehende wirtschaftliche Zugeständnisse bei einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen seien.
- 133** 19.04. Botschafter Grewe, z. Z. Den Haag, an das Auswärtige Amt S. 472
- Grewe berichtet über den Verlauf der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe am 18./19. April 1968. Einleitend gab der amerikanische Verteidigungsminister Clifford eine von der Bundesregierung angeregte Erklärung über die Auswirkungen eines Nichtverbreitungsabkommens auf die nukleare Zusammenarbeit der NATO ab. Die Minister einigten sich sodann, auf den Aufbau eines Raketenabwehrsystems (ABM) für Europa vorläufig zu verzichten. Sie verständigten sich auf die Ausarbeitung eines Konzepts für den taktischen Einsatz von Nuklearwaffen. Es wurde beschlossen, die Vorschläge des NATO-Mili-

tärausschusses zur Verbesserung der nationalen Beteiligung an der nuklearen Planung in Kraft zu setzen. Bundesminister Schröder erläuterte ein von ihm vorgelegtes Arbeitspapier zur Freigabe von Nuklearwaffen: Selbst unter größtem Zeitdruck sei derjenige Mitgliedstaat zu konsultieren, von dessen oder auf dessen Territorium Nuklearwaffen eingesetzt würden.

- 134 21.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 477

Bahr berichtet über informelle Besprechungen mit dem tschechoslowakischen Botschafter a.D. Sédivý am 17./18. April 1968 in Prag. Sédivý erläuterte die Politik der neuen Regierung und Parteiführung. Sie sei bereit, mit der Bundesrepublik die Möglichkeiten eines politischen Abkommens mit den Elementen Gewaltverzicht, Grenzvertrag, Münchener Abkommen und erweiterter wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu prüfen. Bahr bezeichnete eine „ex-tunc-Ungültigkeitserklärung“ des Münchener Abkommens von 1938 als unmöglich. Jedoch sei im Rahmen einer Normalisierung des bilateralen Verhältnisses ein Vertrag über die Endgültigkeit und Unverletzlichkeit der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR in Verbindung mit einer Gewaltverzichtserklärung denkbar, eventuell auch eine Zusatzerklärung, daß das Münchener Abkommen von beiden Seiten „als erledigt angesehen“ werde. Bahr machte allerdings deutlich, daß eine Lösung ohne Behandlung der offenen Rechtsfragen nicht möglich sei. Eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen wurde nicht erörtert; Sédivý erwähnte jedoch, daß eine Normalisierung wichtiger sei als eine Formalisierung.

- 135 22.04. Deutsch-französische Konsultationsbesprechung S. 483

Der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Brunet, informiert über das Gespräch mit Staatssekretär Lahr. Nachdem sich die französische Regierung zur Auffassung bekannt habe, daß ein Arrangement der Europäischen Gemeinschaften mit den beitrittswilligen Staaten die erste Stufe eines Prozesses bilden sollte, der alle wesentlichen Handelshemmnisse beseitigen werde, bestehe kein wesentlicher Unterschied zur Bundesregierung mehr. Lahr betont hingegen die Notwendigkeit einer raschen und deutlichen Zollsenkung, damit die Ernsthaftigkeit der Bemühungen um die Beitrittskandidaten demonstriert werde. Der französische Außenminister Couve de Murville hebt hervor, daß jede „organisierte Konsultation“ mit den Kandidaten den Zusammenhalt der Gemeinschaft gefährde. Zudem habe Großbritannien kein wirkliches Interesse an einem Arrangement. Aus den Konsultationen der Leiter der Politischen Abteilungen berichtet Ministerialdirigent Frank, daß er die Ergebnisse der Botschafterkonferenz vom 28. März bis 2. April 1968 in Abidjan erläutert habe, auf der die Notwendigkeit eines Ausbaus der guten deutsch-französischen Zusammenarbeit in Afrika bekräftigt worden sei. Bundesminister Brandt teilt mit, daß er mit Couve de Murville die Situation in Vietnam und im Nahen Osten sowie das geplante Nichtverbreitungsabkommen erörtert habe. Abschließend bringt er die Sorge über die Ein-

schrankungen im Reise- und Transitverkehr durch die DDR vor. Es bestehe die Gefahr eines „ernsten psychologischen Einbruchs in Berlin“, wenn die Drei Mächte die Angelegenheit nicht nachdrücklich weiterverfolgten.

- 136** 22.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 495

Ruete erörtert mögliche Auswirkungen einer Reise des Bundesministers Brandt zur UNO-Generalversammlung anlässlich der Debatte über ein Nichtverbreitungsabkommen. Angesichts der jüngsten politischen Entwicklungen und der beträchtlichen Zahl von noch nicht auf eine Entscheidung festgelegten Regierungen sei eine „überwältigende“ Mehrheit für das Abkommen zweifelhaft. Da kommunistische Staaten die Anwesenheit von Brandt als einen Versuch zur Torpedierung des Nichtverbreitungsabkommens ansehen könnten, rät Ruete von einer Reise nach New York ab.

- 137** 22.04. Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 497

Braun übermittelt die Kurzfassung seines Vortrags für das außenpolitische Kolloquium am 2./3. Mai 1968 in Heimerzheim. Sowohl die neue Ostpolitik als auch die Haltung zum Nichtverbreitungsabkommen hätten das Ansehen der Bundesregierung in der UNO verbessert. Jedoch setze die UdSSR ihre „Zermürbungs- und Isolierungspolitik“ gegenüber der Bundesrepublik fort, womit sie bei afrikanischen und asiatischen Staaten Erfolg haben könnte. Negativ wirke sich auch der „Verschleiß der Allianz“ aus. Die Offensive der UdSSR zur Abhaltung einer europäischen Sicherheitskonferenz könnte sich zu einem Testfall für die Politik der Bundesregierung entwickeln. Braun unterbreitet abschließend Vorschläge für ein Gesamtkonzept zur europäischen Entspannung.

- 138** 22.04. Gesandter Wickert, London, an das Auswärtige Amt S. 501

Wickert übermittelt das Resümee seiner Ausführungen über das Verhältnis Großbritanniens zu Europa und zur Bundesrepublik für das außenpolitische Kolloquium in Heimerzheim am 2./3. Mai 1968. In Großbritannien bestehe der starke Wunsch zur Zusammenarbeit in und mit Europa. Allerdings werde es sich nicht damit zufriedengeben, nur die „zweite Geige“ zu spielen. Wickert vertritt die Auffassung, daß ein mit Europa nur schwach verbundenes Großbritannien zu einem labilen europäischen Kräfteverhältnis führen würde. Das Recht des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung werde zwar anerkannt; es sei allerdings eine andere Frage, wie weit Großbritannien „mit dem Herzen“ dabei sei. Die Studentenunruhen sowie die Wahlerfolge der NPD hätten das Bild einer stabilen und ausgeglichenen Gesellschaft in der Bundesrepublik verdunkelt.

-
- 139** 23.04. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 504
- Grewe faßt sein Referat über die Situation in der NATO für das außenpolitische Kolloquium in Heimerzheim am 2./3. Mai 1968 zusammen. Er stellt fest, daß sich das Bündnis in einer Krise befindet. Angesichts unterschiedlicher Auffassungen über das Bedrohungspotential der UdSSR und des Bemühens einiger Mitglieder um eine bilaterale Verständigung mit den Ostblock-Staaten lasse sich nicht mehr eindeutig sagen, gegen wen sich das Bündnis eigentlich richtet. Zudem setzten sich einzelne Partner über die Verpflichtung zur gegenseitigen Konsultation hinweg. Die Position der Bundesrepublik innerhalb der NATO sei in dem Maße schwächer geworden, in dem die Bedrohung durch den Warschauer Pakt nachgelassen habe. Zudem stärke das Anwachsen des Rechts- und Linksextremismus in der Bundesrepublik jene Stimmen, die in einer „Kontrolle des deutschen Partners“ die wichtigste politische Aufgabe der NATO sähen.
- 140** 24.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 508
- Ruete kommentiert die von der belgischen Regierung in einem Aide-mémoire an die USA und Großbritannien geäußerten Bedenken, daß ein Nichtverbreitungsabkommen die Belieferung von EURATOM mit spaltbarem Material behindern könnte. Versorgungsschwierigkeiten seien möglich, wenn nicht zwei Jahre nach Abschluß ein Verifikationsabkommen zwischen EURATOM und IAEA zustande komme. Ruete empfiehlt, auf eine amerikanische Interpretation des Artikels III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens hinzuwirken, die mit den Grundsätzen von EURATOM im Einklang stehe.
- 141** 27.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 510
- Ruete berichtet über die Ergebnisse der Sondersitzung der Bonner Vierergruppe vom Vortag über mögliche Maßnahmen gegen die Beschränkungen des innerdeutschen Personenverkehrs von und nach Berlin (West) durch die DDR vom 13. April 1968. Die Vertreter der Drei Mächte betonten, daß eine diplomatische Intervention bei der UdSSR wenig Erfolgsaussichten biete, solange die Entschlossenheit zu wirksamen Gegenmaßnahmen seitens der Bundesregierung fehle. Trotz des Hinweises auf die im Grundgesetz verankerte innerdeutsche Freizügigkeit beharrten sie auf einer unverzüglichen „politischen Grundsatzentscheidung“. Ruete hält einen entsprechenden Beschluß des Bundeskabinetts für unerlässlich, da nur so die Unterstützung durch die Drei Mächte und die übrigen NATO-Mitgliedstaaten gewährleistet werden könne.
- 142** 29.04. Botschafter Pauls, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 513
- Pauls informiert über ein Gespräch mit dem israelischen Außenminister. Eban erklärte, daß trotz Vermittlungsbemühungen der UNO jeder weitere Fortschritt im Nahen Osten vom jordanischen König abhänge. Angesichts der fortbestehenden

Verhandlungsunwilligkeit der VAR müsse Hussein nunmehr ohne sie mit Israel zu einer friedensvertraglichen Lösung kommen. Ohne Friedensvertrag mit den Nachbarstaaten werde sich Israel nicht von den 1967 besetzten Linien zurückziehen können. Eban wäre zu territorialen Konzessionen bereit, da er „keine Million Araber“ unter israelischer Jurisdiktion wünsche.

- 143 30.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Caspari** S. 515

Caspari faßt ein Gespräch mit dem südkoreanischen Botschafter vom Vortag zusammen. Kim erklärte, daß ihn die Besorgnis über die gegenwärtigen Spannungen im bilateralen Verhältnis wegen der 17 vom südkoreanischen Geheimdienst zur Ausreise aus der Bundesrepublik gezwungenen Koreaner veranlasste, nach Wegen zur Verbesserung der Beziehungen zu suchen. Caspari führte aus, daß die jüngst bestätigten Todesurteile gegen zwei dieser Personen nicht nur in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik einen ungünstigen Eindruck hinterlassen hätten. Kim verwies auf die Zusage des Präsidenten Park, daß die Todesstrafe nicht vollstreckt würde. Schwer verständlich sei ihm die Verknüpfung der Angelegenheit mit der Unterzeichnung eines Kapitalhilfeabkommens, das die Bereitstellung von 70 Mio. DM für den Bau eines Wärmekraftwerks vorsehe.

- 144 30.04. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt** S. 519

Klaiber gibt Informationen aus dem französischen Außenministerium über die weitere Behandlung des vorgeschlagenen Arrangements der Europäischen Gemeinschaften mit Großbritannien wieder. Äußerungen des britischen Außenministers Stewart hätten gezeigt, daß Großbritannien nur solche Zwischenlösungen akzeptieren werde, die in „unauflöslicher“ Verbindung mit einem späteren Beitritt stünden. Die französische Position sei dem diametral entgegengesetzt. Weitere Unklarheiten beträfen einen institutionalisierten Konsultationsmechanismus und einen präferenziellen Zollabbau. Schließlich könnten nach französischer Auffassung Verhandlungen mit Dritten über konkrete technologische Projekte nur von den jeweils interessierten EG-Mitgliedstaaten selbst geführt werden, ohne daß die Gemeinschaft hier geschlossen auftreten sollte.

- 145 02.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Staden** S. 522

Staden begründet die Notwendigkeit, eine europäische Isotopen-trennanlage für die Herstellung von angereichertem Uran zu bauen. Zwar werde der Bedarf durch bestehende Vereinbarungen mit dem Hauptlieferanten USA bis etwa 1975 sichergestellt. Danach sei die Entwicklung jedoch ungewiß, da der amerikanische Eigenbedarf wachse und die USA ihre Versorgungspolitik gegenüber EURATOM ändern könnten. Staden empfiehlt, sich aus diesem „nahezu totalen Abhängigkeitsverhältnis“ zu lösen. Es sei überdies nicht ausgeschlossen, daß auch EURATOM im Anschluß an die bevorstehende Versorgungs-

überprüfung den Bau einer eigenen Isotopentrennanlage für vordringlich erklären werde, da die bestehenden Anlagen in Frankreich und Großbritannien keinen vollwertigen Ersatz böten.

- 146** 02.05. Außenpolitisches Kolloquium in Heimerzheim S. 525

Bundesminister Brandt zeichnet Grundlinien der Europa- und Bündnispolitik, der Deutschland- und Ostpolitik, der Haltung zu einem Nichtverbreitungsabkommen sowie des Verhältnisses gegenüber der Dritten Welt. Er spricht sich für eine neue Initiative der Bundesregierung zur Festigung der Europäischen Gemeinschaften aus. Innerhalb der NATO solle an dem Grundsatz festgehalten werden, daß das Bündnis seine militärische Aufgabe erst gelöst habe, wenn die politische erfüllt sei. Gleichzeitig könne auf die Ostblock-Staaten stärker mit Gesprächen über einen Gewaltverzicht zugegangen werden. Botschafter von Walther weist darauf hin, daß aus Sicht der UdSSR die DDR einerseits unbeliebt und der einzige nicht saturierte Staat des Ostblocks sei; andererseits werde sie einen Verlust der DDR mit allen Mitteln verhindern. Bundesminister Wehner stellt fest, daß die Bundesrepublik mit den Staaten Osteuropas im Gespräch bleiben müsse. Auch im Verhältnis zur DDR rate er, sich graduell zu etwas bereitzufinden, „zu dem man sonst auf die Dauer gezwungen würde“.

- 147** 03.05. Außenpolitisches Kolloquium in Heimerzheim S. 533

Die Teilnehmer erörtern Fragen des Verhältnisses von Deutschland-, Ost- und Europapolitik sowie der Sicherheitspolitik. Bundeskanzler Kiesinger hält ungeachtet der Debatte über die Erweiterung der EG eine Fortsetzung der politischen Zusammenarbeit der Sechs für möglich. Botschafter von Walther wendet ein, daß die UdSSR einer europäischen Integration ablehnend gegenüberstehe und statt dessen eine Pax sovietica anstrebe. Bundesminister Strauß gibt zu bedenken, daß Europa als Macht 1980 „erledigt“ sei, wenn die Integration nicht komme. Deutschland habe als Nationalstaat keine Chance mehr, sondern nur in Europa. Bundesminister Schiller spricht sich für eine verstärkte außenpolitische Einflußnahme mit ökonomischen Mitteln und für eine bessere Abstimmung zwischen Außen- und Wirtschaftspolitik aus. Der Bundeskanzler resümiert, daß die von Botschafter Freiherr von Braun angeregte sicherheitspolitische Initiative nicht mehrheitsfähig sei.

- 148** 03.05. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das Auswärtige Amt S. 553

Lilienfeld berichtet über ein Gespräch des CDU-Abgeordneten Birrenbach mit dem amerikanischen Außenminister. Mit Blick auf den Vietnam-Krieg betonte Rusk, daß Europa sich darüber klar werden müsse, welches Ostasien es sicherheitspolitisch wolle. Es liege doch auch im europäischen Interesse, diese Staaten nicht dem Kommunismus preiszugeben. Unter Hinweis auf wachsende isolationistische Tendenzen in den USA, aber auch in Europa, hob Rusk die Bedeutung der bevorstehenden Ver-

handlungen über einen Devisenausgleich hervor. Hinsichtlich der unterschiedlichen Laufzeiten eines Nichtverbreitungsabkommens und des NATO-Vertrags meinte Rusk, daß der Bundestag wie schon beim deutsch-französischen Vertrag von 1963 dem Ratifizierungsgesetz eine entsprechende Präambel vorstellen könnte. Abschließend versicherte er, daß die USA die gegenwärtig von der DDR praktizierten Behinderungen des Zugangs nach Berlin (West) nicht hinnehmen würden.

- 149** 07.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Eyadéma S. 556

Eyadéma kommt auf den mit einer Kapitalhilfe der Bundesrepublik gebauten Hafen von Lomé zu sprechen. Er äußert den Wunsch, die von Togo seinerzeit eingegangenen Rückzahlungsverpflichtungen zu überprüfen. Kiesinger erwidert, daß der togoische Präsident mit seinem Anliegen Verständnis erwarten könne, obwohl die derzeitige finanzielle Situation der Bundesrepublik hierfür keine einfachen Lösungen zulasse. Zur innenpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik erläutert der Bundeskanzler, daß die NPD zwar eine Partei der äußersten Rechten, aber keine neonazistische Partei sei. Ihre aktuellen Wahlerfolge seien auch eine Reaktion auf die Studentenunruhen.

- 150** 07.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm S. 560

Sahm faßt die Bemühungen um eine Freilassung der 1961 in der UdSSR wegen Spionage zu langjährigen Haftstrafen verurteilten Studenten Naumann und Sonntag zusammen. Ein im Juni 1962 zwischen Staatssekretär Carstens und dem sowjetischen Botschafter Smirnow vereinbartes „Gentlemen's Agreement“, demzufolge beide Studenten im Gegenzug zur Freilassung eines wegen Spionage in der Bundesrepublik verurteilten sowjetischen Staatsangehörigen aus der Haft entlassen würden, sei sowjetischerseits nicht eingehalten worden. Sahm empfiehlt deshalb, die Angelegenheit gegenüber dem sowjetischen Botschafter Zarapkin erneut aufzugreifen.

- 151** 09.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Ministerpräsident Borg Olivier S. 563

Kiesinger sagt eine Unterstützung des wirtschaftlichen Aufbaus in Malta zu und bedankt sich für die maltesische Haltung in der Deutschlandfrage. Borg Olivier betont den Wunsch nach enger Zusammenarbeit. Allerdings sei in Malta die Erinnerung „an das Deutschland aus der Kriegszeit“ noch lebendig. Der Staatssekretär im maltesischen Außenministerium, Gauci, weist darauf hin, daß die seitens der NATO vorgeschlagene Bindung Maltas an das Bündnis nicht ausreichend sei. Zur Verbesserung der Exportmöglichkeiten habe Malta im September 1967 bei den Europäischen Gemeinschaften einen Antrag auf Herstellung von Beziehungen gestellt. Die einseitige wirtschaftli-

-
- che Ausrichtung auf Großbritannien solle korrigiert werden. Kiesinger regt an, entsprechende Möglichkeiten von Sachverständigen prüfen zu lassen.
- 152** 09.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Treviranus S. 567
- Treviranus analysiert die Möglichkeit, die Frage der Rechts-gültigkeit des Münchener Abkommens von 1938 in einem bilateralen Abkommen mit der ČSSR zu regeln. Die Abgabe einer Grenzgarantie in Verbindung mit einem gegenseitigen Gewalt-verzicht sei rechtlich möglich, gehe aber nicht über bereits früher von der Bundesregierung abgegebene Erklärungen hinaus. Auch eine zusätzliche Erklärung, daß beide Vertragspartner das Münchener Abkommen als erledigt betrachteten, werde der tschechoslowakischen Forderung nach Feststellung der Un-gültigkeit „von Anfang an“ kaum genügen. Dagegen sei denk-bar, daß beide Staaten vertraglich ein Verhältnis feststellten, „als ob das Münchener Abkommen nie existiert hätte“. Dies er-fordere aber gleichzeitig eine möglichst umfassende Regelung insbesondere der Entschädigungs- und Staatsangehörigkeits-fragten.
- 153** 10.05. Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Washington S. 574
- Mit Blick auf die Verhandlungen über einen Devisenausgleich bemerkt Rusk, die europäischen Staaten hätten noch nicht ganz begriffen, daß die Stationierung umfangreicher Truppen in Viet-nam ohne gleichzeitige Reduzierung der amerikanischen Prä-senz in Europa „ans Wunderbare“ grenze. Lahr versichert, daß nach Ansicht der Bundesregierung eine auch für den Kongreß befriedigende Lösung möglich sei. Er merkt weiter an, daß die Frage eines britischen Beitritts zur EG auch stark auf die in-nere Entwicklung der Gemeinschaft wirken werde. Rusk meint, es sei tragisch, daß Staatspräsident de Gaulle sich in seiner Europapolitik den Weg selbst versperrt habe.
- 154** 10.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm S. 577
- Sahm resümiert die Ergebnisse einer Ressortbesprechung über Sicherungsmaßnahmen, die an der Grenze zur ČSSR für den Fall einer größeren Fluchtbewegung zu treffen seien. Es habe Einvernehmen darüber bestanden, daß vom Boden der Bun-desrepublik keine aktive Intervention auf tschechoslowaki-sches Gebiet erfolgen dürfe. Flüchtlinge könnten jedoch aufge-nommen werden. Sollte auf sie geschossen werden, wenn sie sich bereits auf dem Boden der Bundesrepublik befänden, kön-ne entsprechend bestehender Vorschriften zurückgeschossen werden. Grenzverletzungen sollte mit energischen Mitteln be-gegnet werden. Tschechoslowakischen „Widerstandsnestern“ im Grenzgebiet, die gegen sowjetische Truppen angingen, dürfe ausschließlich humanitäre Hilfe geleistet werden.

- 155** 10.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm S. 580

Sahm nimmt Stellung zu dem vom Kabinettsausschuß für innerdeutsche Angelegenheiten erwogenen Vorhaben, in Ost-Berlin ein Büro der Treuhandstelle für den Interzonenhandel zu errichten. Bereits Ende 1967 und erneut am 16. Januar 1968 habe das Auswärtige Amt Bedenken dagegen geäußert, mit diesem Schritt auf die eigenmächtige Umbenennung der von der DDR in Düsseldorf und Frankfurt am Main unterhaltenen „Büros für innerdeutschen Handel“ in „Ministerium für Außenwirtschaft – Büro Frankfurt bzw. Düsseldorf“ zu reagieren. Der Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Pollak, sei entsprechend instruiert worden. Da aber Bundeskanzler Kiesinger am 11. März 1968 vor dem Bundestag erklärt habe, daß die Errichtung eines Büros in Ost-Berlin erwogen werde, regt Sahm an, in der nächsten Sitzung des Kabinettsausschusses für innerdeutsche Beziehungen erneut den Standpunkt des Auswärtigen Amtes vorzubringen.

- 156** 10.05. Drahterlaß des Staatssekretärs Duckwitz S. 585

Duckwitz übermittelt Richtlinien des Bundesministers Brandt für die weitere Behandlung des Nichtverbreitungsabkommens. Die USA hätten die Interpretationen zu Allianz- und Bündnisfragen im NATO-Rat zu Protokoll gegeben und seien daher politisch gegenüber ihren Verbündeten gebunden. Bilaterale Gespräche mit der UdSSR über Interpretationen lägen daher nicht mehr im Interesse der Bundesrepublik. Eine Gefährdung der europäischen Einigung ergebe sich durch das Abkommen nicht; ein europäischer Bundesstaat werde über eine eigene Nuklearstreitmacht verfügen können. Die Beseitigung der in Artikel 53 und 107 der UNO-Charta festgeschriebenen Interventionsrechte von Siegerstaaten solle nicht gefordert werden; diese Frage sei Teil der Gespräche mit der UdSSR über einen Gewaltverzicht.

- 157** 13.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lankes S. 587

Lankes legt den Stand der Diskussion über eine Europäische Sicherheitskonferenz (ESK) dar. Die UdSSR trete unverändert für eine solche Konferenz unter Teilnahme der „beiden deutschen Staaten“ ein. Auch einige NATO-Mitgliedstaaten bewerteten den Gedanken einer ESK positiv. Lankes meint, daß der „unverkennbaren Suggestion“ dieses Konzepts durch Gegenvorschläge entgegengetreten werden müsse. Zum einen könnte eine strikt auf militärische Fragen beschränkte Konferenz angelegt werden. Zum anderen sollten die NATO-Staaten im Anschluß an den Harmel-Bericht weiterführende Vorstellungen über eine europäische Friedensordnung entwickeln. Die Teilnahme der DDR an entsprechenden Ost-West-Gesprächen könnte dann als Vorleistung mit Fortschritten auf dem Gebiet des „geregelten Nebeneinanders“ der beiden Teile Deutschlands verbunden werden.

-
- 158** 13.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Graf von Hardenberg S. 593

Hardenberg führt aus, daß bei den deutsch-amerikanischen Verhandlungen über einen Devisenausgleich am 9./10. Mai 1968 in Washington keine Einigung habe erzielt werden können. Die USA hätten ihre Forderung nach 675 Mio. Dollar mit dem starken innenpolitischen Druck begründet. Demgegenüber habe die Bundesregierung erneut angeboten, daß die Deutsche Bundesbank mittelfristige amerikanische Staatsanleihen in Höhe von 500 Mio. Dollar als Ausgleich der Devisenkosten erwerbe. Hardenberg regt an, bei der Bundesbank die Möglichkeit zu prüfen, aus demnächst fällig werdendem Anlagekapital weitere 100 Mio. Dollar in amerikanischen Staatsanleihen anzulegen.

- 159** 14.05. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 597

Grewe berichtet über eine Diskussion im Ständigen NATO-Rat zur Situation in der ČSSR. Es bestand Übereinstimmung, daß von Nachrichten über sowjetische Truppenbewegungen nicht auf eine bevorstehende militärische Intervention geschlossen werden dürfe. Der amerikanische Botschafter Cleveland meinte, daß ein Eingreifen des Warschauer Pakts unwahrscheinlich sei, solange der Erste Sekretär des ZK der KPČ, Dubček, die Kontrolle behalte. Der kanadische Botschafter Richie hob die Unterschiede zur Ungarn-Krise des Jahres 1956 hervor. Allerdings wurde auch festgestellt, daß der sowjetische Druck eine ungünstige Gegenwirkung auslösen könnte: So befürchtete der britische Botschafter Burrows eine wachsende Enttäuschung liberaler Kräfte in der ČSSR „mit unabsehbaren Folgen“, falls die geforderten Reformen auf Widerstand stießen.

- 160** 14.05. Botschafter Schnippenkötter, z. Z. New York, an Bundesminister Brandt S. 599

Schnippenkötter nimmt Stellung zu den Richtlinien des Bundesministers Brandt vom 10. Mai 1968 zur weiteren Behandlung des Nichtverbreitungsabkommens. Es sei nicht einzusehen, daß die Bundesrepublik auf eigene Interpretationen von vornherein verzichte. Für den Fall eines späteren Widerspruchs der UdSSR gegen die amerikanischen Interpretationen wäre die Bundesrepublik „verletzlich“, wenn sie sich nicht selbst rechtzeitig verbindlich geäußert hätte. Schnippenkötter warnt davor, auf die Forderung nach Beseitigung der Interventionsrechte von Siegerstaaten gemäß Artikel 53 und 107 der UNO-Charta zu verzichten, da eine erfolgreiche Regelung im Rahmen der Gespräche mit der UdSSR über einen Gewaltverzicht nicht garantiert sei. Er bittet, einen Vorschlag für mögliche Interpretationen unterbreiten zu dürfen. Ferner solle die Bundesregierung der sowjetischen Regierung vor Unterzeichnung des Abkommens formell erklären, daß sie keine anderen sowjetischen Auslegungen gelten lassen werde als diejenigen, die gegenüber den Verbündeten der Bundesrepublik angewandt würden.

- 161** 15.05. Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt S. 602

Sattler berichtet über Gespräche mit den Bischöfen von Meißen und Görlitz, Spülbeck und Schaffran, sowie mit Kardinal Bengsch. Die Bischöfe der DDR hätten kaum Zeit gehabt, sich vor der Volksabstimmung am 6. April 1968 mit dem Verfassungsentwurf zu befassen. In den Tagen vor der Abstimmung hätten sie sich von der Bundesrepublik und namentlich von der Bundesregierung verlassen gefühlt, da weder eine klare Stellungnahme noch eine Analyse des Entwurfs „im Lichte der allgemeinen Menschenrechte“ zu hören gewesen sei. Es seien auch Informationen darüber erwartet worden, wie die zum ersten Mal auf einem Stimmzettel vorgesehene Möglichkeit, mit Nein zu stimmen, hätte genutzt werden können. Bengsch äußerte zudem die Befürchtung, daß es nach Inkrafttreten der neuen Verfassung zu weiteren Erschwerungen bei der Seelsorge in den in der DDR gelegenen Teilen der Diözesen von Fulda, Münster, Osnabrück und Paderborn kommen werde.

- 162** 15.05. Botschafter Bach, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 608

Bach gibt Eindrücke aus einem Gespräch mit dem iranischen Außenminister wieder. Zahedi äußerte Interesse an der Emission einer iranischen Anleihe auf dem Kapitalmarkt der Bundesrepublik. Er berichtete sodann, daß der Vorsitzende des polnischen Staatsrats, Spychalski, die Bundesrepublik bei seinem kürzlichen Besuch in Teheran als „Störenfried in Europa“ bezeichnet habe. Versuche, den Iran zu einer Verurteilung der Bundesrepublik sowie zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zu bewegen, seien aber strikt abgelehnt worden. Bach schließt mit dem Hinweis, daß sich einflußreiche Kreise im Iran bemühten, die Beziehungen zur Bundesrepublik zu stören. Dabei würden zunehmend Meldungen arabischer Sender über angebliche Rüstungslieferungen der Bundesrepublik an Israel Beachtung finden.

- 163** 16.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 610

Frank berichtet über das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem dänischen Ministerpräsidenten. Baunsgaard erläuterte, daß eine Steigerung der dänischen Exporte in die Bundesrepublik zum Ausgleich des Handelsdefizits durch die EG-Agrarpolitik erschwert werde. Er führte weiter aus, daß sowohl die im deutsch-dänischen Handelsabkommen von 1964 als auch die im Vorjahr getroffenen Vereinbarungen des GATT für Dänemark erhalten werden müßten. Dänemark vertraue insbesondere auf die Zusage der Bundesregierung, daß bei der Festlegung der Orientierungspreise für die Einfuhr von Schlachtrindern in die EG die dänischen Interessen berücksichtigt würden. Kiesinger bemerkte, daß die Bundesregierung kein Druckmittel gegenüber Frankreich besitze, aber weiterhin auf Behandlung der Beitrittsfrage drängen werde.

-
- 164** 16.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 614
- Frank analysiert das Abstimmungsergebnis über den Antrag der DDR zur Aufnahme in die Weltgesundheitsorganisation (WHO) am 8. Mai 1968. Zwar stelle die Ablehnung eine empfindliche Blamage für den Ostblock dar. Die Debatte habe allerdings auch gezeigt, daß unter den Drei Mächten über den bisher gemeinsam vertretenen Standpunkt, die DDR sei kein Staat, keine Einigkeit mehr bestehe. So habe die französische Regierung schon im Vorfeld der Konferenz mitgeteilt, daß sie das gerade von den USA als tragfähig erachtete Argument der Nichtstaatlichkeit der DDR künftig nicht mehr verwenden werde. Frank meint, die Bundesrepublik dürfe nicht mehr die Augen davor verschließen, daß die politische Wirksamkeit dieses Arguments verlorengegangen sei und sich „die faktische Existenz eines anderen Teils Deutschlands“ nicht mehr leugnen lasse. Er plädiert dafür, über die Abkehr von einer die DDR „kompromißlos ausschließenden Politik“ nachzudenken.
- 165** 16.05. Aufzeichnung des Parlamentarischen Staatssekretärs Jahn S. 623
- Jahn berichtet über ein Gespräch mit dem sowjetischen Gesandten. Auf den Hinweis des Parlamentarischen Staatssekretärs, daß die jüngsten Behinderungen im Berlinverkehr auch das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR beeinträchtigten, erwiderte Bondarenko, daß die DDR ein souveräner Staat sei und Bundesregierung bzw. Bundestag „die Praxis illegaler Veranstaltungen“ in Berlin (West) fortgesetzt hätten. Jahn erinnerte dagegen daran, daß auch die UdSSR im Rahmen der Viermächte-Vereinbarungen Verantwortung für einen freien Zugang übernommen habe. Im übrigen entsprachen gerade die Paraden der Nationalen Volksarmee in Ost-Berlin am 1. Mai nicht dem Viermächte-Status der Stadt. Bondarenko kam dann auf die Kontroverse um die Teilnahme des sowjetischen Botschafters an einer Veranstaltung der „Marxistischen Blätter“ in Trier zum 100. Todestag von Karl Marx zu sprechen. Die Pressekampagne gegen Zarapkin könnte auch Auswirkungen auf die Arbeit des Botschafters der Bundesrepublik in Moskau haben.
- 166** 16.05. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 627
- Grewe kommentiert den Stand der NATO-Verteidigungsplanung. Er stellt fest, daß die Durchführung der fünf derzeit verfolgten Einzelprojekte durch die jeweils unterschiedlichen Vorstellungen der NATO-Staaten erschwert werde. So hätten beispielsweise die „Flankennationen“ wenig Interesse am Konzept der Rotation, während die Staaten in Europa-Mitte dem Gedanken der Flankenverstärkung mit Distanz begegneten. Es könne sich daher empfehlen, die Einzelprojekte zu einem Gesamtkonzept zusammenzufassen. Sie könnten dann „ineinandergreifende, sich gegenseitig ergänzende Mittel einer Strate-

gie der Krisenbeherrschung“ bilden. Damit erhielte die NATO zum ersten Mal seit dem Scheitern der MLF eine „neue belebende Idee“.

- 167** 17.05. Botschafter z. b. V. Böker, z. Z. Bagdad, an Staatssekretär Duckwitz S. 630

Böker teilt mit, daß der irakische Wunsch nach Gesprächen über die Gewerbeschule in Bagdad und die Wiedereröffnung des dortigen Goethe-Instituts nur Vorwand für eine Aussprache über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen gewesen sei. Der irakische Außenminister habe sich erkundigt, welche Sicherheiten der Irak erhalten könne, daß die Bundesrepublik keine Waffen mehr an Israel liefere. Er, Böker, habe auf die Versicherungen der Bundesregierung verwiesen, keinerlei Waffen in Spannungsgebiete zu liefern. Auf die Bemerkung von Khairulla, daß die Presse und Teile der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik einseitig für Israel Partei ergriiffen, habe er erwidert, daß sich die Abwesenheit arabischer Botschaften in Bonn nachteilig auf die dortige Meinungsbildung auswirke. Die Bundesregierung sei jederzeit vorbehaltlos zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen bereit, habe aber auch Verständnis für die innerarabischen Schwierigkeiten.

- 168** 22.05. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 634

Lahr faßt die Empfehlungen der beteiligten Ressorts zu den bevorstehenden Kapitalhilfeverhandlungen mit Israel zusammen. Die Höhe der bisher an Israel gezahlten Kapitalhilfe falle im Vergleich mit anderen Staaten stark aus dem Rahmen. Da aber eine Anhebung der Leistungen insbesondere für die arabischen Staaten nicht möglich sei, sollte die Hilfe für Israel von bisher 160 Mio. DM auf 140 Mio. DM reduziert werden. Die Darlehen sollten zu einem einheitlichen Zinssatz von 2,5% vergeben und an Projekte gebunden werden. Die Aufnahme einer israelischen Anleihe auf dem Kapitalmarkt der Bundesrepublik mit einem zu Lasten des Bundeshaushalts reduzierten Zinssatz sei wenig realistisch.

- 169** 24.05. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem britischen Außenminister Stewart S. 636

Die Minister behandeln Fragen zur Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften, zur NATO sowie zu Malta und Gibraltar. Brandt erklärt zu dem von der Bundesregierung vorgeschlagenen „handelspolitischen Arrangement“ mit den beitreitwillingen Staaten, daß dies nicht automatisch zu einem vollen Beitritt führe. Allerdings solle in einer Präambel der politische Wille zur Erweiterung der Gemeinschaften zum Ausdruck gebracht werden. Darüber hinaus bleibe die Bundesregierung skeptisch gegenüber dem Gedanken einer gemeinsamen Konferenz ohne Frankreich. Stewart erwidert, daß dann von den Bereichen, die seitens der Benelux-Staaten für eine Zusammenarbeit vorgeschlagen worden seien, allein die Technologie übrig-

bleibe, da Frankreich nur hierüber gesprächsbereit sei. Schließlich sprechen sich die Minister für die Initiative der USA aus, in einer Resolution des NATO-Ministerrats Vorschläge für eine beiderseitige Truppenreduzierung zu unterbreiten. Allerdings dürfe keine unbegründete einseitige Verminderung der Streitkräfte vorgenommen werden.

- 170** 24.05. Ministerialdirigent Heipertz, Prag, an Staatssekretär Duckwitz S. 643

Heipertz informiert über ein Hintergrundgespräch des tschechoslowakischen Stellvertretenden Außenministers mit Journalisten. Pudlák habe ausgeführt, daß die ČSSR die Handelsvertretung der Bundesrepublik in Prag nutzen wolle, um auch die politischen Kontakte beider Staaten auszuweiten. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen müsse allerdings noch warten. Pudlák habe ferner erklärt, daß sich die Beziehungen zur DDR abgekühlt hätten. Sollte die SED ihren Kurs fortsetzen, könne sie in der ČSSR nicht mehr mit Sympathie rechnen. In der UdSSR bereiteten vor allem die Vertreter der harten Linie Schwierigkeiten. Die Beziehungen zu Jugoslawien und Rumänen hoffe die ČSSR künftig enger gestalten zu können.

- 171** 25.05. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 646

Grewe faßt die Beratung des Ständigen NATO-Rats über die Initiative der USA zusammen, in einer Resolution des NATO-Ministerrats Vorschläge für eine beiderseitige Truppenreduzierung zu unterbreiten. Er übermittelt ferner den Text eines von ihm vorgelegten Gegenentwurfs. Die Mehrzahl der Teilnehmer sprach sich für eine Resolution zusätzlich zum Communiqué der NATO-Ministerratstagung in Reykjavik am 24./25. Juni 1968 aus. Der Gegenentwurf von Grewe wurde günstig aufgenommen und soll nach Auskunft des amerikanischen Botschafters bei der NATO, Cleveland, der weiteren Arbeit zugrunde gelegt werden. Es wurde beschlossen, parallel zu einem revidierten amerikanischen Entwurf mit der Formulierung jener Teile des Communiqués zu beginnen, an welche die Resolution anschließen solle.

- 172** 29.05. Bundesminister Brandt an den belgischen Außenminister Harmel S. 649

Brandt beantwortet das Schreiben des belgischen Außenministers vom 16. Mai 1968 zu Fragen der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik. Er stimme mit Harmel darin überein, daß es notwendig sei, auf der NATO-Ministerratstagung am 24./25. Juni 1968 in Reykjavik über bloße Absichtserklärungen hinauszugehen. Zugleich erscheine es ihm verfrüht, sich zu einem der zur Debatte stehenden Abrüstungsmodelle zu äußern. So habe er Zweifel, ob der belgische Vorschlag eines „Einfrierens“ und späteren „Aushungerns“ der Rüstungsniveaus wirklich dazu beitrage, die Gefahr einer militärischen Konfrontation abzubauen.

Abschließend äußert sich Brandt erfreut darüber, daß Harmel die polnische Regierung in den Abrüstungsgesprächen nicht im unklaren über die Grenzen bilateraler Gespräche gelassen habe.

- 173** 29.05. Botschafter Allardt, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 651

Allardt schildert ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Obersten Sowjet der UdSSR anlässlich der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens. Podgornyj stellte fest, daß die beiderseitigen Beziehungen zu wünschen übrig ließen. Einen Beitrag zur Verbesserung könne die Bundesregierung mit ihrer Unterschrift unter das Nichtverbreitungsabkommen leisten. Allardt verwies im Gegenzug darauf, daß eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen nicht im „Geist der Forderung nach einseitigen Akten der Bundesregierung“ erreicht werden könne, sondern einen permanenten Dialog erfordere. Auf den Hinweis von Podgornyj, die Bundesregierung begünstigte die NPD, entgegnete der Botschafter, daß kein Anlaß bestehe, eine „kleine Rechtspartei“ zu dramatisieren.

- 174** 30.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 655

Frank schildert ein Gespräch mit dem israelischen Gesandten. Idan zeigte sich enttäuscht über die mangelnde Bereitschaft der Bundesregierung zur Zusammenarbeit mit Israel auf dem Gebiet der Verteidigung. Frank verwies darauf, daß die Bundesrepublik ein geteiltes Land sei und aus der Vergangenheit noch große Belastungen abzutragen habe. Deshalb müsse sie vor allem in militärischen Belangen Zurückhaltung üben. Dennoch werde sie im Einzelfall die israelischen Wünsche prüfen, solange sie nicht den Eindruck erhalte, zu Entscheidungen gedrängt zu werden. Es sei den bilateralen Beziehungen auch abträglich, wenn Israel etwa bei Besuchen aus der Bundesrepublik auf der Besichtigung besetzter Gebiete oder der Altstadt von Jerusalem bestehe. Hierzu erwiderte Idan, daß entsprechende Empfehlungen der Bundesregierung für Israel nicht akzeptabel seien.

- 175** 30.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 659

Ruete erörtert die Frage des Staatscharakters der DDR. Von französischer, aber auch von amerikanischer Seite seien Zweifel an der Zweckmäßigkeit des bisher vertretenen Grundsatzes über die Nichtstaatlichkeit der DDR geäußert worden. Vor allem die rechtlichen Konstruktionen in der Deutschland-Frage stießen auch in anderen Staaten auf wenig Verständnis. Ruete empfiehlt, künftig die politische Argumentation, insbesondere die Aspekte „Rücksichtnahme auf innerdeutsche Angelegenheiten“ und „Sicherung der Entspannung“, in den Vordergrund zu stellen. Gleichwohl müsse ein überzeugender Rechtsstandpunkt fortbestehen. Um Widersprüche zur politischen Argumentation zu vermeiden, könne die Bundesregierung erklären, daß die DDR als „de-facto-Regime in den weiteren Bereich der am völkerrechtlichen Verkehr teilnehmenden Subjekte“ gehöre.

-
- 176** 31.05. Ministerialdirigent Sahm an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 664

Sahm nimmt Stellung zu der in Noten der DDR an die NATO-Mitgliedstaaten aufgestellten Behauptung, die Bundesregierung versuche mit ihrer Gesetzgebung, die Jurisdiktion auf das Territorium anderer Staaten auszudehnen. So erstrecke sich der Geltungsbereich einiger Gesetze der Bundesrepublik auf das Gebiet u.a. von Belgien, Frankreich, Österreich, der ČSSR und der UdSSR. Mit dieser Aktion beabsichtige die DDR, die Bundesrepublik insbesondere bei ihren Verbündeten zu verleumden. Zur Sache sei festzustellen, daß aus dem Geltungsbereich von zwei der angeführten Gesetze ausdrücklich die Teile des deutschen Hoheitsgebietes ausgenommen worden seien, die zum Zollgebiet eines anderen Staates gehörten („Zollausschlußklausel“). Ein weiteres Gesetz sei bereits außer Kraft getreten.

- 177** 01.06. Botschaftsrat I. Klasse Halter, Buenos Aires, an Staatssekretär Duckwitz S. 669

Halter informiert über ein Gespräch mit dem Oberbefehlshaber der argentinischen Marine vom Vortag. Varela teilte mit, daß Argentinien bei der Beschaffung zweier U-Boote trotz vorliegender britischer Angebote der Howaldt-Werft in Kiel den Vorzug einräumen wolle. Da die Bundesrepublik jedoch im Brüsseler Vertrag von 1954 auf die Herstellung von U-Booten in solcher Größenordnung verzichtet habe, stelle sich die Frage, ob eine Fertigung oder Montage der Teile in Argentinien möglich sei. Varela stellte für den Fall eines erfolgreichen Abschlusses den Erwerb weiterer U-Boote und Fregatten in Aussicht. Halter spricht sich dafür aus, diesen Wunsch wegen der vorbehaltlosen Unterstützung der Anliegen der Bundesregierung durch Argentinien in internationalen Organisationen wohlwollend zu prüfen.

- 178** 05.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 672

Frank resümiert ein Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem israelischen Botschafter. Ben Natan erläuterte die Situation im Nahen Osten und kam auf die Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik zu sprechen. Bei den bevorstehenden Verhandlungen müßten die Modalitäten unverändert bleiben; über die Höhe der Zahlungen lasse sich reden, wenn die Bundesregierung den Eindruck einer „jährlichen Kontinuität“ vermeiden wolle. Er äußerte Bedauern über die von der Bundesregierung im Nahen Osten verfolgte Politik der Neutralität. Dies erschwere die Zusammenarbeit beispielsweise auf militärischem Gebiet. Brandt erwiderte, daß diese Zurückhaltung nicht nur mit Rücksicht auf die arabischen Staaten geübt werde, sondern auch wichtiges Element der „Rußland-Politik“ sei.

- 179** 05.06. Staatssekretär Lahr an den ehemaligen Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, O'Neill S. 676
- Lahr erläutert die Position der Bundesregierung zur Frage eines britischen EG-Beitritts. Noch sei nicht abzusehen, wann Großbritannien auch nach eigener Einschätzung „reif“ für eine Vollmitgliedschaft sein werde. Als Zwischenlösung könnte sich das von der Bundesregierung vorgeschlagene handelspolitische Arrangement als nützlich erweisen. Der Staatssekretär versichert, daß dies die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen nicht negativ beeinflussen werde. Sollten es die politischen Gegebenheiten erlauben, würden Gespräche bereits vor Ablauf der für diese Phase veranschlagten drei Jahre beginnen.
- 180** 06.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Soltmann S. 679
- Soltmann faßt ein Gespräch mit dem pakistanischen Botschaftsrat zusammen. Rahman erkundigte sich nach der Möglichkeit, Panzer des Typs M 47 aus Überschüßbeständen der Bundeswehr zu erwerben, und führte aus, daß Pakistan angesichts der indischen Bedrohung Waffen für die Selbstverteidigung benötige. Seine Regierung suche hierfür zunächst die Unterstützung der westlichen Partner, werde sich aber nötigenfalls auch an die Volksrepublik China und die UdSSR wenden. Soltmann verwies auf den Grundsatz der Bundesregierung, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern.
- 181** 07.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 681
- Bahr berichtet über eine Unterredung mit dem Botschaftsrat an der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin. Belezkij übermittelte den Wunsch der sowjetischen Regierung nach einem baldigen Treffen des Botschafters in Ost-Berlin, Abrassimow, mit dem SPD-Vorsitzenden Brandt. Er informierte ferner, daß die DDR noch nicht über dieses Vorhaben unterrichtet worden sei. Bahr äußert die Vermutung, daß die sowjetische Regierung vor der Festlegung ihrer zukünftigen Deutschlandpolitik die Positionen der Bundesregierung erkunden wolle. Eine Ablehnung des Gesprächs müßte die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR in den nächsten 15 bis 18 Monaten und damit die Ostpolitik der Bundesregierung schwer belasten.
- 182** 07.06. Ministerialdirektor Frank an die Botschaft in Bern S. 684
- Frank erteilt Weisung für den Fall, daß die DDR in der Schweiz eine Handelskammervertretung errichte. Gerade das Verhältnis zu diesem neutralen Staat werde von der DDR als „Testfall“ betrachtet. Ein Erfolg auf dem Weg der schrittweisen völkerrechtlichen Anerkennung als zweiter deutscher Staat werde sie ermutigen, ihre „Spaltungspolitik“ fortzusetzen. Sollten die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und der DDR institutionalisiert werden, so müsse die Tätigkeit der Vertretung strikt auf die Förderung des Warenaustausches beschränkt werden.

-
- 183** 10.06. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 686
- Duckwitz hebt hervor, daß der Handel eines der wirkungsvollsten Instrumente der Ostpolitik der Bundesregierung darstelle. Um so dringlicher stelle sich die Frage nach einem Ausgleich der z. T. unverhältnismäßig hohen Einfuhrüberschüsse der Staaten Osteuropas. Der Staatssekretär regt eine möglichst liberale Einfuhrpolitik durch einen Kabinettsbeschuß an, da ohnehin nur noch für Importe im Wert von 1 Mrd. DM – gemessen an der Gesamteinfuhr 1967 in Höhe von 70 Mrd. DM – Kontingentierungen bestünden. Dafür spreche auch, daß die jährlichen Verhandlungen über die Kontingente zähflüssig und der handelspolitischen Stellung der Bundesrepublik „unwürdig“ seien.
- 184** 10.06. Ministerialdirektor Ruete an die Botschaft in Paris S. 689
- Ruete übermittelt den Text eines Schreibens des Bundesministers Brandt an den französischen Außenminister Debré. Brandt schlägt vor, die EURATOM-Staaten sollten in einer gemeinsamen Erklärung darauf hinweisen, daß ein Nichtverbreitungsabkommen in keiner Weise das Recht Europas zu einem Zusammenschluß berühre. Auf diese Weise solle vermieden werden, daß das europäische Einigungswerk im Bereich der Verteidigung durch den Abschluß des Abkommens Schaden nehme.
- 185** 11.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eugene Rostow S. 691
- Eugene Rostow übermittelt den Wunsch des Präsidenten Johnson nach einer Fortsetzung der bilateralen Gespräche über die Weltwährungssituation. Gerade in der gegenwärtigen Situation gehe es darum, den Franc, aber auch das Pfund Sterling zu schützen, um einen Zusammenbruch des Weltwährungssystems zu verhindern. Er habe deshalb bereits gegenüber Bundesbankpräsident Blessing die Frage einer Aufwertung der DM angeschnitten. Kiesinger erwidert, es sei unwahrscheinlich, daß es in der Bundesrepublik jemals zu Unruhen wie in Frankreich kommen werde. Er erklärt sich zu einer Fortsetzung der Konultationen bereit. Allerdings könne die langfristige Entwicklung der Frage einer DM-Aufwertung noch nicht übersehen werden.
- 186** 11.06. Botschafter Schnippenkötter, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 695
- Schnippenkötter übermittelt Vorschläge für Interpretationen der Bundesregierung zum Nichtverbreitungsabkommen. Dazu erläutert er, daß der Text auf den sechs amerikanischen Interpretationen beruhe. Sie seien im Kern geeignet, obwohl sie nicht das Optimum dessen darstellen, was die Bundesregierung in den Verhandlungen mit den USA hatte erreichen wollen. Sie seien ergänzt durch Erklärungen zum Verzicht auf Druck, Drohung und Gewalt sowie zum Schutz der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Er regt an, diese während der NATO-

Ministerratstagung am 24./25. Juni 1968 in Reykjavík abzugeben. Dann stehe der Vertragstext fest, liege aber noch nicht zur Unterzeichnung auf; auch besitze die Bundesregierung kein vergleichbares internationales Forum. Mit einer solchen Erklärung wahre die Bundesrepublik ihre Interessen.

- 187** 12.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit den Botschaftern der Drei Mächte S. 701

Kiesinger schildert die Situation nach den von der DDR am Vortag erlassenen Maßnahmen zur Einführung der Paß- und Visapflicht, eines Mindestumtauschs von 10 DM pro Person und Tag, einer Steuerausgleichsabgabe für Beförderungsleistungen auf Straßen und Wasserstraßen der DDR sowie zum Verbot des Transports von „neonazistischen Materialien“ durch das Gebiet der DDR. Dieser Schritt sei Teil eines Planes zur schrittweisen Schwächung von Berlin (West). Zwar glaube die Bundesregierung nicht, daß die UdSSR es derzeit auf eine Berlin-Krise ankommen lassen werde; vermutlich wolle sie aber damit Instrumente schaffen, die sie jederzeit benutzen könne. Die Verbündeten müßten jetzt deutlich Position beziehen. Die Botschafter Cabot Lodge, Jackling und François Seydoux stimmen überein, daß Gegenmaßnahmen notwendig seien. Kiesinger weist darauf hin, daß die geplante Erklärung der Drei Mächte an die UdSSR so schnell wie möglich zu übergeben sei.

- 188** 13.06. Runderlaß des Staatssekretärs Duckwitz S. 706

Duckwitz übermittelt eine Sprachregelung zu den Maßnahmen der DDR vom 11. Juni 1968 für den Reise- und Transitverkehr. Damit habe die UdSSR der DDR direkte Handhaben gegeben, um jederzeit den Zugang nach Berlin (West) zu stören. Allerdings dürfte nicht beabsichtigt sein, eine größere Berlin-Krise heraufzubeschwören. Der Staatssekretär informiert sodann über bereits erfolgte und noch in Konsultationen mit den Drei Mächten abzustimmende Gegenmaßnahmen. Ziel sei es, die DDR von einer effektiven Behinderung des Berlinverkehrs abzuschrecken, ohne jedoch eine ernste Krise zu provozieren oder die Bevölkerung in Berlin (West) zu treffen.

- 189** 13.06. Botschafter Schnippenkötter, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 709

Schnippenkötter berichtet vom Abschluß der Debatte in der UNO-Generalversammlung über das Nichtverbreitungsabkommen. Nach dem eindrucksvollen Votum für die Annahme des Abkommens werde es nun darauf ankommen, ob die Sachfragen befriedigend gelöst werden könnten. Letztlich habe vor allem das Zusammenspiel der Weltmächte USA und UdSSR zum Erfolg der Verhandlungen beigetragen. Gleichwohl habe es einen Durchbruch erst gegeben, als es den Nichtnuklearstaaten gelungen sei, hinsichtlich der Ausgewogenheit der Verpflichtungen Zugeständnisse zu erhalten. So seien beispielsweise in die Resolution noch die Aufforderung an die Atommächte zur

nuklearen Abrüstung sowie die Sicherung der friedlichen Nutzung der Kernenergie aufgenommen worden. Eine Anzahl von Staaten werde vor ihrem Beitritt zum Abkommen die weitere Behandlung dieser Fragen abwarten.

- 190 13.06. Ministerialdirektor Ruete, z.Z. Belgrad, an das Auswärtige Amt S. 714

Ruete faßt Gespräche des Bundesministers Brandt mit dem jugoslawischen Außenminister zusammen. Brandt nahm zum Austausch von Gewaltverzichtserklärungen und zur Frage ausgewogener Truppenreduzierungen Stellung. Nikezić bewertete die flexible Politik der Bundesregierung gegenüber der DDR positiv. Gegenüber der Idee einer Europäischen Sicherheitskonferenz verhalte sich Jugoslawien reserviert. Die Minister erörterten ferner Fragen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sowie des Abschlusses von Gastarbeiterabkommen. In der Frage der Wiedergutmachung erklärte Brandt, daß die Bundesrepublik eine moralische Verpflichtung zwar anerkenne, es jedoch vorzöge, jugoslawischen Forderungen durch eine verbesserte wirtschaftliche Zusammenarbeit entgegenzukommen.

- 191 14.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm S. 720

Sahm faßt einen Bericht des Staatssekretärs Carstens, Bundeskanzleramt, über die Beratungen des Kabinetts vom 12. Juni 1968 zu den neuen Regelungen der DDR für den Reise- und Transitverkehr zusammen. Es habe Einvernehmen darüber bestanden, daß die Bundesrepublik und die Drei Mächte reagieren müßten. Bundeskanzler Kiesinger habe angeordnet, daß dies nicht zu Lasten der Bevölkerung von Berlin (West) gehen und zu keiner Eskalation führen dürfe. Das Kabinett habe dann über Gegenmaßnahmen beraten, darunter Einreise- und Aufenthaltsbeschränkungen für DDR-Funktionäre, Restriktionen für DDR-Büros in den NATO-Staaten sowie eine Prüfung eventueller Einschränkungen im Interzonenhandel.

- 192 14.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 727

Harkort erläutert die Vereinbarung vom 10. Juni 1968 zwischen der Bundesrepublik und den USA über einen Ausgleich der Devisenkosten. Der erzielte Kompromiß über die Zahlung von 725 Mio. Dollar (2,9 Mrd. DM) bedeute einen Ausgleich von rund 83% der amerikanischen Devisenkosten. Jedoch müsse bereits jetzt beachtet werden, daß ein Ausgleich in vergleichbarer Höhe wegen der hohen Belastungen für die Bundesbank zukünftig nicht möglich sein werde. Daher sollten alle Maßnahmen zur Stützung des Dollars oder des Pfund Sterling bereits mit einer Anrechnung auf den nächsten Devisenausgleich verbunden werden.

- 193** 14.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 730
- Harkort faßt ein Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit dem israelischen Botschafter zusammen. Ben Natan führte aus, daß die von der Bundesregierung vorgesehene Senkung der diesjährigen Wirtschaftshilfe um 20 Mio. DM auf 140 Mio. DM in Israel „helles Entsetzen“ ausgelöst habe. Zwar zeige die israelische Regierung durchaus Verständnis für die Notwendigkeit dieser Reduzierung, halte aber schon wegen der psychologischen Wirkung eine Streckung auf einen Zeitraum von zwei Jahren für besser. Lahr entgegnete, daß bereits 140 Mio. DM eine außerordentliche Anstrengung darstellten. Harkort merkt an, daß der Beschuß des Kabinettsausschusses über die Be- willigung von 140 Mio. DM endgültig sei.
- 194** 15.06. Ministerialdirektor Ruete, z.Z. Belgrad, an das Auswärtige Amt S. 732
- Ruete berichtet über das Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem jugoslawischen Staatspräsidenten am 14. Juni 1968 auf der Insel Brioni. Tito machte deutlich, daß Jugoslawien die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik positiv werte und darin den Beginn einer intensiven Zusammenarbeit sehe. Auf wirtschaftlichem Gebiet betonte er das Interesse an einem Handelsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften. Auf die Anregung von Brandt, die Frage der Wiedergutmachung auf wirtschaftlichem Wege zu lösen, entgegnete Tito, daß hier „die jugoslawische Ehre“ auf dem Spiel stehe. Abschließend äußerte er die Überzeugung, daß die UdSSR in der Deutschland-Frage keine aggressiven Absichten hege: Sie habe genügend Sorgen „mit der anderen Seite“ und zudem wirtschaftliche Probleme.
- 195** 17.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Thierfelder S. 736
- Thierfelder analysiert die Zweckmäßigkeit einer Reaktion auf den in der Präambel des Nichtverbreitungsabkommens ausgedrückten Gewaltverzicht „in Übereinstimmung mit der UNO-Charta“. Durch diese Bezugnahme würden letztlich auch die in Artikel 53 und 107 der UNO-Charta festgelegten Sonderrechte von Siegerstaaten berührt. Thierfelder ist der Meinung, daß die UdSSR zu einem Verzicht auf diese Sonderrechte nicht bereit sein werde. Zudem stünden die meisten Staaten der Problematik gleichgültig gegenüber. Die Bundesregierung solle daher den Rechtsstandpunkt einnehmen, daß beide Artikel hinfällig geworden seien.
- 196** 18.06. Ministerialdirigent Caspari an Legationsrat Held, Djidda S. 738
- Caspari teilt mit, die Bundesregierung habe „mit Genugtuung“ die Einschätzung des Schwagers von König Feisal, Kamal Adham, zur Kenntnis genommen, daß das Nichtbestehen diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten nicht mehr länger gerechtfertigt sei. Er bittet ferner, darauf hinzuweisen, daß

die Bundesregierung hinsichtlich der Lieferung von Panzern aus Beständen der Bundeswehr an Saudi-Arabien auf die ablehnende Haltung der Öffentlichkeit Rücksicht nehmen müsse.

- 197** 20.06. Gespräch des Botschafters z. b. V. Böker mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Katzenbach, in Washington S. 740

Böker erläutert die Haltung der Bundesregierung zu den Regelungen der DDR vom 11. Juni 1968 für den Reise- und Transitverkehr. Im Gegensatz zu dem letzten Endes defensiv ausgerichteten Bau der Berliner Mauer seien die jetzt eingeführten Beschränkungen „aggressiv und potentiell höchst gefährlich“, weil dadurch jederzeit die Möglichkeit bestehe, den Berlin-Verkehr „zu manipulieren“. Böker weist darauf hin, daß die Bundesregierung vielleicht gezwungen sei, ihre Unterschrift unter das Nichtverbreitungsabkommen zu verweigern, wenn der Druck auf Berlin (West) anhalte oder wirksame Gegenmaßnahmen ausblieben. Katzenbach regte an, mögliche Schritte zu prüfen.

- 198** 20.06. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 744

Duckwitz faßt ein Gespräch mit dem tschechoslowakischen Journalisten Przak zusammen, der Informationen des tschechoslowakischen Außenministers übermittelt habe. Demnach sei die ČSSR befriedigt darüber, daß die Bundesregierung derzeit in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht dränge. Hájek habe ferner erklärt, daß die maßvolle Reaktion der Bundesregierung auf die Regelungen der DDR vom 11. Juni 1968 für den Reise- und Transitverkehr es der tschechoslowakischen Regierung ermöglicht habe, sich einer von der DDR geforderten Solidaritätserklärung zu entziehen. Zur Entwicklung in der ČSSR habe er ausgeführt, daß zur Durchführung einer wirklich unabhängigen Politik neben Jugoslawien und Rumänien noch die Unterstützung eines vierten Ostblock-Staates notwendig wäre. Hier hoffe die ČSSR auf Ungarn oder Bulgarien.

- 199** 21.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Botschafter Cabot Lodge S. 746

Kiesinger betont, daß Maßnahmen gegen die Regelungen der DDR vom 11. Juni 1968 für den Reise- und Transitverkehr nicht zu einer Eskalation führen dürften. Die von den Drei Mächten erwogene Unterbrechung des Interzonenhandels halte er für wenig sinnvoll, da die DDR über alternative Handelpartner verfüge. Vielmehr müsse nachdrücklich die Rücknahme der Regelungen gefordert werden, sonst sei „eine Schlacht verloren“. Dabei sei entscheidend, daß das deutsche Volk das Vertrauen in die Verbündeten nicht verliere. Cabot Lodge erwidert, daß die amerikanische Regierung die Situation keineswegs unterschätze; wichtig seien aber gemeinsam zu treffende Gegenmaßnahmen. Kiesinger empfiehlt, daß die USA direkt von der UdSSR

die Rücknahme der Beschränkungen fordern sollten. Wenn sie hart mit der sowjetischen Regierung redeten, werde das wirken, da die UdSSR keine neue Berlin-Krise wünsche.

- 200** 21.06. Aufzeichnung des Bundesministers Brandt S. 752

Brandt berichtet über ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in der DDR am 18. Juni 1968 in Ost-Berlin. Der Bundesminister betonte die Verständigungsbereitschaft der Bundesregierung. Die Regelungen der DDR vom 11. Juni 1968 für den Reise- und Transitverkehr erzielten dagegen einen „Anti-Entspannungseffekt“. Abrassimow wies darauf hin, daß die Maßnahmen der DDR international üblich seien. Zur Normalisierung der bilateralen Beziehungen führte er aus, daß zuvor eine Annäherung in Kernfragen der europäischen Sicherheit erreicht werden müsse. Der Botschafter führte weiter aus, daß die Zukunft Europas vom Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR abhänge: Sei das einmal in Ordnung gebracht, „würden sich Engländer und Franzosen wundern“. Abschließend erklärte Brandt, Abrassimow solle den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, davon überzeugen, in Berlin „kein Unheil“ anzurichten und nicht negativ auf die Vorschläge der Bundesregierung über einen Gewaltverzicht zu reagieren.

- 201** 21.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 761

Ruete informiert über ein Gespräch mit dem rumänischen Botschafter vom 18. Juni 1968. Oancea führte aus, daß Gewaltverzichtserklärungen auch eine Anerkennung der „Realitäten“, insbesondere der existierenden Grenzen, sowie einen Verzicht auf Nuklearwaffen beinhalten müssten. Bezuglich der bilateralen Beziehungen trug er einen Katalog von Beschwerden vor. Ruete erwiderte, daß er in der rumänischen Stellungnahme „keinen konstruktiven Geist“ erkennen könne. Es sei bedauerlich, daß die rumänische Regierung ein Jahr nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen wenig Verständnis für die Situation der Bundesregierung zeige.

- 202** 21.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 764

Ruete analysiert Möglichkeiten zur Fortentwicklung des Verhältnisses zur ČSSR. Die Handelsvertretung in Prag solle „bevorzugter Kanal“ für den Kontakt zum Außenministerium werden. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen könne weiter „diskret und taktvoll“ vorbereitet, dürfe mit Rücksicht auf die innen- und außenpolitische Situation der ČSSR jedoch nicht forciert werden. Über das Münchener Abkommen von 1938 sollten bald Expertengespräche der beiden Außenministerien stattfinden. Am Ende müsse eine Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger stehen, auf welche die tschechoslowakische Regierung in zu vereinbarer Weise antworte. Ruete spricht sich ferner dafür aus, Wirtschaftshilfe an die ČSSR nicht multilate-

ral, sondern nur bilateral zu gewähren, um nicht die Erinnerung an den seinerzeit „auf Geheiß“ der UdSSR zurückgewiesenen Marshall-Plan zu wecken.

- 203 25.06. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 771

Duckwitz faßt ein Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem amerikanischen Außenminister sowie das Treffen von Brandt mit den Außenministern der Drei Mächte in Reykjavik am 23. Juni 1968 zusammen. Rusk teilte mit, daß er gegenüber der UdSSR wegen der Regelungen der DDR vom 11. Juni 1968 für den Reise- und Transitverkehr mehrfach eine „deutliche Warnung“ ausgesprochen habe. Brandt regte an, statt des jetzt von der DDR eingeführten Gebührensystems eine Pauschalabgeltung der von ihr erbrachten Dienstleistungen zu erwägen. Bei dem Vierertreffen wurde Übereinstimmung erzielt, daß der Auflockungsprozeß in Osteuropa von großer Bedeutung sei. Deshalb solle mit einer Mischung aus Flexibilität und Festigkeit auf die Maßnahmen der DDR reagiert werden, u.a. durch eine restriktive Ausgabe von Temporary Travel Documents, eine wirtschaftliche Stärkung von Berlin (West) und einen besseren militärischen Schutz der Zufahrtsstraßen.

- 204 25.06. Ministerialdirektor Ruete, z.Z. Reykjavik, an das Auswärtige Amt S. 777

Ruete berichtet über die NATO-Ministerratstagung am 24. Juni 1968. Im Zentrum der Ausführungen standen das Ost-West-Verhältnis sowie die Regelungen der DDR für den Reise- und Transitverkehr. Die Außenminister traten für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik ein. Allerdings warnte der türkische Außenminister Çaglayangil vor zu hochgespannten Erwartungen an die Entspannungsbereitschaft der UdSSR. Der dänische Außenminister Hartling und sein belgischer Kollege Harmel plädierten für eine bessere Außenwirkung der NATO, um „die unruhige jüngere Generation zu gewinnen“. Der britische Außenminister Stewart versicherte, daß Großbritannien seinen Verpflichtungen gegenüber Berlin nachkommen werde.

- 205 26.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Außenminister Rusk S. 782

Kiesinger sieht in den Regelungen der DDR vom 11. Juni 1968 für den Reise- und Transitverkehr die Gefahr, daß der Westen vor dieser „Taktik der kleinen Schritte“ kapituliere. Verstärkt werde diese Tendenz noch von einem erstmals in der Bundesrepublik zu beobachtenden „doppelten Antiamerikanismus“ von links und von rechts. Rusk befürchtet eine „wieder stärker ideo-logisch“ orientierte sowjetische Außenpolitik. Er versichert zugleich, daß im Fall einer Unterbrechung der Verbindung nach Berlin (West) die USA sofort involviert wären, da es dabei „um ein unmittelbares, größeres und lebenswichtiges Interesse der Vereinigten Staaten“ gehe. Die Gesprächspartner erörtern ab-

schließend mögliche Auswirkungen der innenpolitischen Entwicklungen in Frankreich auf die Außenpolitik des Staatspräsidenten de Gaulle.

- 206** 27.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem französischen Botschafter François Seydoux S. 789

Kiesinger bringt zunächst seine Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß Staatspräsident de Gaulle nach den Parlamentswahlen am 23. Juni 1968 „die Dinge in der Hand behalte“. Seydoux versichert, daß die französische Politik auch nach der Ernennung von Couve de Murville zum Ministerpräsidenten unverändert bleibe. Kiesinger äußert sodann die Hoffnung, daß nunmehr ein Fortschritt in der Frage einer EG-Erweiterung erzielt werden könnte. Frankreich müsse zeigen, daß „sein Wille und seine Aktionskraft ungebrochen seien“. Seydoux versichert, daß der Gemeinsame Markt sowohl für de Gaulle wie für Couve de Murville von großer Bedeutung sei.

- 207** 27.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 796

Bahr legt eine Planungsstudie über „Konzeptionen der europäischen Sicherheit“ vor. Er unterscheidet drei Grundformen einer möglichen europäischen Friedensordnung: Konzeption A geht davon aus, daß die beiden Paktsysteme bestehen blieben und ein möglichst hoher Grad der Entspannung durch Abrüstungsmaßnahmen angestrebt würde; in Konzeption B sind NATO und Warschauer Pakt durch gemeinsame Organe verklammert, die sich schließlich institutionell zu einem „Dach über den Pakten“ entwickeln könnten; Konzeption C ersetzt beide Bündnisse durch ein Sicherheitssystem gleichberechtigter europäischer Staaten mit den USA und der UdSSR als Garantiemächten. Bahr kommt zu dem Ergebnis, daß Konzeption C den Interessen der Bundesrepublik zwar am besten dienen würde, da über eine Neuregelung der europäischen Sicherheit eine politische Basis für die Wiedervereinigung geschaffen würde. Sie habe aber nur geringe Aussicht, in absehbarer Zeit verwirklicht zu werden. Konzeption B scheine am wahrscheinlichsten, führe jedoch zu einer Verfestigung des Status quo. Bahr plädiert deshalb dafür, zunächst an Konzeption A festzuhalten.

- 208** 01.07 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 815

Frank äußert sich zur finnischen Position in der Deutschland-Frage. Im Gegensatz zur Haltung der Regierung gebe es insbesondere bei der Sozialdemokratischen Partei und der Zentrums-Partei Tendenzen zu einer Anerkennung der beiden deutschen Staaten. Es bestehe zudem die Möglichkeit, daß Finnland künftig für die Aufnahme der DDR in internationale Organisationen stimmen und Bemühungen kommunistischer Staaten um die Teilnahme der DDR an internationalen Konferenzen unterstützen werde.

-
- 209** 02.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 818
- Frank erörtert die Frage eines Beitrags der Bundesrepublik zum UNO-Treuhandschaftsfonds für die Opfer der südafrikanischen Apartheidspolitik. Die Nichtbeteiligung der Bundesregierung stoße zunehmend auf internationale Kritik. Zudem könnte der Bundesrepublik bei der Abwehr von Versuchen der DDR, in der UNO als Staat anerkannt zu werden, die Unterstützung der afrikanischen Staaten verlorengehen, zumal die DDR einen Beitrag zum Treuhandschaftsfonds geleistet habe. Frank empfiehlt deshalb, dem Bundeskabinett erneut eine angemessene Zahlung mit Zweckbindung für humanitäre Aufgaben vorzuschlagen.
- 210** 03.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Behrends S. 821
- Behrends berichtet von einem Gespräch mit dem Ersten Sekretär an der sowjetischen Botschaft. Nikolskij distanzierte sich in vorsichtiger Form von den Regelungen der DDR vom 11. Juni 1968 für den Reise- und Transitverkehr. Die im Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung vom 24./25. Juni 1968 in Reykjavík enthaltene Nichtanerkennung der DDR sei ein Rückschritt für die Entspannung. Nikolskij betonte, daß es der UdSSR vor allem darauf ankomme, „Ruhe in Europa“ zu haben. Behrends hielt dem entgegen, daß eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR die Spannungen nur verschärfen würde. Es gehe vor allem darum, bis zur Einigung Deutschlands eine Regelung des friedlichen Nebeneinanders zu erreichen.
- 211** 04.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn S. 829
- Sahn erörtert, ob ein Antrag des Deutschen Aeroclubs auf Teilnahme an den Kunstflugweltmeisterschaften in Magdeburg genehmigt werden sollte. Das Auswärtige Amt nehme wegen des militärischen Charakters des veranstaltenden „Aero-Clubs der DDR“ und der Regelungen für den Reise- und Transitverkehr durch die DDR eine ablehnende Haltung ein. Demgegenüber betrachte Bundesminister Wehner eine Absage als „läppische Maßnahme“. Die Vertreter der drei Westmächte in der Bonner Vierergruppe hätten darin übereingestimmt, daß eine Nichtteilnahme westlicher Staaten an den Weltmeisterschaften die DDR treffen würde. Zudem könne eine Teilnahme der Bundesrepublik zu Mißdeutungen Anlaß geben.
- 212** 04.07. Aufzeichnung des Legationssekretärs Heinemann S. 833
- Heinemann faßt den Stand der Verhandlungen mit der UdSSR über ein Luftverkehrsabkommen zur Errichtung eines Linienflugverkehrs zwischen Frankfurt/Main und Moskau zusammen. Die von der sowjetischen Regierung seit langem geforderte Route über Berlin-Schönefeld habe die Bundesregierung aus politischen Gründen abgelehnt und statt dessen eine Linienführung über die ČSSR vorgeschlagen. Die Benutzung der Luftkorridore nach Berlin (West) erfordere die Zustimmung der drei

Westmächte. Heinemann stellt fest, daß die UdSSR mit ihrer Maximalforderung vor allem politische Zielsetzungen wie die „Austrocknung“ von Berlin (West), Einwirkungsmöglichkeiten auf die Luftkorridore und die Aufwertung der DDR verfolge.

- 213** 05.07. Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin S. 838

Zarapkin übermittelt die sowjetische Antwort auf das Memorandum der Bundesregierung vom 9. April 1968 über einen Austausch von Gewaltverzichtserklärungen. Duckwitz bedauert, daß das sowjetische Aide-mémoire polemisch gehalten sei und die Argumente der Bundesregierung ignoriert würden. Im einzelnen weist der Staatssekretär eine Reihe von Behauptungen im sowjetischen Aide-mémoire zurück, wie die These von angeblichen Gebietsansprüchen der Bundesrepublik an die ČSSR oder vom Streben der Bundesrepublik nach Atomwaffenbesitz. Duckwitz kündigt eine sorgfältige Prüfung des Aide-mémoires an.

- 214** 05.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Mertes S. 842

Mertes erörtert den Zusammenhang von Nichtverbreitungsabkommen, Entspannungspolitik der Bundesrepublik und sowjetischer Deutschlandpolitik. Mit einem Beitritt der Bundesrepublik zum Nichtverbreitungsabkommen und dem damit verbundenen Verzicht auf eine nukleare Option auch gegenüber der UdSSR hätte die sowjetische Politik eines ihrer Grundziele erreicht. Es sei jedoch nicht anzunehmen, daß die UdSSR deshalb von ihren weiteren deutschlandpolitischen Forderungen abgehen werde. Die amerikanische Nichtverbreitungsideologie sei für die UdSSR fremd, politisch aber sehr hilfreich. Im Falle eines Beitritts zum Nichtverbreitungsabkommen müsse die Bundesrepublik deshalb vor der Weltöffentlichkeit klarstellen, daß dieser Schritt ihren Vorstellungen und Zielen in Fragen der Entspannungspolitik, des europäischen Sicherheitssystems und einer europäischen Friedensordnung nicht zuwiderlaufen dürfe.

- 215** 05.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm S. 845

Sahm nimmt Stellung zu Berichten des Generalkonsuls von Heyden, Hongkong, über den Besuch des Vorstandsmitglieds der Degussa, Furler, in der Volksrepublik China. Er teilt die Ansicht von Heyden, daß an der von Furler vorgeschlagenen Formalisierung der Handelsbeziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik aus politischen Gründen keine der beiden Regierungen Interesse habe. Schließlich warnt Sahm vor der Vorstellung, durch das Ausspielen der chinesischen Karte Eindruck auf die UdSSR machen zu können.

-
- 216** 05.07. Botschafter Blankenhorn, London, an das Auswärtige Amt S. 848
- Blankenhorn teilt mit, daß das britische Interesse an einer engeren europäischen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich deutlich geringer geworden sei. Im britischen Außenministerium werde insbesondere auf die Zurückhaltung der Bundesregierung gegenüber diesem Konzept verwiesen. Großbritannien teile allerdings nicht die Besorgnis der Bundesrepublik, daß eine Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich die Gefahr amerikanischer Truppenabzüge verstärke. Nach Ansicht des Botschafters ist das Nachlassen des britischen Engagements bei europapolitischen Projekten auch auf das vorläufige Scheitern des EG-Beitritts zurückzuführen.
- 217** 08.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bock S. 850
- Bock berichtet über ein Gespräch mit dem irischen Außenminister in Frankfurt/Main. Im Hinblick auf eine Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens durch die Bundesrepublik wies Bock auf die entscheidende Rolle der amerikanischen Interpretationen hin. Aiken betonte, eine schnelle Entscheidung der Bundesregierung sei wichtig, da ein „Vakuum abwartenden Schweigens“ der Propaganda der UdSSR, der DDR und Polens die „willkommene Waffe“ gegen die Entspannungspolitik liefe. Zum Thema der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften erwähnte Bock die Möglichkeit eines Arrangements ähnlich der Europäischen Zahlungsunion der fünfziger Jahre, um so die französischen Widerstände gegen einen Beitritt Großbritanniens zu überwinden.
- 218** 09.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm S. 855
- Sahm legt Entwürfe für eine vorläufige Neuregelung des Zivilverkehrs zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) vor. Der Vorschlag zur Errichtung einer paritätischen Kommission aus Vertretern der Bundesrepublik und der DDR sei so gestaltet, daß die Viermächteverantwortung für Berlin als Ganzes erhalten bleibe, eine Anerkennung der DDR nicht impliziert und die bisherige Rechtsgrundlage des Berlinzugangs nicht beeinträchtigt werde.
- 219** 09.07. Runderlaß des Ministerialdirektors Frank S. 858
- Frank unterrichtet über die politischen Konsultationen auf der WEU-Ministerratstagung am 8./9. Juli 1968 in Bonn. In der Diskussion über eine europäische Friedensordnung stimmten die Teilnehmer weitgehend überein, daß sich die westeuropäischen Staaten auf die Intensivierung der bilateralen Kontakte mit den osteuropäischen Staaten konzentrieren sollten. Die Ostpolitik der Bundesregierung fand Unterstützung. Alle WEU-Staaten außer Frankreich erklärten die Absicht, dem Nichtverbreitungsabkommen beizutreten. Das Abkommen sei mit dem NATO-Vertrag und dem weiteren Fortgang der europäischen

Einigung vereinbar. Zum Bürgerkrieg in Nigeria regte Bundesminister Brandt eine Beratung über eventuelle gemeinsame Vermittlungsbemühungen an. Der Staatsminister im britischen Außenministerium, Lord Chalfont, und der Generalsekretär im französischen Außenministerium, Alphand, sprachen sich gegen eine gemeinsame politische Aktion, jedoch für humanitäre Hilfsmaßnahmen aus.

- 220** 12.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Staden S. 867

Staden zieht Bilanz der Gespräche des Bundesministers Stoltenberg mit dem Wissenschaftsberater des britischen Premierministers, Zuckerman, und dem britischen Technologieminister, Wedgwood Benn, am 9. Juli 1968. Der britische Vorschlag einer Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik, Großbritannien und den Niederlanden auf dem Gebiet der Uran-Anreicherung mittels Gasultrazentrifugen könne als sensationell bezeichnet werden. Problematisch sei allerdings die Beschränkung auf drei Staaten, vor allem im Hinblick auf gleichzeitige Beratungen im EG-Ministerrat über die Versorgung der Gemeinschaft mit angereichertem Uran und den eventuellen Bau einer europäischen Isotopentrennanlage.

- 221** 15.07. Bundesminister Brandt an Bundeskanzler Kiesinger S. 869

Brandt empfiehlt eine rasche Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens. Ein weiteres Zuwarten setze die Glaubwürdigkeit der Entspannungspolitik der Bundesrepublik aufs Spiel. Zudem werde der Propaganda von Seiten der UdSSR und der DDR ein „billiger Vorwand“ geliefert. Bei weiterer Verzögerung bestehe außerdem die Gefahr, daß das Thema in der Bundesrepublik zum Wahlkampfobjekt werde und die Große Koalition vorzeitig auseinanderbreche. Bei einer möglichst schnellen Unterzeichnung läge die Bundesregierung dagegen „im Strom der internationalen öffentlichen Meinung“, gewinne Achtung für das Zurückstellen ihrer Bedenken zugunsten der Friedenspolitik und erleichtere die gesamte Ostpolitik.

- 222** 17.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 873

Duckwitz faßt ein Gespräch vom 15. Juli 1968 mit den Botschaftern der drei Westmächte, Cabot Lodge, Jackling und François Seydoux, im Beisein des Bundesministers Brandt zusammen. Die Veröffentlichung des Dokumentenaustausches über den Gewaltverzicht durch die UdSSR wurde mit dem Bemühen der sowjetischen Regierung erklärt, angesichts der politischen Lage in der ČSSR Stärke zu demonstrieren und der tschechoslowakischen Führung zu zeigen, wo ihr wirklicher Freund zu finden sei. Cabot Lodge riet der Bundesregierung zur Zurückhaltung bei der Durchführung von politischen Veranstaltungen in Berlin (West).

-
- 223** 17.07 Ministerialdirigent Heipertz, Prag, an Staatssekretär Duckwitz S. 875

Heipertz gibt Eindrücke des Vorsitzenden der FDP, Scheel, aus Gesprächen mit dem tschechoslowakischen Außenminister Hájek und dem Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des Parlaments, Pelikán, in Prag wieder. Hájek habe einer Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik ebenso Bedeutung beigemessen wie einer Erklärung, daß das Münchener Abkommen von 1938 ex tunc ungültig sei. Dagegen habe Pelikán mehr Verständnis für die Position der Bundesregierung gezeigt. Im Gespräch mit einem Angehörigen der Handelsvertretung der Bundesrepublik habe der stellvertretende Abteilungsleiter im tschechoslowakischen Außenministerium, Rezek, die Erwartung geäußert, daß in einer Erklärung der Bundesrepublik zum Münchener Abkommen deutlich werden müsse, daß sie sich nicht allein wegen des verlorenen Krieges distanziere. Die Unrechtmäßigkeit des Abkommens „mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen“ müsse eindeutig zum Ausdruck kommen.

- 224** 18.07. Aufzeichnung des Referats II A 1 S. 879

Referat II A 1 stellt mögliche Maßnahmen gegen die Regelungen der DDR vom 11. Juni 1968 für den Reise- und Transitverkehr zusammen. Die Gegenaktionen sollten „möglichst konkret und adäquat“ sein und nicht im Widerspruch zur Entspannungspolitik der Bundesregierung stehen. Da die Bundesrepublik ihre Position in Berlin (West) nur mit Hilfe der drei Westmächte halten könne, müsse sie auch selbst eine feste Haltung zeigen. Dargelegt werden dann die Reaktionen, die bereits erfolgt seien, sowie Maßnahmen, die sich im Stadium der Ausführung befänden, wie etwa die Verschärfung der TTD-Richtlinien oder der Versuch, die Tätigkeit der DDR-Vertretungen im Ausland einzuschränken. Beschlossen sei darüber hinaus ein Verbot politischer Werbung für die DDR-Büros in NATO-Staaten. Allerdings habe das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Bedenken dagegen angemeldet, den Interzonenhandelsbüros der DDR in der Bundesrepublik Beschränkungen aufzuerlegen.

- 225** 18.07. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das Auswärtige Amt S. 890

Lilienfeld berichtet über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium. Eugene Rostow bezeichnete die Entwicklung in der ČSSR als „das Wichtigste, was seit dem Kriege in Europa geschehen sei“. Ein militärisches Eingreifen der UdSSR würde katastrophale Folgen für das Ost-West-Verhältnis haben und das Ende der Entspannungspolitik mit sich bringen. Dies sei der sowjetischen Regierung auch mitgeteilt worden. Allerdings könnten die USA im Falle einer sowjetischen Intervention kaum wirksam reagieren, da die ČSSR

Teil der sowjetischen Einflußsphäre sei. Gebe die UdSSR den tschechoslowakischen Reformbestrebungen nach, würde dies „das Ende der imperialistischen Ära“ bedeuten.

- 226** 19.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Staden S. 892

Staden warnt davor, daß der für Europa lebenswichtige Bereich der Mittelstreckenwaffen ausgespart werde, falls es zu sowjetisch-amerikanischen Gesprächen über die Kontrolle interkontinentaler Waffen und über eine gegenseitige Truppenverminderung komme. Es sei eine sehr bedenkliche Entwicklung, wenn über europäische Sicherheit und Entspannung gesprochen werde, ohne die Mittelstreckenwaffen miteinzubeziehen.

- 227** 20.07. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Debré in Brüssel S. 893

Im Gegensatz zu Brandt sieht Debré keinen engen Zusammenhang zwischen Erweiterung der Mitgliedschaft und innerem Ausbau der Europäischen Gemeinschaften. Er erklärt, daß das von der Bundesrepublik vorgeschlagene „Sonderarrangement“ für eine Kooperation mit Großbritannien außerhalb der EG einerseits und die politische Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaften andererseits aus französischer Sicht getrennte Themen seien. Debré schlägt eine Prüfung vor, an welchen Regelungen die Mitgliedstaaten „unbedingt festhalten“ wollten, wenn es zur Erweiterung der Gemeinschaften käme. Frankreich nenne als Beispiel vor allem die gemeinsame Agrarpolitik. Zum Vorschlag der Bundesrepublik, eine Erklärung der EURATOM-Staaten herbeizuführen, wonach das Nichtverbreitungsabkommen den weiteren Fortgang der europäischen Einigung nicht präjudizieren dürfe, äußert sich Debré zurückhaltend. Dies könnte umgehend eine negative Reaktion der UdSSR zur Folge haben. Eine europäische Einigung, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führe, liege dagegen noch in weiter Ferne.

- 228** 21.07. Botschafter Schnippenkötter an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 902

Schnippenkötter übermittelt die Prioritätenliste für die Tagesordnung der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf. Aus Sicht der Bundesrepublik sollte über den Ausschluß nuklearer Bedrohung, die Begrenzung und Verminde rung der Kernwaffenträger, die Beendigung der Produktion nuklearer Waffen, das Verbot der unterirdischen Atomtests und das Fernhalten der Kernwaffen vom Meeresboden gesprochen werden. Das Problem der europäischen Sicherheit sollte dagegen nicht Konferenzthema sein, da regionale Probleme unter Einbeziehung aller daran beteiligten Staaten behandelt werden müßten.

-
- 229** 21.07. Botschafter Allardt, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 905
- Allardt kommentiert die sowjetische Deutschlandpolitik vor dem Hintergrund der Situation in der ČSSR. Gelinge das tschechoslowakische Experiment eines demokratischen Kommunismus, könnten andere Ostblock-Staaten dem Beispiel folgen und damit die Führungsrolle der UdSSR in Frage stellen. Eine von nationalen Gesichtspunkten bestimmte Einschätzung des Sicherheitsbedürfnisses der Bündnispartner werde es der UdSSR erschweren, „die deutsche Gefahr“ als einigendes Element im Warschauer Pakt zu verwenden. Aus diesem Grunde sehe die sowjetische Regierung das Ziel der Entspannungspolitik der Bundesregierung darin, den Zusammenhalt des östlichen Bündnisses zu lockern. Da die UdSSR einer Lösung der deutschen Frage nur im Sinne einer „Pax Sovietica“ zustimmen könne, würden Vorleistungen nicht honoriert.
- 230** 23.07. Drahterlaß des Ministerialdirektors Harkort S. 909
- Harkort teilt mit, die Bundesrepublik unterstütze den Vorschlag der EG-Kommission, daß die EURATOM-Mitgliedstaaten bei der Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens einen schriftlichen Vorbehalt einlegen sollten. Der Vorbehalt sei erforderlich, da die völkerrechtliche Verpflichtung der Unterzeichnerstaaten des Nichtverbreitungsabkommens, alles zu tun, um dessen Ratifikation herbeizuführen, im Falle der EURATOM-Staaten noch vom Abschluß eines Verifikationsabkommens mit der IAEO abhänge. Die Bundesregierung befürworte einen schriftlichen Vorbehalt, da er das gemeinsame Anliegen der EURATOM-Staaten in unmissverständlicher Weise zum Ausdruck bringe.
- 231** 23.07. Ministerialdirigent Heipertz, Prag, an Staatssekretär Duckwitz S. 911
- Heipertz erörtert die Perspektiven des vereinbarten Treffens der Parteipräsidien der KPdSU und der KPČ. Die ČSSR verfolge eine hinhaltende Taktik, um eine „psychologisch-moralische“ Barriere gegen eine Intervention der UdSSR aufzubauen. Die Verlegung des für September 1968 geplanten Bundeswehrmanövers „Schwarzer Löwe“ im grenznahen Raum sei in Prag mit Erleichterung aufgenommen worden, da dies der UdSSR einen Vorwand für eine eventuelle Besetzung der tschechoslowakischen Westgrenze genommen habe. Es sei jedoch damit zu rechnen, daß die UdSSR den Druck weiter erhöhen werde, um die tschechoslowakische Bevölkerung zu Provokationen zu reizen.
- 232** 23.07. Ministerialdirigent Caspari an die Botschaft in Phnom Penh S. 916
- Caspari weist die Botschaft an, der kambodschanischen Regierung mitzuteilen, daß die protokollarische Rangerhöhung des dortigen Vertreters der DDR zum „repräsentant“ nichts an den Abmachungen der Bundesregierung mit Kambodscha geändert habe. Die Bundesrepublik hätte weiterhin kein Verständnis für

- die Entsendung eines kambodschanischen Vertreters mit diplomatischem Status nach Ost-Berlin. Die erweiterte Erklärung vom 17. Juli 1968 zur Respektierung der kambodschanischen Grenzen solle als Zeichen des guten Willens der Bundesrepublik gewertet werden.
- 233** 24.07. Ministerialdirigent Heipertz, Prag, an das Auswärtige Amt S. 918
- Heipertz unterrichtet über ein Gespräch mit dem tschechoslowakischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten. Šik führte aus, daß eine verstärkte industrielle Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik für die technologische Entwicklung der tschechoslowakischen Industrie entscheidend sei. Die Kooperation müsse aber wegen der Kritik aus dem sowjetischen Machtbereich möglichst geräuschlos vor sich gehen. Šik äußerte Interesse an Notenbankkrediten sowie an Schulungsangeboten im Bereich Marketing und Export.
- 234** 26.07. Vermerk des Bundesministers Brandt S. 920
- Brandt nimmt Stellung zur Einleitung der Aufzeichnung des Referats II A 1 vom 18. Juli 1968 über Maßnahmen gegen die Regelungen der DDR für den Reise- und Transitverkehr. Auseinandersetzungen dieser Art mit der DDR könnten nicht „auf deutscher Ebene“ ausgetragen werden, wenn sie Aussicht auf Erfolg haben sollten. Der Bundesminister resümiert, daß alle Planungen im Vorfeld des Baus der Berliner Mauer 1961 und der jüngsten Einführung des Visazwangs „für die Katz“ gewesen seien. Praktikable Schritte und keine „Scheinmaßnahmen“ seien vonnöten, wenn eine tatsächlich feste westliche Position erreicht werden solle.
- 235** 26.07. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 921
- Knappstein faßt ein Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister am 22. Juli 1968 zusammen. Rusk rechnete mit weiteren Auseinandersetzungen im amerikanischen Senat über Truppenreduzierungen in Europa und bezeichnete die Beibehaltung der bisherigen Truppenstärke trotz des Vietnam-Krieges und anderweitiger Verpflichtungen der USA als ein „Wunder“. Hinsichtlich der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen versicherte er, daß nichts hinter den Kulissen vor sich gehe. Die aktuellen Gespräche über die Begrenzung der Kernwaffen seien schon aus budgetären Gründen notwendig.
- 236** 26.07. Botschafter Bassler, Djakarta, an das Auswärtige Amt S. 923
- Bassler informiert über die Entscheidung der indonesischen Regierung, bis auf weiteres keine Vertretung in Ost-Berlin nach indischem Vorbild zu eröffnen. Er habe, auf entsprechende Anzeichen hin, der indonesischen Regierung mitgeteilt, daß die Eröffnung einer solchen Agentur für die DDR einen politischen

Erfolg zu einem für die Bundesrepublik besonders ungünstigen Zeitpunkt bedeuten würde. Mit Blick auf den gewünschten weiteren Ausbau der Beziehungen zur Bundesrepublik habe die indonesische Regierung daraufhin von dem Vorhaben Abstand genommen.

- 237** 29.07. Botschafter Sachs, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 924

Sachs informiert über die Koordinierungssitzung der EG-Mitgliedstaaten zur Frage eines Vorbehalts der EURATOM-Mitglieder bei der Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens. Die fünf nichtnuklearen Mitgliedstaaten der EURATOM seien sich einig, daß die Ratifikation bis zu einem befriedigendem Abschluß der Verhandlungen mit der IAEA über ein Verifikationsabkommen zurückgestellt werden müsse. In der Frage der Form eines derartigen Vorbehalts zogen die Benelux-Staaten und Italien der von der Bundesregierung gewünschten schriftlichen Erklärung eine entsprechende Verlautbarung in den Hauptstädten vor. Ferner ergab sich, daß mit der Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens durch die Benelux-Staaten und Italien noch vor Beginn der Konferenz der Nichtnuklearstaaten am 29. August 1968 zu rechnen sei.

- 238** 30.07. Bundesminister Brandt an Bundeskanzler Kiesinger S. 928

Brandt beantwortet eine Anfrage des Bundeskanzlers zur Verlautbarung des SPD-Präsidiums, wonach die Friedenspolitik der Bundesregierung durch Angriffe auch aus der CDU/CSU auf den Außenminister gefährdet sei. Insbesondere Mitglieder des Bundeskabinetts müßten sich an das Regierungsprogramm halten. Der Bundesminister verwahrt sich gegen polemische Äußerungen gegen seine Person von Seiten der CDU/CSU und der diesen Parteien nahestehenden Presse und weist auf die nachteilige Wirkung öffentlicher Stellungnahmen wie der CSU-Empfehlung zum Nichtverbreitungsabkommen oder der Distanzierung des Bundesministers Schröder von der Entspannungspolitik hin. Eine derartige Revision des Regierungsprogramms „auf kaltem Wege“ dürfe nicht zugelassen werden.

- 239** 31.07. Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin S. 930

Duckwitz protestiert gegen Äußerungen in der sowjetischen Presse über die Haltung der Bundesrepublik zur Entwicklung in der ČSSR. Zarapkin weist den Protest zurück und bezeichnet seinerseits die Berichterstattung in der Presse der Bundesrepublik als Einnistung in tschechoslowakische Angelegenheiten. Insbesondere verweist er auf das geplante Manöver „Schwarzer Löwe“ und die verstärkten Reisen von Politikern aus der Bundesrepublik in die ČSSR. Die Ereignisse dort könnten nicht Gesprächsgegenstand zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik sein.

- 240** 31.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm S. 934

Gegen die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr vom 27. Juni 1968 zur europäischen Sicherheit wendet Sahm ein, daß „das letzte politische Ziel“ der drei dort vorgestellten Modelle für ein europäisches Sicherheitssystem unklar bleibe. Wichtig sei insbesondere eine Antwort auf die Frage, ob sich Europa im Rahmen eines solchen Systems Kontrollen unterwerfen würde, durch die es einen Minderstatus erhielte. Ferner werde nicht deutlich, ob die europäische Sicherheit gegen Angreifer innerhalb von Europa oder gegen Angriffe einer außereuropäischen Macht wirksam werden solle. Sahm vertritt die Auffassung, daß in einer europäischen Friedensordnung „jede Sicherheit gewährleistet“ sein müsse. Er teilt nicht die Skepsis von Bahr gegenüber einer übergeordneten Sicherheitsorganisation auf der Basis bestehender Bündnissysteme. Schließlich stellt Sahm zur Diskussion, warum Bahr im Falle des Fortbestehens der Bündnisse eine Aufwertung der DDR ablehne. Die Konzeption eines Sicherheitssystems gleichberechtigter europäischer Staaten, die er als optimales Modell betrachte, impliziere dagegen die sofortige Anerkennung der DDR.

- 241** 31.07. Runderlaß des Ministerialdirigenten von Staden S. 935

Staden informiert über die EG-Ministerratstagung vom Vortag. Staatssekretär Duckwitz habe gefordert, daß hinsichtlich eines handelspolitischen Arrangements mit den beitrittswilligen Staaten sowie der Weiterbehandlung der gemeinsamen technischen Forschung bald konkrete Ergebnisse erzielt werden müßten. Die abschließenden Mandate an die EG-Kommission zu Verhandlungen über eine Teil-Assozierung mit Marokko und Tunesien seien verabschiedet worden. Der niederländische Außenminister Luns habe aber gleichzeitige Fortschritte bei der Behandlung des israelischen Assoziierungsantrags angemahnt. Auf Wunsch der Bundesrepublik habe der Rat zudem die Kommission ermächtigt, in Verhandlungen mit Malta über einen gegenseitigen Zollabbau einzutreten. Weiterhin wurde beschlossen, das Verfahren zur Assozierung der Türkei voranzutreiben.

- 242** 01.08. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem italienischen Außenminister Medici S. 941

Brandt und Medici stimmen überein, daß Fortschritte hinsichtlich des britischen EG-Beitritts noch im laufenden Jahr erzielt werden sollten. Dabei könne an ein handelspolitisches Arrangement, an eine Ausweitung der technologischen Zusammenarbeit oder eine Intensivierung der politischen Konsultation innerhalb der WEU gedacht werden. Medici teilt mit, daß Italien das Nichtverbreitungsabkommen unterzeichnen werde, allerdings gleichzeitig einige Erklärungen dazu abgeben wolle. Um eine bessere nukleare Zusammenarbeit zu erwirken und die Aussicht auf einen nuklearen Status für Europa zu wahren, sollte die Schaffung eines europäischen Kernbrennstoffzentrums geprüft werden. Da die deutsch-italienischen Beziehun-

- gen seiner Ansicht nach einen zu formellen Charakter hätten, regt der italienische Außenminister eine Initiative zur bilateralen kulturellen oder wissenschaftlichen Zusammenarbeit an.
- 243 02.08. Botschafter Allardt, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 955**
- Allardt berichtet über seinen Antrittsbesuch beim sowjetischen Außenminister am Vortag, bei dem die gegensätzlichen Standpunkte erörtert wurden. Der Botschafter bedauerte, daß der von der Bundesregierung gezeigte Wille zur Zusammenarbeit nicht honoriert und statt dessen „totale Unterwerfung“ verlangt werde. Gromyko wandte ein, daß die Kernfrage die der europäischen Grenzen sei. Sie sei eine „Frage von Krieg und Frieden“. Die Bundesrepublik könne nicht gleichzeitig versuchen, die Beziehungen zur UdSSR zu verbessern, und sich weiterhin weigern, die DDR anzuerkennen. Ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik und den sozialistischen Staaten über einen gegenseitigen Gewaltverzicht sei nur möglich, wenn dies mit der DDR auf gleicher Grundlage zustande käme. Die UdSSR sei jedoch bereit, den Dialog fortzusetzen. Es zeichne sich „ein heller Streifen am Horizont“ ab. Trotz positiver Aspekte bewertet Allardt die Unterredung mit großer Zurückhaltung.
- 244 05.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 963**
- Bahr befaßt sich mit der Stellungnahme des Ministerialdirigenten Sahn vom 31. Juli 1968 zur Aufzeichnung vom 27. Juni 1968 über die europäische Sicherheit. Er weist darauf hin, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands nur denkbar sei, wenn durch Sondervereinbarungen sichergestellt werde, daß weder die UdSSR noch die USA die Herrschaft über ganz Europa erringen könnten. Als fundamentalen Irrtum bezeichnet Bahr die Auffassung, daß eine Friedensordnung „jede Sicherheit“ gewährleisten könne. Eine Konzeption, die eine Sicherheitsvereinbarung zwischen Ost und West vorsehe und in der die Bündnisse „tragende Pfeiler“ eines Sicherheitssystems sein sollten, berge die Gefahr, einen Minderstatus für Europa zu institutionalisieren. Sie führe zu einer Aufwertung der DDR, ohne Fortschritte zur Überwindung der Teilung Deutschlands zu bringen. Demgegenüber gehe das von ihm vorgeschlagene System gleichberechtigter europäischer Staaten davon aus, daß die sowjetischen Truppen aus der DDR zurückgezogen würden und die Wiedervereinigung ausschließlich eine Angelegenheit der Deutschen werde. Dafür aber sei die Anerkennung der DDR unerlässlich.
- 245 06.08. Ministerialdirektor Bahr an Bundesminister Brandt, z. Z. Hamar S. 967**
- Bahr informiert den Bundesminister über die jüngsten außen- und parteipolitischen Entwicklungen. Nach der Erklärung von Bratislava (Preßburg) werde die ČSSR keine diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik mehr aufnehmen können. Außenpolitischer Spielraum sei für sie nur noch durch eine „im Blocksinn keimfreie Erledigung“ des Münchener Abkommens

von 1938 zu gewinnen. Bahr regt eine Weisung an Staatssekretär Duckwitz an, um eine Fortsetzung der Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in die Wege zu leiten. Zu Biafra teilt er mit, daß die emotionale Reaktion in der Bundesrepublik auf die Hungersnot unterschätzt worden sei. Dem nachzugeben, sei aber „falsch im Interesse der deutschen Außenpolitik“. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Schmidt, habe sich für substantielle Abrüstungsvorschläge der Bundesregierung ausgesprochen.

246 06.08. Ministerialdirigent Heipertz, Prag, an das Auswärtige Amt S. 973

Heipertz übermittelt Hintergrundinformationen zur Erklärung von Bratislava (Preßburg). Die vorliegende Fassung, insbesondere der Deutschland-Passus, gehe auf massives Drängen des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht und des Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Gomułka, zurück. In der tschechoslowakischen Führung werde die Erklärung dahingehend bewertet, daß die ČSSR nicht zu Änderungen in ihrer Außen- und Innenpolitik verpflichtet sei. Heipertz teilt diese optimistische Einschätzung nicht.

247 08.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 976

Ruete faßt ein Gespräch mit den Gesandten der Drei Mächte, de Commes, Fessenden und Laskey, über den Entwurf der Bundesrepublik für eine Erklärung der Drei Mächte über das Verhältnis des Landes Berlin zur Bundesrepublik zusammen. Er habe erläutert, daß die Erklärung die kodifizierten und gewohnheitsrechtlichen Grundlagen der Bindungen zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik verdeutlichen solle. Auf den Einwand, daß eine solche Erklärung kaum zu Änderungen in der sowjetischen Haltung führen würde, habe er entgegnet, daß eine rechtliche Klarstellung die Möglichkeit böte, sowjetische Mißverständnisse über die Solidarität zwischen der Bundesrepublik und ihren Alliierten auszuräumen. Vielleicht könne die UdSSR die Erklärung auch als Mittel zur Mäßigung der aggressiven Berlin-Politik der DDR nutzen.

248 09.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Staden S. 978

Staden befaßt sich mit der Frage, ob die Antwort auf die Notifizierung der UdSSR über die bislang erfolgten Unterzeichnungen des Astronauten-Bergungsabkommens vom 22. April 1968, unter denen sich auch diejenige der DDR befindet, einen ausdrücklichen Hinweis auf das Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik enthalten solle. Dies sei in der entsprechenden Note zum Weltraumabkommen vom 27. Januar 1967 der Fall gewesen. Trotz der zwischenzeitlichen Verhärtung im Gespräch zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR schlägt Staden vor, auf eine Erwähnung des Alleinvertretungsrechts in der Note zum Astronautenbergungsabkommen zu verzichten.

-
- 249** 09.08. Gesandter Oncken, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 981
- Oncken informiert über die Sitzung des Ständigen NATO-Rats zur Situation an den tschechoslowakischen Grenzen. Der Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa, Lemnitzer, teilte mit, daß die Truppenkonzentration des Warschauer Pakts weiter fortbestehe. Oncken erklärte dazu, daß dies bei der Diskussion über ein- oder beiderseitige Truppenreduzierungen berücksichtigt werden müsse. Der Rat kam überein, auch weiterhin gegenüber der Entwicklung in der ČSSR strikte Zurückhaltung zu üben.
- 250** 09.08. Ministerialdirektor Ruete an die Botschaft in Rom S. 983
- Ruete teilt mit, daß die niederländische und die belgische Regierung über den Wunsch der Bundesrepublik erstaunt seien, eine gleichzeitige Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens durch die Benelux-Staaten und Italien zu vermeiden. Ruete bittet, die italienische Regierung auf die Befürchtung der Bundesregierung hinzuweisen, daß eine solche Form der Unterzeichnung durch die übrigen EURATOM-Staaten den Eindruck erwecken könne, als ob eine Spalte gegen die Bundesrepublik beabsichtigt sei.
- 251** 10.08. Bundesminister Brandt, z. Z. Hamar, an Bundeskanzler Kiesinger S. 985
- Brandt regt eine Klärung der Position der Bundesregierung zum Nichtverbreitungsabkommen noch vor der Konferenz der Nichtnuklearstaaten in Genf am 29. August 1968 an. Angesichts der Bereitschaft der anderen nichtnuklearen EURATOM-Staaten, das Abkommen bereits vorher zu unterzeichnen, bestehe die Gefahr einer Isolierung der Bundesrepublik. Der Bundesminister schlägt vor, die grundsätzlich positive Haltung zu bekräftigen und die Teile des Vertragstexts, mit denen die Bundesregierung einverstanden sei, hervorzuheben. Die noch strittigen Punkte könnten dann im Licht der Genfer Ergebnisse geklärt werden.
- 252** 10.08. Bundesminister Brandt, z. Z. Hamar, an Ministerialdirektor Bahr S. 987
- Brandt nimmt Stellung zum Schreiben von Bahr vom 6. August 1968. Er teilt mit, daß mit Staatssekretär Duckwitz über eine Weisung zur Fortsetzung der Gespräche zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR gesprochen werde. Die Hilfsmaßnahmen für Biafra sollten nicht nur das humanitäre, sondern auch das moralische Engagement der Bundesregierung deutlich machen. Zum Drängen des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bundestag, Schmidt, auf substantielle Abrüstungsvorschläge äußert der Bundesminister Zweifel, ob es richtig sei, zu viel Neuland zu betreten. Hinsichtlich der Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens wäre es zwar besser, bereits mit einer positiven Kabinettsentscheidung zur bevorstehenden Kon-

ferenz der Nichtnuklearstaaten zu fahren. Seine geplante Rede in Genf könne aber in jedem Fall zu einem baldigen positiven Votum des Kabinetts beitragen.

- 253** 13.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 991

Ruete berichtet über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium. De Beaumarchais bezweifelte die Zweckmäßigkeit der von der Bundesrepublik vorgeschlagenen Erklärung der Drei Mächte über das Verhältnis des Landes Berlin zur Bundesrepublik. Eine solche Erklärung würde von der UdSSR nur dazu benutzt, um einen stärkeren Zusammenhalt im Warschauer Pakt zu erzwingen. Nach Ansicht von Ruete liegt der ablehnenden französischen Haltung der Wunsch zugrunde, Auseinandersetzungen mit der UdSSR zu vermeiden. Damit sei die Initiative „praktisch gescheitert“.

- 254** 14.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 993

Ruete weist darauf hin, daß nach den vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) 1965 in Madrid festgelegten Regeln die Mannschaften der Bundesrepublik und der DDR bei den Olympischen Spielen getrennt, aber mit einer Flagge und einer Hymne auftreten sollten. Schon bei den Winterspielen in Grenoble im Februar 1968 sei dieser Beschuß nicht eingehalten worden. Es sei damit zu rechnen, daß das IOC für die Olympischen Spiele in München 1972 neue Bestimmungen festlegen werde. Eine Weigerung der Bundesrepublik, vorab ihr Einverständnis damit zu erklären, könne zu einer nachträglichen Vergabe der Spiele an einen anderen Ort führen. Lasse die Bundesrepublik jedoch auf eigenem Gebiet zu, daß die DDR mit „Spalterflagge“ und „Becher-Hymne“ auftrete, sei im Ausland ein Erdutsch im Hinblick auf die deutschlandpolitischen Grundpositionen der Bundesregierung zu befürchten.

- 255** 15.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 998

Harkort erörtert ein Memorandum des Vorsitzenden des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa über europäische Währungsfragen. Monnet habe die sofortige Einrichtung von europäischen Institutionen auf dem Währungsgebiet angeregt, die ihre Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit und unter Beteiligung Großbritanniens sowie anderer EG-Beitrittskandidaten treffen sollten. Nach Auffassung von Harkort beabsichtigt Monnet, auf dem Weg über die Währungspolitik den französischen Widerstand gegen Mehrheitsentscheidungen in den Europäischen Gemeinschaften und gegen einen britischen EG-Beitritt zu brechen. Allerdings werde Frankreich trotz der gegenwärtigen wirtschafts- und währungspolitischen Schwierigkeiten kaum zur Aufgabe solch zentraler Positionen bereit sein. Harkort hält eine gemeinsame Währungspolitik nur als „Krönung“ einer weitgehenden Harmonisierung der Wirtschaftspolitik der beteiligten Staaten für sinnvoll und empfiehlt die Ablehnung des Vorschlags.

-
- 256** 19.08. Ministerialdirektor Bahr an Bundesminister Brandt, S. 1005
z. Z. Hamar

In Erwiderung des Schreibens von Brandt vom 10. August 1968 regt Bahr an, auf das Angebot der KPČ zur Herstellung offizieller Parteikontakte mit dem Vorschlag eines Treffens zwischen dem SPD-Vorsitzenden Brandt und dem Vorsitzenden der KPČ, Dubček, zu reagieren. Überhaupt sei zu erwägen, sich mehr um die Entwicklung der faktischen Beziehungen zur ČSSR zu kümmern. Das bilaterale Verhältnis sei so vertrauensvoll, daß es auch durch Botschafter kaum zu verbessern sei. Bahr schildert sodann die weitere Behandlung seiner Aufzeichnung vom 27. Juni 1968 zur europäischen Sicherheit. Damit habe der Planungsstab „eine politische Waffe großen Kalibers“ geschmiedet, welche die Bundesregierung in die Lage versetzen werde, ein geschlossenes, unverwechselbares Konzept von Abrüstung, Sicherheit und Entspannung vorzulegen.

- 257** 19.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1011
- Ruete analysiert Äußerungen des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht sowie des Außenministers Winzer zur Entspannungspolitik. Positiv zu vermerken sei die Bereitschaft der DDR zu Gesprächen mit der Bundesrepublik auch ohne die Vorbedingung einer völkerrechtlichen Anerkennung. Der Vorschlag zu Verhandlungen zwischen den Wirtschaftsministern sei letztlich der einzige konkrete Ansatzpunkt für Gespräche, da das Deutschlandkonzept der SED unverändert sei. Die Bereitschaft zu Verhandlungen werde weiterhin von der Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs durch die Bundesrepublik abhängig gemacht. Ruete empfiehlt, eine völlig ablehnende Reaktion zu vermeiden. Jedoch dürften Gespräche in Teilbereichen der DDR keine materiellen Vorteile bieten, ohne daß das gesamtdeutsche Anliegen gefördert würde.

- 258** 20.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 1015
- Frank kommentiert den französischen Vorschlag, Expertengespräche über die Auswirkungen eines eventuellen EG-Beitritts Großbritanniens abzuhalten. Die Bundesrepublik könne sich durch solche Beratungen in Einzelfragen nicht für die Zukunft binden. Auch wären derartige Gespräche nur sinnvoll, wenn gleichzeitig Zwischenmaßnahmen wie ein handelspolitisches Arrangement die Voraussetzungen für einen britischen EG-Beitritt verbessern würden. Frank schlägt vor, zunächst die italienische Regierung zu konsultieren und ihr mitzuteilen, daß die Bundesrepublik auf der Teilnahme der EG-Kommission an Expertengesprächen ebenso bestehen werde wie auf der gleichzeitigen Aufnahme von Verhandlungen mit Großbritannien über ein handelspolitisches Arrangement.

- 259** 20.08. Vortragender Legationsrat I. Klasse Rouget, Prag, an Staatssekretär Duckwitz S. 1019

Rouget berichtet über unterschiedliche Positionen im tschechoslowakischen Außenministerium gegenüber der Bundesrepublik. Außenminister Hájek wolle den Eindruck vermeiden, daß Bereitschaft zu Gesprächen mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft bestünde. Der stellvertretende Abteilungsleiter im tschechoslowakischen Außenministerium, Rezek, halte es für notwendig, mit Rücksicht auf den Druck der DDR und der UdSSR die Annäherung zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vorsichtiger zu betreiben. Rezek habe zudem erläutert, daß es im Ministerium eine konservative Gruppe gebe, die dazu rate, die Beziehungen zur Bundesrepublik nur mit Blick auf den wirtschaftlichen Nutzen für die ČSSR zu fördern. Trotzdem rechne er im Herbst mit einer Aktivierung der tschechoslowakischen Deutschlandpolitik.

- 260** 20.08. Ministerialdirektor Ruete an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 1021

Ruete übermittelt Sprachregelungen für die Konsultation im Ständigen NATO-Rat über die bevorstehende Konferenz der Nichtnuklearstaaten. Die Bundesregierung gehe davon aus, daß ein Vorschlag zum Verbot der Anwendung von Kernwaffen unterbreitet werde. Von Seiten der Ostblock-Staaten werde vermutlich das Thema kernwaffenfreier Zonen vorgebracht werden. Vorbehaltlich der Zustimmung des Kabinetts solle eine kernwaffenfreie Zone im Rahmen einer europäischen Friedensordnung befürwortet werden. Sie müßte allerdings auch den europäischen Teil der UdSSR einbeziehen. Besondere Bedeutung messe die Bundesregierung schließlich einer Förderung der friedlichen Nutzung der Kernenergie bei, wobei vor allem der möglichst freie Austausch von Material und Informationen wichtig sei.

- 261** 21.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1027

Ruete faßt ein Gespräch mit dem amerikanischen Geschäftsträger über die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR zusammen. Fessenden bat, die Bundeswehr aus dem Grenzgebiet zur ČSSR zurückzuziehen und die amerikanische Regierung laufend über die Lage an den Grenzen der Bundesrepublik zur ČSSR bzw. an der Demarkationslinie zur DDR zu informieren.

- 262** 21.08. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Botschafter Cabot Lodge S. 1029

Cabot Lodge unterrichtet über die amerikanische Reaktion auf die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Der UdSSR sei mitgeteilt worden, daß die amerikanische Regierung die Bezugnahme in der sowjetischen Erklärung auf ein Hilfesuchen der tschechoslowakischen Regierung sowie auf Umsturzversuche von außen nicht verstehe. Der Bundeskanz-

- ler hebt die Zurückhaltung der Bundesrepublik hervor. Nicht das Streben nach größerer Unabhängigkeit, wie es auch Rumänien zeige, sei der Hauptgrund für das sowjetische Eingreifen gewesen, sondern die ideologische Entwicklung in der ČSSR.
- 263** 21.08. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin S. 1032
- Zarapkin übergibt eine Erklärung zur Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Der Bundeskanzler weist auf den Widerspruch zwischen der Feststellung in der Erklärung, daß die tschechoslowakische Regierung die UdSSR um Hilfe gebeten habe, und den Nachrichten aus Prag hin, nach denen die Intervention gegen den Willen der ČSSR erfolgt sei. Ausdrücklich verweist Kiesinger darauf, daß sich die Bundesregierung besonders streng an das Prinzip der Nichteinmischung gehalten habe. Sie beabsichtige keine Verschlechterung ihrer Beziehungen zur UdSSR und hoffe, daß durch die Ereignisse der Frieden in Europa nicht gefährdet werde.
- 264** 21.08. Botschafter Freiherr von Braun, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1035
- Braun gibt Informationen des Generalsekretärs im französischen Außenministerium über die Reaktion der französischen Regierung auf die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR weiter. Alphand vertrat die Ansicht, daß deswegen kein Atomkrieg riskiert werden könne; im UNO-Sicherheitsrat seien höchstens „platonische Erklärungen“ denkbar. Die Ereignisse würden allerdings Spannungen innerhalb der Kommunistischen Parteien hervorrufen: Zum ersten Mal hätten sich die französischen und die italienischen Kommunisten von einer Aktion der UdSSR distanziert.
- 265** 23.08. Botschafter von Lilienfeld, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 1037
- Lilienfeld unterrichtet über ein Gespräch mit dem iranischen Ministerpräsidenten. Hoveyda bezeichnete die Beziehungen zwischen dem Iran und der Bundesrepublik als problemlos. In den Bereichen der wirtschaftlichen Erschließung und der technischen Ausbildung gebe es große Möglichkeiten für ein stärkeres Engagement der Bundesrepublik. Die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR verurteile der Iran scharf.
- 266** 23.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1040
- Ruete befaßt sich mit den Auswirkungen der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR auf die Kunstflugweltmeisterschaften in Magdeburg. Bei einer Zusammenkunft der Teilnehmer aus den westlichen Staaten sei vereinbart worden, sich bis zum Eintreffen gegenteiliger Weisungen aus den nationalen Sportverbänden weiterhin an den Wettkämpfen zu beteiligen. Voraussetzung sei allerdings, daß es nicht zu Maßnahmen gegen die tschechoslowakischen Teilnehmer komme.

Im Hinblick auf eine Serie von Boykottmaßnahmen westlicher Staaten gegen Sportveranstaltungen in den „an der Aggression beteiligten Ländern“ empfiehlt Ruete jedoch eine Rückberufung der Mannschaft der Bundesrepublik.

- 267** 23.08. Botschafter Knoke, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 1042

Knoke unterrichtet über die israelische Reaktion auf die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Insbesondere die Beteiligung der Nationalen Volksarmee am Einmarsch habe eine heftige Erregung zur Folge gehabt. Die israelische Regierung habe eine Erklärung abgegeben, in der eine „gesamtschuldnerische Haftung ‚der Deutschen‘ für das Ulbrichtsche Delikt“ begründet werde. Der Botschafter warnt vor negativen Rückwirkungen auf die Glaubwürdigkeit der Politik der Bundesregierung in Israel, falls in der gegenwärtigen Situation der Gedanke einer Aufnahme von Gesprächen mit der DDR auf Ministerebene weiterverfolgt werde.

- 268** 23.08. Gesandter Oncken, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1044

Oncken berichtet über das Ergebnis der Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats zur Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Der Militärausschuß wurde aufgefordert, eine Studie zu den Auswirkungen der Veränderungen auf das Kräfteverhältnis zwischen NATO und Warschauer Pakt zu erstellen. Die Politik der NATO müsse insgesamt überprüft werden, solle aber weiter auf den beiden Bestandteilen Sicherheit und Entspannung beruhen. Der amerikanische Botschafter Cleveland vertrat die These, die Welt müsse künftig davon ausgehen, daß die UdSSR es als „innere Angelegenheit“ betrachte, die Kontrolle im Warschauer Pakt aufrechtzuerhalten.

- 269** 26.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1047

Ruete faßt ein Gespräch mit dem britischen Gesandten über die Lieferung von U-Booten an Griechenland und Argentinien zusammen. Er habe Laskey erklärt, daß der WEU-Vertrag zwar eine Höchsttonnage für in der Bundesrepublik gebaute U-Boote vorsehe. Bei der Lieferung an Argentinien gehe es aber lediglich um U-Boot-Teile zum dortigen Zusammenbau. Die Bundesregierung betrachte sich daher nicht als verpflichtet, bei der WEU eine Ausnahmegenehmigung zu beantragen.

- 270** 26.08. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1048

Grewe berichtet über die Aussprache im Ständigen NATO-Rat zur Situation in der ČSSR. Nach Ansicht des Militärausschusses der NATO habe die Westverlagerung der sowjetischen Streitkräfte infolge der Intervention in der ČSSR die Offensivkraft des Warschauer Paktes verstärkt. NATO-Generalsekretär Brozio zog aus der Verteilung der sowjetischen Truppen jedoch den Schluß, daß die Bedrohung nicht gegen die NATO gerichtet sei.

Greve hielt dem entgegen, daß die militärische Gewichtsverlagerung der UdSSR nach Westen hin eine Tatsache von politischer Bedeutung sei. Die Streitkräfte des Warschauer Pakts seien besser vorbereitet für „Angriffe aus dem Stand“ und hätten insgesamt einen höheren Einsatzgrad erreicht.

- 271** 27.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Graf von Hardenberg S. 1051

Hardenberg drängt auf einen möglichst raschen Beschuß der Bundesregierung gegen eine Teilnahme politischer Persönlichkeiten an der Leipziger Herbstmesse. Es bestünden Bestrebungen im NATO-Rat, die Kontakte zu den an der Intervention in der ČSSR beteiligten Staaten einzuschränken. Die Bundesregierung könne die Verbündeten nur dann bitten, von Besuchen politischer Persönlichkeiten in Leipzig abzusehen, wenn sie deutlich mache, daß sie selbst zu einem solchen Vorgehen entschlossen sei.

- 272** 28.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 1053

Duckwitz weist darauf hin, daß in der öffentlichen Debatte um das Nichtverbreitungsabkommen die Artikel 53 und 107 der UNO-Charta zunehmend an Bedeutung gewinnen. Es sei der Eindruck entstanden, daß damit der UdSSR ein Recht auf Gewaltanwendung gegen die Bundesrepublik eingeräumt werde. Dies sei nicht richtig und müsse in der Öffentlichkeit klargestellt werden. Ferner solle die UdSSR dazu gebracht werden, anzuerkennen, daß die Artikel obsolet seien. Eine Klärung dieser Frage zur Vorbedingung für die Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens zu machen, hält Duckwitz jedoch für gefährlich, da dies eine neue Welle des Mißtrauens gegen die Bundesrepublik hervorrufen könne.

- 273** 28.08. Ministerialdirigent Heipertz, Prag, an das Auswärtige Amt S. 1055

Heipertz schildert die Situation in der ČSSR nach den Verhandlungen der tschechoslowakischen Regierung in Moskau vom 22. bis 26. August 1968. Die gesamte Arbeiterschaft wie auch alle Parteigremien der ČSSR stünden hinter der Regierung. Die Aufrufung des tschechoslowakischen Parlaments, mit den Warschauer-Pakt-Staaten über den Abzug ihrer Truppen aus der ČSSR zu verhandeln, habe die Einheit von Parteiführung, Regierung und Parlament deutlich gemacht. Damit seien die Versuche der UdSSR, ihre militärische Präsenz zu legitimieren, gescheitert. Heipertz schlägt eine „eindrucksvolle Erklärung“ des Europarats zur Unterstützung der ČSSR vor.

- 274** 29.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 1058

Frank nimmt Stellung zum britischen Vorschlag für eine Zusammenkunft der Außen- und Wissenschaftsminister der Bundesrepublik, der Niederlande und Großbritanniens, um über eine Zusammenarbeit bei der Uran-Anreicherung mittels Gas-

ultrazentrifuge zu beraten. Vor einem Treffen seien noch weitere interne Beratungen sowie Konsultationen mit den Niederlanden erforderlich. Frank schlägt vor, die französische und die italienische Regierung zu unterrichten und das Projekt im Falle einer positiven Reaktion zum Kernstück der europäischen technologischen Zusammenarbeit zu machen.

- 275** 30.08. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem französischen Botschafter François Seydoux S. 1061

Seydoux unterrichtet über die Haltung der französischen Regierung zur Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Außenminister Debré sei der Meinung, daß das sowjetische Vorgehen ein „Verkehrsunfall“ gewesen sei. Allerdings bestehe kein Grund, „den ganzen Verkehr zu blockieren“. Kiesinger vertritt die Auffassung, daß die UdSSR vor allem ihr europäisches Imperium habe konsolidieren wollen. Die ČSSR sei zu schnell zu weit gegangen. Das von ihm vorgeschlagene NATO-Gipfeltreffen solle die Präsenz der NATO unterstreichen und die Moral der westlichen Staaten stärken. Gleichzeitig müsse der Entspannungskurs fortgesetzt werden.

- 276** 30.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastl S. 1067

Kastl berichtet von einem Gespräch mit den Vertretern des tschechoslowakischen Außenministeriums bei der Handelsvertretung der ČSSR in Frankfurt. Šimaček und Kadnar sprachen sich für eine Fortsetzung der Kontakte zwischen der Bundesrepublik und den Staaten des Warschauer Pakts aus. Sie bat, über etwaige Fortschritte informiert zu werden, da die ČSSR in nächster Zeit von den übrigen kommunistischen Staaten vermutlich nicht umfassend konsultiert werde. In den Verlautbarungen zum 30. Jahrestag des Münchener Abkommens solle die Bundesregierung Parallelen mit dem Moskauer Kommuniqué vom 27. August 1968 betonen. Šimaček und Kadnar rechneten damit, daß die ČSSR künftig gezwungen sein werde, sich energisch gegen „revanchistische und neonazistische“ Vorgänge in der Bundesrepublik zu äußern.

- 277** 02.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin S. 1069

Zarapkin überbringt eine Botschaft der sowjetischen Regierung. Kiesinger betont nachdrücklich, daß sich die Bundesregierung gegenüber der ČSSR abwartend verhalten habe und keineswegs auf eine Spaltung des sozialistischen Lagers hinarbeite. Dies wäre „eine politische Torheit ersten Ranges“, zumal die Bundesrepublik mit Blick auf die angestrebte Wiedervereinigung Deutschlands die Zusammenarbeit mit der UdSSR brauche. Der Bundeskanzler bekräftigt auch die Bereitschaft, mit Polen über die Frage der Oder-Neiße-Linie zu sprechen, und weist den Vorwurf zurück, die Bundesregierung wolle die Grenzen in Europa ändern. Die NATO bezeichnet er als „leidige Notwendigkeit“ angesichts der Lage in der Welt. Zarapkin hält den Ausführungen des Bun-

deskanzlers entgegen, daß es sehr wohl gegen die UdSSR und andere sozialistische Länder gerichtete Aktionen von seiten der Bundesrepublik gegeben habe. Auch die DDR sei Mitglied der sozialistischen Gemeinschaft. Moskau werde nicht erlauben, daß ein Glied aus dieser Gemeinschaft herausgebrochen werde.

- 278 03.09. Staatssekretär Lahr an Bundesminister Brandt, S. 1077
z. Z. Genf

Lahr bittet um Weisung, ob er einer Einladung zur Messe in Brünn Folge leisten solle. Einerseits werde ein Besuch offensichtlich von der tschechoslowakischen Regierung gewünscht und würde das Interesse der Bundesrepublik an einem weiteren Ausbau der Handelsbeziehungen unterstreichen. Andererseits könnte die Teilnahme eines hochrangigen Beamten in der gegenwärtigen Lage von der UdSSR propagandistisch gegen die Bundesrepublik und die ČSSR ausgenutzt werden.

- 279 04.09. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem S. 1079
italienischen Außenminister Medici in Genf

Die Minister stimmen überein, daß auf der kommenden EG-Ministerratstagung über die Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Großbritannien gesprochen werden solle, angesichts der französischen Haltung jedoch kaum Fortschritte zu erwarten seien. Brandt teilt mit, daß die Bundesrepublik für jede Form einer politischen Zusammenarbeit der Sechs mit Großbritannien offen sei. Sie würde aber den Rahmen schon bestehender Institutionen, etwa der WEU, vorziehen.

- 280 04.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem S. 1081
amerikanischen Botschafter Cabot Lodge

Kiesinger zeigt sich besorgt, daß mit der Intervention in der ČSSR „eine neue Phase sowjetischer imperialistischer Politik“ eingeleitet worden sein könnte. Dies könne sich in Versuchen, eine Lösung der Deutschland-Frage zu erzwingen, oder in neuen Schritten in Berlin niederschlagen. Es sei auch vorstellbar, daß die UdSSR die Bundesrepublik und ihre Verbündeten zu einer Änderung der Position im Hinblick auf die Wiedervereinigung Deutschlands bewegen wolle. In dieser Frage könne nicht nachgegeben werden. Eine Konferenz der Regierungschefs der NATO sei wichtig, um eine Demonstration der Festigkeit des Westens zu geben. Möglicherweise hoffe Staatspräsident de Gaulle darauf, die Rolle eines Schiedsrichters zwischen der UdSSR einerseits und den USA oder der Bundesrepublik andererseits spielen zu können. Die zentrale Rolle falle aber gegenwärtig den USA zu, der sich die große Chance biete, ihre Entschlossenheit zur Verteidigung des Friedens und der Freiheit zu demonstrieren.

- 281 04.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1089

Ruete nimmt Stellung zu Plänen für eine Ministerkonferenz der NATO, auf der die Auswirkungen der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR auf die NATO erörtert

werden sollten. Er hält es für wenig sinnvoll, entsprechend der amerikanischen und britischen Anregung die bevorstehende Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe in Bonn zu einer Tagung der Verteidigungsminister der NATO aufzuwerten. Dagegen unterstützt er den britischen Vorschlag einer Vorverlegung der Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister im Dezember in Brüssel sowie den amerikanischen Vorschlag einer Außenministerkonferenz noch im September.

- 282** 05.09. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem österreichischen Außenminister Waldheim in Genf S. 1092

Waldheim ist der Auffassung, daß die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR die Bundesrepublik und Österreich nicht von der Entspannungspolitik abbringen sollte. Mit Brandt stimmt er überein, daß der japanische Vorschlag, die Konferenz der Nichtnuklearstaaten solle die Kontrolle über die Umsetzung des Nichtverbreitungsabkommens übernehmen, erwägungswert sei. Waldheim berichtet über die bevorstehenden Expertengespräche mit Italien über die Südtirolfrage, woraufhin Brandt hervorhebt, daß die Assoziation Österreichs mit der Europäischen Gemeinschaften nicht von einer Einigung in dieser Frage abhängig gemacht werden sollte.

- 283** 05.09. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an Ministerialdirektor Ruete S. 1094

Grewe nimmt Stellung zu den Auswirkungen einer etwaigen Nichtunterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens durch die Bundesrepublik. Das Abkommen sei auf längere Sicht mit dem NATO-Vertrag unvereinbar, da eine von den USA mit der UdSSR ausgehandelte Vereinbarung, die sich gegen die eigenen Bündnispartner richte, zur „politischen und moralischen Auslöschung der Allianz“ führen müsse. Die zwangsläufige „nukleare Verkrüppelung“ der NATO werde auch ihre militärische Abschreckungskraft untergraben. Falls eine Nichtunterzeichnung durch die Bundesrepublik das Abkommen zu Fall brächte, setze sich diese einer schweren Belastungsprobe aus, die aber bei Wahl eines taktisch günstigen Zeitpunkts und wirkungsvoller Argumentation durchgestanden werden könne. Sollte der Vertrag trotz Nichtunterzeichnung durch die Bundesrepublik ratifiziert werden, so könne die Bundesregierung ihre Haltung immer noch überprüfen. Es gebe jedenfalls keinen zwingenden Grund, das Nichtverbreitungsabkommen zum jetzigen Zeitpunkt zu unterzeichnen.

- 284** 06.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 1098

Bahr stellt Überlegungen an zu den Konsequenzen der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Im Sinne einer politischen Stärkung der NATO wäre es wünschenswert, wenn einige Allianzpartner verbindlich einen vorläufigen Verzicht auf das ab 1969 geltende Recht zum Austritt aus dem Bündnis erklären würden. Dabei könnte die Bundesregierung

andeußen, daß sie den Aufbau eines eigenen militärischen Führungsstabes erwäge, falls diese Erklärungen nicht zustande kämen. Dagegen sei ein Ausbau der deutsch-französischen militärischen Zusammenarbeit wenig aussichtsreich.

- 285 06.09. Parlamentarischer Staatssekretär Jahn, z. Z. Ankara, an Bundesminister Brandt S. 1099**
- Jahn faßt Gespräche des Bundeskanzlers mit Ministerpräsident Demirel zusammen. Kiesinger führte aus, die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR habe gezeigt, daß die Bundesrepublik mit sowjetischen Pressionen rechnen müsse. Deshalb sei eine Initiative wünschenswert, welche die Stärke der NATO unterstreiche, wie etwa die von ihm vorgeschlagene Konferenz der Regierungschefs der NATO. Auf dem Gebiet der europäischen Einigung sei ein neuer Impuls notwendig. Demirel vertrat die Auffassung, die Ereignisse in der ČSSR hätten bestätigt, daß sich in Europa seit dem Ende des Krieges nichts geändert habe. Die Aussichten auf eine europäische Einigung beurteilte er skeptisch. Sorge bereiteten der Einflußgewinn der UdSSR im Mittleren Osten und ihre Präsenz im Mittelmeer.
- 286 07.09. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Debré in Paris S. 1103**
- Brandt hebt die Entschlossenheit hervor, die Entspannungspolitik trotz der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR fortzusetzen. Allerdings müsse die Sicherheitspolitik überprüft werden. Auch sei die Bundesrepublik angesichts der sowjetischen Propaganda auf die Solidarität der Bündnispartner angewiesen. Brandt befürwortet eine außerplanmäßige Tagung der NATO-Außenminister sowie deutsch-französische Gespräche über die sich aus der Krise in der ČSSR ergebenden sicherheitspolitischen Fragen. Er hält zudem eine Erklärung einer Anzahl von NATO-Staaten für wünschenswert, für einige Jahre von der Möglichkeit einer Kündigung des Vertrags keinen Gebrauch zu machen. Debré erachtet ein Ministertreffen der NATO als wenig sinnvoll, erklärt sich aber zu deutsch-französischen Gesprächen über Sicherheitsfragen bereit.
- 287 07.09. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Debré in Paris S. 1108**
- Brandt warnt vor den Folgen eines weiteren Stillstands in der Frage des Ausbaus der Europäischen Gemeinschaften. Debré entgegnet, daß die britischen und französischen Vorstellungen vom politischen Europa unvereinbar seien. Eine Erweiterung der Gemeinschaften könne nur erfolgen, wenn garantiert sei, daß ihre europäische Ausrichtung gewahrt bleibe. Der Bundesminister weist darauf hin, daß zumindest Vorschläge für eine Organisation der Zusammenarbeit in Europa vorgelegt werden sollten. Debré hebt als weitere Schwierigkeit eines britischen Beitritts hervor, daß Großbritannien die gemeinsame Landwirtschaftspolitik, wie Frankreich sie sich vorstelle, akzeptieren

müsste. Über handelspolitische Arrangements könne gesprochen werden, ohne allerdings die Beitrittsfrage zu präjudizieren. Abschließend bringt Brandt die Sorge um Berlin (West) zum Ausdruck, das stärker abgesichert und in das Weltgeschehen einzogen werden müsse.

- 288** 07.09. Botschafter Allardt, Moskau, an Ministerialdirektor Ruete S. 1115

Allardt nimmt Stellung zu den Auswirkungen einer Entscheidung der Bundesregierung für oder gegen die Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens. Eine Nichtunterzeichnung würde zwar zu einer Propagandakampagne der UdSSR gegen die Bundesrepublik führen, die bilateralen Beziehungen aber in der Substanz nicht verschlechtern. Eine Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens durch die Bundesrepublik nur in Washington und London würde keine politische Entlastung mit sich bringen, da damit nur einer der Hauptforderungen der sowjetischen Deutschlandpolitik entsprochen werde. Sie würde von der UdSSR lediglich als Erfüllung einer Verpflichtung aus dem Potsdamer Abkommen von 1945 gewertet werden und alle weiteren Entspannungsschritte der Bundesrepublik im Sinne dieser „Erfüllungspolitik“ präjudizieren.

- 289** 10.09. Bundesminister Brandt an den amerikanischen Außenminister Rusk S. 1119

Brandt erklärt sich mit der von Rusk vorgeschlagenen NATO-Ministerratstagung Anfang Oktober 1968 einverstanden. Er teilt mit, daß er mit dem französischen Außenminister über die Zusammenarbeit in der westlichen Verteidigung gesprochen habe. Debré habe zugestimmt, daß im Rahmen der deutsch-französischen Studiengruppe über das durch die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR entstandene Sicherheitsproblem beraten werden solle. Damit könne über die französischen Absichten mehr Klarheit gewonnen werden, auch wenn es zweifelhaft sei, ob Frankreich dadurch wieder näher an die NATO heranrücke.

- 290** 10.09. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 1121

Duckwitz faßt das Gespräch anlässlich der monatlichen Zusammenkunft mit den Botschaftern der Drei Mächte zusammen. Cabot Lodge, Jackling und François Seydoux versprachen eine baldige Stellungnahme zum Entwurf der Bundesrepublik für eine Erklärung der Drei Mächte über das Verhältnis von Berlin (West) zur Bundesrepublik. Auf die Bitte, die Kandidatur von Berlin (West) als Tagungsort für die Jahresversammlung 1970 von Weltbank und Internationalem Währungsfond zu unterstützen, reagierten die Botschafter zurückhaltend. Duckwitz kündigte eine schriftliche Stellungnahme der Bundesregierung gegen die verstärkte Berufung auf die Potsdamer Vereinbarungen von 1945 sowie auf die Artikel 53 und 107 der UNO-Charta durch die UdSSR an.

- 291 10.09. Gesandter Freiherr von Stackelberg, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1124

Stackelberg berichtet von einem Gespräch des CDU-Abgeordneten Birrenbach mit dem amerikanischen Außenminister Rusk. Birrenbach schilderte die Sorge in der Bundesrepublik über die wenig ermutigende europäische und atlantische Zusammenarbeit und über die offensive sowjetische Politik. Rusk gab der Hoffnung Ausdruck, daß es bald zu intensiven Konsultationen innerhalb der NATO über Schlußfolgerungen aus der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR kommen und daß es der Bundesrepublik gelingen werde, Frankreich zu einer stärkeren Mitarbeit im westlichen Bündnis zu bewegen. Er bekräftigte die amerikanische Bündnistreue und stellte fest, daß eine Intervention der UdSSR in der Bundesrepublik unter Berufung auf die Artikel 53 und 107 der UNO-Charta zum Krieg führen würde.

- 292 10.09. Botschafter Böker, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 1128

Böker gibt Eindrücke aus einem Gespräch des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bundestag, Schmidt, mit dem UNO-Generalsekretär wieder. U Thant hob die weltweit starke Reaktion auf die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR hervor und erläuterte, daß er auf Wunsch der tschechoslowakischen Regierung von einer geplanten Reise nach Prag Abstand genommen habe. Er versicherte, daß sich aus Artikel 53 und 107 der UNO-Charta kein Interventionsrecht der ehemaligen Siegermächte in der Bundesrepublik ableiten ließe. Zur Lage in Biafra erklärte er, daß die UNO von Anfang an gegen eine Sezession von Staatsteilen gewesen sei, sich aber um humanitäre Hilfe bemühe.

- 293 11.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 1132

Bahr bezeichnet die These vom Fortbestehen Deutschlands als Ganzem sowie die Artikel 53 und 107 der UNO-Charta als „Fiktionen“, die nicht nur den Handlungsspielraum der Bundesrepublik einengten, sondern sich auch negativ auf die Bewußtseinslage der Bevölkerung auswirkten. Der Zweite Weltkrieg sei beendet, und die noch ausstehenden Rechnungen müßten beglichen werden. Im Sinne einer neuen Standortbestimmung solle sich die Bundesrepublik dazu bekennen, kein Provisorium, sondern ein Staat mit allen Rechten zu sein. Daraus folge ein Friedensvertrag für zwei deutsche Staaten, wobei „die Rechte in und für Berlin“ unangetastet blieben. Dies würde auch die Komplexe „Potsdam“ und „Oder-Neiße-Linie“ als Spuk entlarven und politische Handlungsfreiheit mit sich bringen. Der Wille der Deutschen bzw. ihre Aufgabe, „wieder zusammenzukommen“, werde durch eine andere Rechtslage nicht verändert.

- 294 11.09. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1134

Grewe informiert über ein Exposé des amerikanischen Botschafters bei der NATO zur Einschätzung der gegenwärtigen militärischen Situation in Europa. Danach habe die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR auf so „gravierenden Fehlurteilen“ beruht, daß sich die NATO die Frage stellen müsse, ob die eigenen Abschreckungskalkulationen zutreffend seien. Die Aktion sei nicht als Ausdruck neuer Expansions tendenzen zu werten, sondern als Maßnahme zur Konsolidierung des sowjetischen Einflußbereichs. Cleveland habe deutlich gemacht, daß Reduzierungen der amerikanischen Truppen in Europa nicht zu befürchten seien, aber von den europäischen Bündnispartnern ein verstärkter Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit erwartet werde.

- 295 11.09. Parlamentarischer Staatsekretär Jahn, z. Z. Teheran, an das Auswärtige Amt S. 1138

Jahn faßt die Unterredungen des Bundeskanzlers mit Schah Reza Pahlevi und Ministerpräsident Hoveyda vom Vortag zusammen. Die iranischen Gesprächspartner betonten die Bedeutung von Investitionen sowie der Ausbildung iranischer Führungskräfte durch die Bundesrepublik. Zur Verteidigungspolitik führte der Schah aus, daß der Iran nach dem Abzug der britischen Truppen vom Persischen Golf die Region notfalls allein kontrollieren müsse. Kiesinger erläuterte die außenpolitische Situation nach der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR und betonte, daß die Bundesregierung ihre Politik ohne Illusionen fortsetzen werde.

- 296 12.09. Botschafter Allardt, Moskau, an Bundesminister Brandt S. 1142

Allardt zieht eine Zwischenbilanz der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR. Die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR habe bestätigt, daß die Ostpolitik der Bundesrepublik ein Störfaktor für die sowjetische Bündnis- und Machtpolitik sei. Allardt plädiert dafür, den Dialog mit der UdSSR fortzusetzen. Er müsse aber auf einer Basis der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Interessenausgleichs geführt werden: Einseitige Vorleistungen würden die sowjetische Regierung nur in dem Glauben bestärken, in der Deutschlandpolitik „auf dem rechten Weg“ zu sein. Der Botschafter schlägt vor, das direkte Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko fortzusetzen.

- 297 13.09. Gesandter Freiherr von Stackelberg, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1147

Stackelberg übermittelt eine Aufzeichnung des CDU-Abgeordneten Birrenbach über Gespräche mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eugene Rostow, sowie dem Sonderberater des Präsidenten Johnson, Walt W. Rostow, in

Washington. Eugene Rostow habe betont, daß trotz der zurückhaltenden Reaktion der USA auf die Krise in der ČSSR an der Gültigkeit der amerikanischen Verpflichtungen aus dem NATO-Vertrag nicht zu zweifeln sei. Das Bündnis müsse allerdings gestärkt werden, und dies sei vor allem Aufgabe der Bundesrepublik. Walt W. Rostow habe mit Blick auf eine längerfristige Lösung des Devisenausgleichs eine Aufwertung der DM angelegt. Auch er habe größere Verteidigungsanstrengungen von den Europäern gefordert. Beide Gesprächspartner hätten versichert, daß ein Eingreifen der UdSSR in der Bundesrepublik unter Berufung auf die Artikel 53 und 107 der UNO-Charta den Bündnisfall auslösen würde.

- 298** 15.09. Botschafter Schnippenkötter, z. Z. Genf, an S. 1151
Staatssekretär Duckwitz

Schnippenkötter berichtet über die Erörterung des Nichteinsatzes von Kernwaffen auf der Konferenz der Nichtnuklearstaaten in Genf. Dabei handele es sich um eine „negative“ Sicherheitsgarantie an die Nichtnuklearen als Kompensation für deren Kernwaffenverzicht. Sie bestünde im Verbot der Anwendung von Atomwaffen in einem bewaffneten Konflikt zwischen nuklearen und nichtnuklearen Staaten. Die amerikanische Regierung sei gegen jede derartige Einschränkung. Die UdSSR wolle diese Regelung nur auf die Unterzeichner des Nichtverbreitungsabkommens sowie auf Staaten anwenden, die keine Kernwaffen Dritter auf ihrem Territorium zulassen. Diese Formel werde von den NATO-Staaten abgelehnt, da die Möglichkeit zur nuklearen Verteidigung gegen konventionelle Angriffe in Europa unverzichtbar sei. Schnippenkötter schlägt die Vorbereitung einer Formel für den Nichteinsatz von Kernwaffen vor.

- 299** 16.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem S. 1155
japanischen Außenminister Miki

Kiesinger legt dar, daß auch nach der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR die Politik der Entspannung grundsätzlich fortgesetzt werden solle. Jedoch sei zu prüfen, ob sie sich bislang der richtigen Mittel bedient habe. Sein Vorschlag zur Einberufung einer NATO-Gipfelkonferenz solle der sowjetischen Regierung zeigen, daß die Bundesrepublik nicht nur zur Verteidigung, sondern auch zu Gesprächen bereit sei. Miki verweist auf die komplexe politische und wirtschaftliche Situation in Asien. Werde keine Lösung für die dortige Armut gefunden, so entstünden bald ein zweites und drittes Vietnam. Deshalb sei eine verstärkte Entwicklungshilfe aus der Bundesrepublik willkommen.

- 300** 16.09. Bundesminister Brandt an Regierungsrat Preuss, Bun- S. 1160
desministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Zur Vorbereitung des Aufenthalts des Bundesministers Wilschnewski vom 20. bis 23. September 1968 in der VAR übermittelt Brandt eine Aufzeichnung über die Lage im Nahen

Osten. Dazu führt er aus, daß sich die Positionen Israels und der arabischen Staaten seit dem Nahost-Krieg vom Juni 1967 kaum angenähert hätten. Daher seien die Aussichten für eine friedliche Lösung in absehbarer Zukunft sehr gering. Der starke sowjetische Einfluß auf die ägyptische Regierung verhindere eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der VAR. Verhandlungen über konkrete Projekte der Entwicklungshilfe könnten erst nach der Wiederaufnahme voller diplomatischer Beziehungen geführt werden.

- 301 16.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete** S. 1162

Ruete äußert sich zu jugoslawischen Wiedergutmachungsfordernungen. Eine Erfüllung sei u. a. deshalb abzulehnen, weil Jugoslawien den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik nicht anerkenne. Eine kompromißlose Ablehnung würde jedoch das bilaterale Verhältnis belasten und die Glaubwürdigkeit der Ostpolitik in Frage stellen. Ruete empfiehlt daher, der jugoslawischen Regierung wirtschaftliche Hilfe zu gewähren, etwa in Form langfristiger Kredite. Diese könnten als „Friedensfonds“ oder „Entspannungsbeitrag“ bezeichnet werden. In einem Schreiben solle die Bundesregierung erklären, daß sie mittels dieser Kapitalhilfe die Beziehungen zu Jugoslawien von der Streitfrage der Wiedergutmachung befreien wolle.

- 302 16.09. Gesandter Freiherr von Stackelberg, Washington, an das Auswärtige Amt** S. 1166

Stackelberg berichtet über ein Gespräch des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bundestag, Schmidt, mit dem amerikanischen Außenminister über die Themen atlantische Politik, Nichtverbreitungsabkommen, NPD und Europa-Politik. Rusk bedauerte die Zweifel an der amerikanischen Sicherheitsgarantie, die in der Bundesrepublik laut geworden seien. Es gebe kein sowjetisch-amerikanisches Einverständnis über Einflußsphären. Schmidt verwies auf das Nichtverbreitungsabkommen, das ein Beispiel für die Interessengemeinschaft zwischen USA und UdSSR darstelle. Rusk wandte ein, daß die Vermeidung eines Atomkrieges im Interesse aller sei. Er kündigte eine Erklärung zu Artikel 53 und 107 der UNO-Charta an, aus denen die UdSSR ein Recht auf militärische Intervention in der Bundesrepublik ableite.

- 303 17.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Botschafter Cabot Lodge** S. 1170

Kiesinger bezeichnet die militärische Lage nach der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR als ernst. Cabot Lodge erläutert die amerikanische Auffassung, daß auf diese Bedrohung des westlichen Bündnisses eine Antwort gefunden werden müsse, die aber nicht provozierend wirken dürfe. Neben verstärkten Konsultationen innerhalb der NATO sei eine Verbesserung der Verteidigungsbemühungen wie z. B. eine Erhöhung des Militäretats und des Devisenausgleichs angezeigt. Gehe die Bundesrepublik dabei voran, könne mit einer positiven

amerikanischen Reaktion gerechnet werden. Kiesinger verweist auf die finanziellen Schwierigkeiten. Er räumt ein, daß aus Sicht der UdSSR die politische Entwicklung in der ČSSR bedrohlich gewesen sei. Daher müsse die NATO ohne „Säbelgerassel“ gestärkt werden. Der amerikanische Außenminister Rusk habe sicher recht gehabt mit seiner Prognose, daß der Kommunismus die Koexistenz nicht aushalten werde.

- 304** 17.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1176

Ruete faßt Informationen aus Gesprächen des Ministerialrats Kleindienst, Bundesministerium für Wirtschaft, und des Vorstandesmitglieds im Exportausschuß des Bundesverbands der deutschen Industrie, Schulz, am Rande der Leipziger Messe zusammen. Die DDR sei weiterhin an Wirtschaftsgesprächen auf Ministerebene interessiert. Die Frage der von der Bundesregierung zurückgehaltenen Ausgleichszahlung für Mineralöllieferungen aus der DDR solle vorab geklärt werden. Ruete rät dazu, zunächst das Ergebnis der Diskussionen über die ČSSR in der NATO und der UNO abzuwarten. Er weist darauf hin, daß die Zurückstellung des Mineralölsteuerausgleichs die einzige effektive Gegenmaßnahme gegen die Einführung des Paß- und Sichtvermerkszwangs durch die DDR am 11. Juni 1968 gewesen sei.

- 305** 18.09. Gesandter Freiherr von Stackelberg, Washington, an Bundesminister Brandt S. 1178

Stackelberg gibt den Inhalt einer amerikanischen Aufzeichnung über das Gespräch des CDU-Abgeordneten Birrenbach mit dem amerikanischen Präsidenten am 13. September 1968 wieder. Angesichts der Krise in der ČSSR betonte Johnson die Notwendigkeit einer Stärkung der westlichen Allianz. Die Initiative dazu müsse aber von den europäischen Bündnispartnern ausgehen. Die Bundesregierung solle in diesem Sinne auf Frankreich einwirken. Zudem müsse sich Europa stärker an den Kosten der Verteidigung beteiligen. Johnson wies darauf hin, daß nur die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR eine Initiative im amerikanischen Kongreß, die in Europa stationierten Truppen zu reduzieren, aufgehalten habe.

- 306** 19.09. Deutsch-niederländische Regierungsbesprechung S. 1180

Ministerpräsident de Jong äußert sich besorgt über den „Leber-Plan“, der niederländischen Interessen schade und gegen EG-Beschlüsse verstöße. Es wird vereinbart, hierzu eine Arbeitsgruppe einzusetzen. De Jong erläutert, daß die Niederlande sowohl eine Erweiterung der europäischen Gemeinschaften als auch deren politische Integration anstreben. Die Bundesrepublik solle unabhängiger von Frankreich agieren und stärker mit den übrigen vier EG-Staaten zusammenarbeiten. Bundeskanzler Kiesinger vertritt die Ansicht, daß es aussichtslos sei, Staatspräsident de Gaulle auf diese Weise zu einer anderen Politik bewegen zu wollen. Er teile die Auffassung, daß den Europäischen Gemeinschaften großer Schaden drohe, wenn die Entwicklung bis zur Aufnahme von Verhandlungen mit Großbritannien stag-

niere, wolle aber keine Konfrontation mit Frankreich. Es besteht Einvernehmen, daß die fünf übrigen EG-Staaten auf Gebieten außerhalb der Römischen Verträge stärker untereinander und mit Großbritannien zusammenarbeiten sollten.

- 307** 19.09. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1187

Grewe resümiert ein Gespräch mit einigen NATO-Botschaftern unter Beteiligung des amerikanischen UNO-Botschafters Ball und des NATO-Generalsekretärs. Ball vertrat die Ansicht, daß die Rüstungskontroll-Gespräche fortgesetzt werden müßten, obwohl sich die sowjetische Regierung durch die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR als unberechenbar erwiesen habe. Grewe und Brosio bezweifelten, ob dies der Öffentlichkeit zum jetzigen Zeitpunkt zugemutet werden könne. Während der belgische Botschafter de Staercke im „Prager Gewaltakt“ das Schwächezeichen eines unsicheren Regimes sah, betonte sein französischer Kollege Roger Seydoux, das sowjetische Vorgehen werde sich in einigen Wochen als erfolgreich erweisen. De Staercke wies darauf hin, daß die UdSSR vor weiteren Interventionen, auch gegen die Bundesrepublik, gewarnt werden müsse. Ball äußerte die Auffassung, daß es die erste Aufgabe des nächsten amerikanischen Präsidenten sein müsse, den Vietnam-Krieg zu beenden.

- 308** 20.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1190

Ruete gibt Eindrücke aus einem Gespräch mit dem rumänischen Botschafter wieder. Oancea erläuterte, daß die rumänische Regierung sich bemühe, im Gespräch auch mit den Verbündeten zu bleiben, deren Truppen an der Intervention des Warschauer Pakts in der ČSSR beteiligt waren. Andererseits wolle sie die Beziehungen zur Bundesrepublik ausbauen. Zum Kulturaustausch wurde vereinbart, kein formelles Abkommen abzuschließen, sondern eine Reihe von Kulturprogrammen aufzustellen. Oancea wies auf die Bedeutung hin, die eine Erhöhung der Kontingente für den Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse in die Bundesrepublik hätte.

- 309** 23.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Senghor S. 1194

Kiesinger beglückwünscht den senegalischen Präsidenten zur Auszeichnung mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels für sein literarisches Gesamtwerk. Er entschuldigt sich gleichzeitig für die Ausschreitungen von Studenten am Rande der Preisverleihung. Senghor teilt mit, es sei beabsichtigt, im Senegal den Deutschunterricht und das Studienfach Germanistik weiter auszubauen.

-
- 310** 25.09. Gesandter Limbourg, Paris, an die Staatssekretäre Duckwitz und Lahr S. 1196

Limbourg berichtet über Äußerungen des Ministerpräsidenten Couve de Murville zu den Gründen für die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Danach seien Befürchtungen ausschlaggebend gewesen, daß die enger gewordenen Wirtschaftsbeziehungen zum Westen, insbesondere zur Bundesrepublik, auch zu einer politischen Loslösung der ČSSR aus dem Ostblock führen könnten. Der Gesandte teilt mit, es gebe Hinweise darauf, daß Staatspräsident de Gaulle diese Auffassung teile.

- 311** 26.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem britischen Botschafter Jackling S. 1197

Jackling übergibt ein Schreiben des Premierministers Wilson zur britischen Europapolitik und verweist auf die Bedeutung der bevorstehenden Gespräche des Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten in dieser Frage. Gleichzeitig betont er die britische Entschlossenheit, die Bundesrepublik in jeder Hinsicht gegen die UdSSR zu verteidigen. Kiesinger sichert zu, gegenüber de Gaulle auf Schritte hin zu einer Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften drängen zu wollen. Allerdings könne er es nicht auf einen Bruch ankommen lassen. Wichtig sei eine möglichst enge Zusammenarbeit mit Großbritannien auf allen Gebieten außerhalb der Römischen Verträge von 1957. Unter anderem sei angeregt worden, daß die europäischen Staaten innerhalb der NATO einen „Caucus“ bilden sollten. Der Botschafter sichert zu, daß jeder Vorschlag der EG-Staaten für eine Übergangsregelung geprüft werde, vorausgesetzt, er sei „unmittelbar mit dem Beitritt verknüpft“.

- 312** 27.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle S. 1200

Kiesinger äußert sich zu den Folgen der Krise in der ČSSR. Dazu gehöre auch, daß die UdSSR die These aufgestellt habe, sozialistische Staaten dürften nicht aus der sozialistischen Gemeinschaft ausbrechen. Folglich werde die sowjetische Regierung jeden Versuch einer Wiedervereinigung Deutschlands als feindseitigen Akt ansehen. De Gaulle hebt hervor, daß die UdSSR das „tschechoslowakische Problem“ auch „wegen Deutschland“ lösen wollte. Möglicherweise wäre es nicht zu der Intervention gekommen, wenn die Bundesregierung politischen Forderungen nach Wiedervereinigung in den „alten Grenzen“ und nach Nuklearwaffen sowie dem „Drang nach Osten“ eine Absage erteilt hätte. De Gaulle weist darauf hin, daß die USA und die UdSSR ihre Politik der Entspannung fortsetzen wollten, daher könne die Bundesregierung nur mit begrenzter amerikanischer Hilfe rechnen. Frankreich habe dagegen ein größeres Interesse am Fortbestehen Deutschlands. Eine echte bilaterale Zusammenarbeit, die die französische Regierung angeboten habe, sei jedoch gescheitert.

tert, „weil Deutschland eine andere Politik“ betrieben habe, nämlich eine expansive Wirtschafts- und Industriepolitik, „insbesondere in Richtung auf Amerika“.

- 313** 27.09. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Debré S. 1212

Debré spricht sich gegen eine Stärkung der NATO aus. Die USA seien nicht zu glaubwürdigen Garantien für Europa bereit und arbeiteten eher auf eine bilaterale Einigung mit der UdSSR hin. Notwendig sei nun eine Kräftigung der wirtschaftlichen Beziehungen und eine echte Solidarität zwischen Frankreich und der Bundesrepublik. Brandt widerspricht der Ansicht, die Ostpolitik der Bundesregierung, insbesondere der Handel mit der ČSSR, habe die UdSSR provoziert. Er hält es für gefährlich, nicht auf das sowjetische Vorgehen zu reagieren, und konstatiert in den Fragen Sicherheit und NATO einen Zielkonflikt zwischen Frankreich und der Bundesrepublik. Auch er wolle die Entspannungspolitik fortführen, aber nicht zum „politischen Exhibitionisten“ werden.

- 314** 27.09. Deutsch-französische Konsultationsbesprechung S. 1219

De Gaulle äußert die Ansicht, daß die UdSSR am unangenehmsten gegen die Bundesrepublik agiere. Es sei auch ein militärischer Angriff nicht ganz auszuschließen. Die USA würden in diesem Fall, zumindest am Anfang, keine Atomwaffen einsetzen. Auch zwischen der Bundesrepublik und Frankreich bestehe keine Solidarität, die so weit gehe, für den anderen kämpfen und sterben zu wollen. Der deutsch-französische Vertrag von 1963, der dies erreichen wollte, sei von deutscher Seite sofort „zunichte gemacht“ worden. Darüber hinaus unterstützte die Bundesrepublik einen britischen EG-Beitritt. Eine Mitgliedschaft Großbritanniens werde jedoch das Ende des Gemeinsamen Marktes sein und überdies Europa daran hindern, jemals eine wirklich europäische Politik zu betreiben. Kiesinger sichert zu, kein Europa ohne Frankreich schaffen zu wollen. Zur Ostpolitik führt de Gaulle aus, daß die Bundesrepublik die Oder-Neiße-Linie anerkennen und für alle Zeiten auf Kernwaffen verzichten solle. Der Bundeskanzler entgegnet, daß zur Oder-Neiße-Linie schon weitgehende Zusicherungen gegeben worden seien. Hinsichtlich der atomaren Bewaffnung werde niemals eine Entscheidung gegen Frankreich fallen.

- 315** 27.09. Botschafter Sachs, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 1227

Sachs berichtet von der EG-Ministerratstagung. Bundesminister Brandt unterbreitete Vorschläge zur europäischen Integration sowie zu verbesserten Kontakten mit den Staaten, die einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften gestellt hätten. Letzteres sei über Konsultationen, technologische Zusammenarbeit sowie den Abschluß von handelspolitischen Arrangements zu erreichen, die eine Perspektive auf den Beitritt

eröffnen sollten. Der Staatssekretär im italienischen Außenministerium, Malfatti, befürwortete Gespräche mit den beitrittswilligen Staaten. Unter Hinweis auf das italienische Aide-mémoire vom 23. Februar 1968 bezeichnete er die Anregungen von Brandt als Minimallösung. Der französische Außenminister Debré lehnte dagegen die Parallelität zwischen innerem Ausbau der Gemeinschaften und ihrer Erweiterung sowie die Verknüpfung von Handelsvereinbarungen und zukünftigem Beitritt ab.

- 316** 28.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Ministerpräsident Couve de Murville S. 1236

Kiesinger betont, daß die Bundesrepublik angesichts der Krise in der ČSSR Unterstützung durch die befreundeten Staaten erwarte. Daher habe ihn die Äußerung des Staatspräsidenten de Gaulle vom Vortag, daß es keine wahre Solidarität zwischen der Bundesrepublik und Frankreich gebe, ein wenig schockiert. Er sehe auf vielen Gebieten Möglichkeiten zu einer intensiveren Kooperation. Zu den deutschen und französischen Ansichten hinsichtlich einer Stärkung der NATO bemerkt Couve de Murville, daß die Unterschiede in der Öffentlichkeit hochgespielt würden. Gegen einen EG-Beitritt Großbritanniens äußert er Bedenken. Kiesinger erwidert, daß zunächst durch eine Zwischenlösung, wie etwa den Abschluß von Handelsvereinbarungen, Zeit gewonnen werden müsse. Er hebt hervor, mit einer Stärkung der NATO sei gemeint, daß es keine weiteren Abzüge von Truppen geben dürfe.

- 317** 28.09. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Debré S. 1241

Debré stellt fest, daß Frankreich im Gegensatz zur Bundesrepublik in handelspolitischen Arrangements zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den beitrittswilligen Staaten kein Präjudiz für deren spätere Mitgliedschaft sehe. Frankreich stehe weiterhin zur Übereinkunft vom 16. Februar 1968, allerdings ohne zeitliche Terminierung eines Beitritts. Brandt betont die praktische Bedeutung eines Arrangements für die Herabsetzung von Zoll- und Handelsschranken. Er zeigt sich überzeugt, daß ohne Gespräche über die Erweiterung der innere Ausbau der Gemeinschaften stagnieren werde. Erst wenn eine faire Lösung in dieser Frage gefunden sei, könne den französischen Vorschlägen gefolgt und über Agrarfragen verhandelt werden.

- 318** 28.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle S. 1248

Der Bundeskanzler stellt klar, daß mit dem Wunsch nach Stärkung der NATO vor allem die Wahrung einer glaubhaften Abschreckung gemeint sei. Er betont erneut, wie wichtig angesichts der Lage in der ČSSR die Unterstützung der Bundesrepublik durch Frankreich sei. De Gaulle hält dagegen die Interessenlage beider Staaten für nicht identisch, da die Krise die Bundesrepublik unmittelbarer treffe. Er rät dazu, gegenüber dem Osten

„sehr bescheiden zu sein“, nicht nur hinsichtlich der Grenzfrage und der Wirtschaftsbeziehungen, sondern auch bezüglich der „Situation Ostdeutschlands“. Die Teilung zu akzeptieren sei eine Sache, Revanche eine andere, und je provozierender die Bundesrepublik agiere, desto mehr störe dies Frankreich. De Gaulle betont, daß es Dinge gebe, „die Frankreich sagen könne, Deutschland aber nicht“. Kiesinger entgegnet, daß die Bundesregierung alles unterlassen habe, was die Bevölkerung in den Ostblock-Staaten hätte aufwiegeln können. Die Entwicklung, die dort begonnen habe, werde sich langfristig als unumkehrbar erweisen. Zur Frage der deutsch-französischen Solidarität bemerkt de Gaulle, daß es nie zu einer präferentiellen Zusammenarbeit in der politischen Praxis gekommen sei.

- 319** 29.09. Botschafter Schnippenkötter, z. Z. Genf, an das Auswärtige Amt S. 1260

Schnippenkötter informiert über die Resolutionen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, die am 26. September 1968 von der Konferenz der Nichtnuklearstaaten in Genf verabschiedet wurden. Entschlüsse, welche für die Bundesrepublik als Industriestaat und für EURATOM nachteilig gewesen wären, wie etwa ein Verbot bestimmter Technologien oder Einschränkungen beim Austausch von Informationen und von nuklearem Material, seien verhindert worden. Die Bundesregierung habe die Gelegenheit genutzt, ihre Interpretationen unklarer Formulierungen im Nichtverbreitungsabkommen vor einem weltweiten Forum in Gegenwart der kommunistischen Staaten zu Protokoll zu geben.

- 320** 30.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 1264

Frank faßt ein Gespräch mit Bundesminister Wischnewski über dessen Aufenthalt vom 20. bis 23. September 1968 in der VAR zusammen. Dort finde derzeit ein Machtkampf zwischen einem pro- und einem antisowjetischen Lager statt. Wischnewski sei mitgeteilt worden, daß eine größere Bereitschaft der Bundesrepublik zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit der ägyptischen Regierung eine unabhängigere Außenpolitik ermöglichen würde. Frank fragte, ob mit Gegenleistungen zu rechnen sei, etwa dergestalt, daß die VAR anderen arabischen Staaten den Weg zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik freigebe. Wischnewski sprach sich dafür aus, diesen Gedanken in künftigen Gesprächen vorzubringen.

- 321** 30.09. Botschafter Schnippenkötter, z. Z. Genf, an das Auswärtige Amt S. 1266

Schnippenkötter berichtet über die Ergebnisse der Konferenz der Nichtnuklearstaaten. Diese hätten vor allem der Forderung nach Verbesserung der eigenen Sicherheit durch Abrüstung oder durch Garantien seitens der Nuklearmächte Ausdruck verliehen. Es sei allerdings nicht gelungen, ein Verbot der Anwendung von Atomwaffen zu erreichen. Dagegen wurde die von der

Bundesrepublik eingebrachte Resolution zu den Themen Gewaltverbot, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und Recht auf Selbstverteidigung verabschiedet. Für die Bundesrepublik sei die Konferenz ein Erfolg gewesen; sie habe sich überzeugend als friedlicher nuklearer Industriestaat präsentiert. Dadurch sei das latente Mißtrauen, das bei einigen Staaten aufgrund der Haltung der Bundesregierung zum Nichtverbreitungsabkommen vorhanden gewesen sei, einem weitgehenden Verständnis gewichen.

- 322** 01.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 1271

Bahr gibt einen Bericht des Stellvertretenden Regierungssprechers wieder. Ahlers habe im Zusammenhang mit den deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen vom 27./28. September 1968 mitgeteilt, daß der Bundeskanzler „zusammengebrochen, geschockt und in einem fast bemitleidenswerten Zustand“ sei. Kiesinger stehe vor den „Trümmern seiner Frankreich-Politik“, denn er habe erkennen müssen, daß auch die französische Regierung eine Wiedervereinigung Deutschlands nicht befürworte.

- 323** 01.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1272

Zur Vorbereitung auf eine Kabinettsitzung am folgenden Tag resümiert Ruete für Bundesminister Brandt den Stand der Diskussionen in der NATO über mögliche politische, militärische und wirtschaftliche Maßnahmen, welche aufgrund der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR notwendig geworden seien. Eine Verstärkung der Verteidigungsanstrengungen, vor allem seitens der Bundesrepublik, sei unerlässlich. Dies habe aus Rücksicht auf die Entspannungspolitik jedoch ohne „lautstarke Plakatierung“ zu erfolgen. Weiterhin sollten die NATO-Mitgliedstaaten die Bereitschaft zum Abbau der Ost-West-Spannungen betonen.

- 324** 01.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 1278

Bahr analysiert mögliche Auswirkungen der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR auf die Entspannungspolitik der Bundesrepublik. Angesichts der Machtverhältnisse müsse auch weiterhin das Gespräch mit der UdSSR fortgeführt werden. Die Kontakte zur sowjetischen Regierung hätten Vorrang vor denen zur DDR und zu den übrigen Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts, also zu „Zwischen-Europa“. Um dem Ziel, den Status quo in Europa zu verändern, näher zu kommen, könne es für die Bundesregierung notwendig sein, einige Aspekte des Status quo zu akzeptieren. Dazu könne die Erklärung genügen, die DDR sei ein Staat. Dies stelle keine völkerrechtliche Anerkennung dar, würde jedoch den Kern der Vorwürfe aus der UdSSR und der DDR entkräften. Bahr rechnet mit einer sowjetischen „Friedensoffensive“ zur Rückgewinnung politisch verlorenen Terrains. Dann sei der richtige Moment für eine Initiative der Bundesregierung gekommen.

- 325 01.10. Gesandter Limbourg, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1281**

Limbourg berichtet über deutsch-französische Gespräche zur ELDO-Krise. Frankreich wünsche nach der britischen Entscheidung, keine Mehrkosten zu übernehmen, einen baldigen Abbruch des laufenden Programms. An dessen Stelle sollten eine reorganisierte ELDO ohne Großbritannien und ein neues Programm treten, das einen Ersatz der britischen „Blue Streak“ durch eine französische Trägerrakete vorsehe. Die Bundesregierung befürworte dagegen eine Durchführung des aktuellen Programms. Großbritannien solle nicht aus den laufenden finanziellen Verpflichtungen entlassen werden.

- 326 05.10. Botschafter von Lilienfeld, z. Z. Washington, an Bundeskanzler Kiesinger S. 1283**

Lilienfeld charakterisiert die innenpolitische Situation der USA als desolat. Angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Belastung durch den Vietnam-Krieg hält er eine zunehmende Entfremdung von Europa für wahrscheinlich. Vor allem hinsichtlich Berlins bestehe die Gefahr, daß sich die USA mit einem allmählichen „Absterben“ oder sogar einem Verlust der Stadt abfinden könnten. Lilienfeld zieht den Schluß, daß als Nachfolger des Botschafters Knappstein eine herausragende Persönlichkeit des politischen Lebens für eine Übergangszeit nach Washington entsandt werden müsse, welche die zu erwartenden Belastungen in den bilateralen Beziehungen meistern könne. Er empfiehlt den CDU-Abgeordneten Birrenbach.

- 327 08.10. Botschafter Böker, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 1287**

Böker berichtet vom Treffen der NATO-Außenminister am 7. Oktober 1968 in New York. Angesichts der sowjetischen Propaganda äußerte der niederländische Außenminister Luns Besorgnis um die Sicherheit von Berlin (West). Der amerikanische Außenminister Rusk vertrat die Ansicht, das von der UdSSR „in Anspruch genommene Recht in bezug auf sozialistische Länder sei ohne geographische Begrenzung“. Sein griechischer Kollege Pipinelis betonte, daß die „NATO-Interessen nicht im engen Sinne durch die ‚legalen‘ Interessen des Vertragsgebiets der NATO limitiert sein könnten“. Der französische Außenminister Debré stellte die Frage, ob bislang auf die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR, die auch als „defensiv“ bezeichnet werden könne, angemessen reagiert worden sei. Die UdSSR müsse davon überzeugt werden, daß sie sich im Irrtum befunden habe. Bundesminister Brandt sicherte die Mitwirkung der Bundesrepublik an einer Stärkung der europäischen Verantwortung innerhalb der NATO zu.

-
- 328** 09.10. Bundesminister Brandt, z.Z. New York, an S. 1290
Staatssekretär Duckwitz

Brandt resümiert eine Unterredung mit dem sowjetischen Außenminister. Gromyko befürwortete eine Fortsetzung der Gespräche über einen Gewaltverzicht. Diese seien nur dann sinnvoll, wenn die Bundesregierung Flexibilität und Realismus bei der Anerkennung bestehender Grenzen, gegenüber der DDR, in der Berlin-Frage und hinsichtlich des Münchener Abkommens von 1938 zeige. Brandt betonte, Gewaltverzicht bedeute, daß Veränderungen der gegenwärtigen Lage nur im Einvernehmen mit den betroffenen Staaten erfolgen dürften. Im übrigen könne es keine Lösung wesentlicher politischer Fragen geben, wenn nicht für die Deutschen eine Perspektive für ein Zusammenleben und eine Normalisierung offenbleibe.

- 329** 09.10. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem S. 1294
türkischen Außenminister Çaglayangil in New York

Çaglayangil sieht in der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR ein Zeichen dafür, daß die Abschreckung der NATO nicht ausreiche. Nun müsse die Allianz Solidarität und Entschlossenheit zeigen. Er vertritt die Ansicht, die UdSSR „habe ernste Angst vor einer Desintegration nicht nur des Blocks, sondern auch Sowjetrußlands selbst“. Brandt bezeichnet die neue sowjetische Doktrin vom sozialistischen „Commonwealth“ als beunruhigend. Es bestehe die Gefahr, daß die UdSSR künftig auch sozialistische Staaten außerhalb des Ostblocks als Teil ihrer Interessensphäre betrachte. Die Gesprächspartner stimmen überein, daß grundlegende Entscheidungen in der NATO erst nach der Konstituierung der neuen amerikanischen Regierung getroffen werden können.

- 330** 11.10. Aufzeichnung des Referats II A 7 S. 1298

Das Referat spricht sich dagegen aus, daß der Bundeskanzler bei seinem Aufenthalt vom 24. bis 28. Oktober 1968 in Portugal die militärische Zusammenarbeit thematisiert. Die Lieferungen der Bundesrepublik Anfang der sechziger Jahre hätten im Zusammenhang mit dem Bemühen gestanden, eine logistische Basis der Bundeswehr in Portugal zu schaffen. Sie hätten immer wieder zu kritischen Äußerungen afrikanischer Staaten geführt, da die Verwendung des Rüstungsmaterials in den portugiesischen Überseegebieten nicht habe ausgeschlossen werden können. Die Bundesregierung müsse die 1967 aus Gründen geringerer Haushaltssmittel und einer veränderten strategischen Konzeption beschlossene drastische Reduzierung dieser Zusammenarbeit ungeachtet neuer portugiesischer Forderungen umsetzen.

- 331 11.10. Vortragender Legationsrat I. Klasse Stoecker, S. 1302
Berlin (West), an Ministerialdirektor Ruete

Stoecker erläutert die Beweggründe des Senats von Berlin, bei den drei alliierten Stadtkommandanten ein Verbot der NPD anzuregen. Vor dem Hintergrund der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR werde befürchtet, daß die Präsenz der NPD die UdSSR provozieren und damit die Stadt gefährden könnte. Es dürfe nicht übersehen werden, daß Berlin (West) ein „Stachel im kommunistischen Fleisch“ sei. Daher müßten Organisationen und deren Veranstaltungen dort nach einem strengeren Maßstab beurteilt werden als in der Bundesrepublik.

- 332 11.10. Botschafter Knappstein, Washington, an S. 1304
Bundesminister Brandt

Knappstein resümiert ein Gespräch von Brandt mit dem amerikanischen Außenminister am 8. Oktober 1968. Rusk reagierte skeptisch auf den Vorschlag, als Antwort auf die sowjetische Propaganda in einem alliierten Papier die „Rechtmäßigkeit dessen, was die Bundesregierung über Jahre hin in Berlin getan habe“, zu bestätigen. Brandt wiederum äußerte Vorbehalte gegen die Schaffung eines „European Caucus“ innerhalb der NATO: Auf keinen Fall dürfe dies zu einem reduzierten amerikanischen Engagement in Europa führen. Hinsichtlich des Devisenausgleichs regte er an, das Problem nicht bilateral, sondern durch ein umfassendes NATO-Abkommen zu lösen. Es könne nicht erwartet werden, daß die Bundesrepublik sich zum Wortführer einer militärischen Stärkung der Allianz mache.

- 333 11.10. Ministerialdirigent Heipertz, Prag, an Staatssekretär S. 1308
Duckwitz

Heipertz berichtet von einem Gespräch mit einem tschechoslowakischen Gewährsmann über die künftige Politik der ČSSR. Angesichts starker Kräfte in der UdSSR, die eine ideologisch harte Linie befürworteten, werde vorerst eine „Politik der Enthaltsamkeit“ verfolgt. Die Handelsbeziehungen mit dem Westen sollen jedoch ausgebaut werden. In öffentlichen Verlautbarungen wolle die ČSSR vor allem die USA attackieren; hinsichtlich der Bundesrepublik werde sie nur dann der „propagandistischen Pflichtübung“ nachkommen, wenn dies unvermeidbar sei. Es wäre fatal, wenn in der Bundesrepublik der Eindruck entstünde, die ČSSR könne abgeschrieben werden.

- 334 11.10. Botschafter Böker, New York (UNO), an das Auswärtige S. 1311
Amt

Böker faßt ein Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem australischen Außenminister Hasluck in New York zusammen. Brandt äußerte die Ansicht, daß die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR vor allem in der Furcht vor einer politischen Destabilisierung der UdSSR begründet gewesen sei. Hasluck betonte, die sowjetische Regierung müsse wei-

ter in die Erörterung internationaler Probleme einbezogen werden. Auf die Bitte nach Unterstützung für die Bewerbung der Bundesrepublik um einen Sitz im Gouverneursrat der IAEA sicherte Hasluck zu, daß Australien eine Erweiterung des Gremiums befürworten werde, solange dies nicht zur Mitgliedschaft wirtschaftlich und technisch unqualifizierter Staaten führe.

- 335** 11.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Clifford S. 1313

Kiesinger neigt zu der Überzeugung, daß das sowjetische Vorgehen gegenüber der ČSSR Teil eines umfassenderen Plans gewesen sei. Die Politik der Koexistenz habe in beiden Bündnissen zur Lockerung der inneren Bindung geführt. Auch der NATO biete sich nun die Chance zur Festigung der Allianz. Clifford erläutert, die Abschreckung gegenüber der UdSSR bestehe darin, daß ein Schlag gegen die Bundesrepublik einen Schlag gegen die USA bedeute. Der amerikanische Verteidigungsminister hebt die Gefährlichkeit der sowjetischen Militärmacht hervor. Gleichzeitig verweist er auf amerikanische Erfolge bei der Entwicklung neuer Waffen und auf den innenpolitischen Druck in den USA, Truppen aus Europa abzuziehen. Kiesinger versichert, daß sich die Bundesregierung nicht nur um einen erhöhten Verteidigungsbeitrag, sondern auch um eine langfristige Regelung des Devisenausgleichs bemühe. Clifford betont, daß die Zukunft der NATO weitgehend von den Entscheidungen der Bundesregierung abhänge.

- 336** 11.10. Botschafter Böker, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 1321

Böker berichtet von einer Unterredung des Bundesministers Brandt mit dem britischen Außenminister in New York. Zunächst wurde über die Planungen der Bundesrepublik, Belgiens, Großbritanniens und Italiens für eine verstärkte Zusammenarbeit der EG mit den beitrittswilligen Staaten gesprochen. Dazu werde demnächst ein belgisches Papier in Umlauf gebracht. Stewart äußerte die Hoffnung, daß diese Initiative nicht auf ein französisches Veto treffen werde. Mit Blick auf den amerikanischen Vorschlag eines „European Caucus“ in der NATO sprach sich Brandt für erhöhte europäische Verteidigungsanstrengungen aus. Angesichts sowjetischer Befürchtungen plädierte Stewart für eine baldige Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens durch die Bundesrepublik. Damit würde der UdSSR auch eine Propagandawaffe genommen.

- 337** 11.10. Botschafter Böker, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 1325

Böker informiert über ein Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem jugoslawischen Außenminister am Vortag in New York. Nikezic führte aus, daß Jugoslawien mehr denn je an verstärkten Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen interessiert sei. Brandt widersprach französischen Vorwürfen, wonach die

Ostpolitik der Bundesregierung mitverantwortlich für die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR gewesen sei. Nikezić zeigte sich besorgt, daß nach der neuen sowjetischen „Commonwealth-Doktrin“ ein vergleichbares Vorgehen gegen Jugoslawien nicht ausgeschlossen sei. Die Gesprächspartner waren sich einig, daß eine Fortsetzung der Entspannungspolitik vom Verhalten der UdSSR abhängen werde.

- 338** 11.10. Botschafter Böker, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 1330

Böker resümiert ein Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem israelischen Außenminister in New York. Zur Lage im Nahen Osten äußerte Eban die Überzeugung, daß die kompromißlose Haltung der VAR angesichts der Beeinflussung durch die UdSSR andauern werde. Lediglich mit dem pragmatischeren Jordanien scheine ein Kompromiß möglich. Er kritisierte zudem die schwache westliche Reaktion auf die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR, die den sowjetischen Einfluß im Nahen Osten stärke. Nun scheine die UdSSR ihren „Lebensraum“ auch in diese Region ausdehnen zu wollen. Eban betonte, das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Israel sei im augenblicklichen Zeitpunkt „so gut, als es den Umständen entsprechend möglich sei“.

- 339** 14.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1332

Ruete gibt einen Überblick zum Stand der Diskussion in der Bonner Vierergruppe über insgesamt sechs geplante alliierte Erklärungen zu deutschlandpolitischen Themen, darunter eine Stellungnahme zum Verhältnis von Berlin (West) zur Bundesrepublik und eine Protestnote gegen die Beteiligung der DDR an der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Ruete stellt die unterschiedlichen Auffassungen der Verbündeten zu den einzelnen Erklärungen heraus und erläutert die Haltung der Bundesregierung.

- 340** 15.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 1336

Duckwitz berichtet von einem Gespräch der Bonner Vierergruppe. Der britische Botschafter Jackling erklärte sich bereit, beim sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, gegen die Demarche der UdSSR wegen Veranstaltungen der Bundesregierung oder einzelner politischer Parteien in Berlin (West) Einspruch zu erheben. Hinsichtlich eines möglichen Verbots der NPD in Berlin (West) bekräftigten die Alliierten ihre abwartende Haltung. Sie äußerten Erstaunen über den Zeitpunkt der Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees, die DDR bei künftigen Olympischen Spielen allen anderen Staaten gleichzustellen.

-
- 341** 15.10. Gesandter von Schmidt-Pauli, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 1338

Schmidt-Pauli faßt den Inhalt eines Gesprächs des Bundesministers Brandt mit dem nigerianischen Außenminister am 9. Oktober 1968 in New York zusammen. Aripko informierte über den nigerianischen Bürgerkrieg und hob den Wunsch hervor, der Zivilbevölkerung in Biafra Hilfe zu bringen. Enttäuscht äußerte er sich über vermutete Waffenlieferungen Frankreichs an die Aufständischen. Brandt gab der Hoffnung Ausdruck, daß Nigeria die Arbeit der ausländischen Helfer im Krisengebiet erleichtern möge.

- 342** 15.10. Ministerialdirektor Ruete an die Ständige Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 1340

Ruete erteilt die Weisung, bei EG-Kommissar Haferkamp vorstellig zu werden und auf eine formelle Mandatserteilung für Sondierungsgespräche mit der IAEO über die in Artikel III des Nichtverbreitungsabkommens vorgesehene Verifikationsvereinbarung zu drängen. Über die Ausgestaltung dieses Abkommens sollte möglichst bald eine Einigung zwischen den EG-Mitgliedstaaten erzielt werden. Die Bundesregierung mahne eine solche Übereinkunft bereits seit geraumer Zeit an. Ruete weist darauf hin, daß eine Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens durch alle EURATOM-Mitglieder keine Voraussetzung für die Vorbereitung eines Verifikationsabkommens sei.

- 343** 16.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm S. 1345

Sahm resümiert die Ergebnisse der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 10./11. Oktober 1968 in Bonn. Im Gegensatz zu Behauptungen der Presse sei die Frage einer Mitbestimmung der nichtnuklearen europäischen Allianzpartner beim Einsatz von Atomwaffen nicht thematisiert worden. Die NPG berate zwar seit längerer Zeit über eine Weiterentwicklung der Athener „Guidelines“ von 1962, sei jedoch zu dem Ergebnis gekommen, daß die Einführung individueller Vorechte zur Zeit nicht möglich sei.

- 344** 17.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 1347

Harkort gibt Informationen des Parlamentarischen Staatssekretärs Jahn über eine Besprechung im „Kressbronner Kreis“ zur Verteidigungshilfe und zum kommerziellen Rüstungsexport an Griechenland wieder. Bundeskanzler Kiesinger plädierte für einen Verkauf von vier Schnellbooten. Mit der Wiederaufnahme von Gesprächen über die vierte Tranche der Verteidigungshilfe solle noch gewartet werden. Hinsichtlich der Lieferung von U-Boot-Teilen, die sich bereits im Bau befänden, bestand bei den Gesprächsteilnehmern Unklarheit, ob diese unter das im WEU-Vertrag von 1954 festgeschriebene Verbot, U-Boote von mehr als 350 t in der Bundesrepublik zu bauen, fielen. Zudem sei zu prüfen, ob schon Zusagen bezüglich einer Exporterlaubnis gegeben worden seien.

- 345** 17.10. Staatssekretär Duckwitz an den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundeskanzler, Freiherr von und zu Guttenberg S. 1349

Duckwitz skizziert die Position der Bundesrepublik auf der WEU-Ministerratstagung am 21./22. Oktober 1968 in Rom. Die Initiative des belgischen Außenministers Harmel zu einer Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den beitrittswilligen Staaten werde grundsätzlich befürwortet. Ein neuer Vertrag oder eine neue Institution kämen nicht in Frage; lediglich die Möglichkeit obligatorischer Konsultationen solle geprüft werden. Dies gelte auch für eine Intensivierung der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit sowie für die Beteiligung weiterer europäischer Staaten.

- 346** 17.10. Gesandter Oncken, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1351

Oncken referiert amerikanische Vorschläge für Reaktionen der NATO bei Übergriffen des Warschauer Pakts auf Berlin (West), Österreich und Jugoslawien. Die Eventualfallplanung sehe sowohl präventive Schritte als auch Maßnahmen im Ernstfall vor. Zu ersteren gehörten eine Stärkung der NATO, öffentliche Erklärungen und diplomatische Kontakte zu osteuropäischen Staaten. Im Falle militärischer Aktionen des Warschauer Pakts nannte der amerikanische NATO-Botschafter Cleveland eine abgestufte Palette von Reaktionen. So würde ein Angriff auf Berlin (West) oder das Gebiet der NATO einen Krieg auslösen. Ein Übergriff auf Österreich sei „fast ebenso kritisch“. Am unteren Ende der Skala stehe – als Reaktion auf eine Intervention gegen Jugoslawien – die öffentliche Ankündigung, daß eine Hilfeleistung erwogen werde.

- 347** 18.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm S. 1354

Sahm gibt ein Gespräch mit dem amerikanischen Botschaftsrat Dean wieder. Dean fragte, ob die Bundesregierung noch an dem Protest der drei Westmächte gegen die Beteiligung der DDR an der Intervention in der ČSSR interessiert sei. Nachdem Frankreich von Anfang an erhebliche Schwierigkeiten mit dieser Bitte gehabt habe, zeige sich nun auch Großbritannien zurückhaltender, und die USA hätten ebenfalls „die Lust verloren“. Sahm schlägt vor, Dean mitzuteilen, daß auf eine entsprechende Protesterklärung weiterhin großer Wert gelegt werde.

- 348** 18.10. Gesandter Oncken, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1355

Oncken berichtet von einer Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats. Es wurde Kritik geäußert, daß die Bundesrepublik und die drei Westmächte bereits am Vorabend von NATO-Ministerratstagungen jene Teile des Kommuniqués, die Deutschland und Berlin beträfen, verabschiedeten. Die übrigen Staaten durften nicht vor ein „fait accompli“ gestellt werden. Der französische NATO-Botschafter Roger Seydoux und Oncken verwiesen

dagegen auf die vertraglichen Grundlagen der Vierer-Konsultationen sowie auf die besondere deutschlandpolitische Verantwortung der drei Westmächte.

- 349** 21./22.10. Gespräche des Bundeskanzlers Kiesinger mit Ministerpräsident Borten S. 1358

Im Mittelpunkt der Unterredungen steht die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Kiesinger führt aus, daß die freiheitliche Gesellschaftsordnung des Westens eine Ausstrahlungskraft besitze, die das sowjetische Herrschaftsgefüge störe. Offen sei, ob die UdSSR einen „evolutionären Weg“ im Ostblock zulassen werde. Mit Blick auf den Besuch des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Kossygin, vom 7. bis 9. Oktober 1968 in Finnland referiert Borten die finnische Ansicht, daß es keine Anzeichen für eine „Verschärfung“ der sowjetischen Haltung gegenüber Finnland gebe und Finnland z. B. freier sei als Österreich, was die Einfuhr von Waffen angehe. Kiesinger betont, als Schutz des Westens sei die NATO unverzichtbar. Notwendig seien aber auch Kontakte zwischen europäischen Staaten, die allerdings, solange Frankreich eine institutionalisierte Zusammenarbeit über die Europäischen Gemeinschaften hinaus ablehne, auf bilateraler Ebene stattfinden müßten. Borten erläutert die Ostpolitik Norwegens und zeigt Interesse an Handelsarrangements zwischen den Gemeinschaften und den beitrittswilligen Staaten.

- 350** 22.10. Botschafter Freiherr von Braun, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1362

Braun berichtet über ein Gespräch mit dem Generalsekretär im französischen Außenministerium. Alphand betonte, daß es angesichts der momentanen sowjetischen Zurückhaltung gegenüber Berlin (West) nicht ratsam sei, eine „Störaktion“ herauszufordern. Aus diesem Grund erachte er sowohl den bevorstehenden Bundesparteitag der CDU als auch die geplante Bundesversammlung als problematisch. Auch die Bewerbung von Berlin (West) um die Jahrestagung 1970 der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds könne von Frankreich nicht unterstützt werden.

- 351** 22.10. Ministerialdirigent Caspary, z. Z. Buenos Aires, an das Auswärtige Amt S. 1364

Caspary gibt den Inhalt von Gesprächen des Bundesministers Brandt während seines Besuchs in Argentinien wieder. Die argentinischen Gesprächspartner äußerten Besorgnis hinsichtlich der Agrarpolitik der EG. Brandt verwies dagegen auf die Unterstützung argentinischer Anliegen in den Gemeinschaften durch die Bundesrepublik. Von argentinischer Seite wurde die Bereitschaft zur Unterzeichnung eines Abkommens über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie das Interesse an der Einführung des PAL-Farbfernsehsystems betont.

- 352** 23.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem britischen Abgeordneten Sandys S. 1368

Kiesinger äußert Bedenken gegen den von Sandys vorgelegten Entwurf einer Entschließung der Europäischen Parlamentarierkonferenz am 8./9. November 1968 in Den Haag, da er in seiner Zielsetzung den Vorschlägen des belgischen Außenministers Harmel vom 21. Oktober 1968 entspreche. Er betont, daß keine neue, gegen Frankreich gerichtete Institution gegründet werden dürfe. Das Wunder der deutsch-französischen Aussöhnung dürfe nicht gefährdet werden. Die Bundesregierung werde die Forderung der Europäischen Parlamentarier nach einem Treffen der Regierungschefs unterstützen; allerdings dürfe es wegen der Konferenz nicht zu einer Krise mit Frankreich kommen. Daher werde die Bundesrepublik in Den Haag auch nicht die erhoffte Schlüsselstellung einnehmen können.

- 353** 23.10. Staatssekretär Duckwitz an Staatssekretär Carstens, Bundeskanzleramt S. 1371

Duckwitz übermittelt ein Schreiben des britischen Außenministers Stewart vom 17. Oktober 1968 an Bundesminister Brandt. Er erläutert, daß die darin geäußerte Ansicht, die Bundesregierung habe ihre Haltung zur Harmel-Initiative geändert, auf einem Mißverständnis beruhe. Die Bundesregierung habe stets betont, daß sie zwar die Vorschläge des belgischen Außenministers zu einer Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den beitrittswilligen Staaten unterstütze, jedoch nicht bereit sei, deswegen das Verhältnis zur französischen Regierung zu belasten. Der Versuch, mit Frankreich zu einem Kompromiß zu kommen, sei gescheitert. Zudem müsse sich die Initiative „auf der Grundlage und im Rahmen der WEU“ halten, die nur einstimmige Beschlüsse zulasse. Das Mißverständnis habe inzwischen aufgeklärt werden können.

- 354** 24.10. Staatssekretär Duckwitz an Botschafter Freiherr von Braun, Paris S. 1374

Duckwitz übermittelt Braun die Antwort auf die Äußerungen des Generalsekretärs im französischen Außenministerium, Alphand, vom 22. Oktober 1968. Die Bundesregierung habe nicht die Absicht, „sowjetische Störaktionen“ gegen Berlin (West) zu herauszufordern. Die Anwesenheit und Tätigkeit von Organen und Organisationen der Bundesrepublik in der Stadt sei gängige und von den drei Westmächten immer wieder gebilligte Praxis, die mit den geltenden Verträgen konform gehe. Eine Verlegung des Bundesparteitags der CDU oder der Bundesversammlung würde nicht nur eine innenpolitische Belastung darstellen, sondern den sowjetischen Druck weiter verstärken.

-
- 355** 28.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem spanischen Außenminister Castiella in Madrid S. 1378

Castiella erläutert den spanischen Beitrag zur westlichen Verteidigung. Er hebt hervor, daß den USA auf der Grundlage eines 1953 geschlossenen Abkommens vier Stützpunkte zur Verfügung ständen. Seinerzeit sei Spanien wegen der atomaren Überlegenheit der USA kein Risiko eingegangen, sondern habe dadurch eine Sicherheitsgarantie erhalten. Zwischenzeitlich hätten sich die sicherheitspolitischen Voraussetzungen für eine nochmalige Verlängerung aber geändert. Spanien sehe große Gefahren für den Westen. Es wünsche daher, in eine gemeinsame spanisch-amerikanische Strategie einbezogen zu werden. Kiesinger bekräftigt den Wunsch der Bundesrepublik, Spanien möglichst eng an der Organisation Europas zu beteiligen.

- 356** 28.10. Botschafter von Holleben, Rio de Janeiro, an das Auswärtige Amt S. 1390

Holleben faßt den Inhalt von zwei Gesprächen des Bundesministers Brandt mit dem brasilianischen Außenminister vom 24. und 26. Oktober 1968 zusammen. Magalhães Pinto erklärte, daß eine Annahme der bei der Konferenz der Nichtnukleinstaaten vom 29. August bis 28. September 1968 in Genf getroffenen Beschlüsse den Rückfall in einen Kolonisationszustand bedeute. Das Nichtverbreitungsabkommen verhindere nur die „horizontale“ Weitergabe von Atomwaffen, gebe jedoch keine „vertikale“ Garantie gegen die nukleare Aufrüstung der Atommächte. Der Außenminister äußerte ferner den Wunsch einer Intensivierung der finanziellen, kulturellen, technischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik.

- 357** 29.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatschef Franco in Madrid S. 1395

Franco erinnert an Geschichtsabschnitte, in denen „die beiden Völker eng zusammenstanden“. Die Gesprächspartner stimmen im Rahmen einer umfangreichen Analyse der weltpolitischen Situation in der Beurteilung des expansiven Charakters der sowjetischen Außenpolitik überein. Kiesinger führt aus, er glaube allerdings nicht, daß die UdSSR einen NATO-Mitgliedstaat angreifen werde; wahrscheinlicher sei, daß sie eine kontinuierliche Ausweitung ihres Machtbereichs anstrebe, ohne dabei einen Anlaß für eine militärische Reaktion der NATO zu geben. Franco weist darauf hin, daß das politische System der UdSSR wegen seiner monolithischen Ausrichtung stärker sei als das westliche. Beide ziehen daraus den Schluß, daß alles unternommen werden müsse, um die Kräfte des Westens zu einen.

- 358** 30.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem spanischen Außenminister Castiella auf der Fahrt nach El Escorial S. 1402
- Castiella erläutert die spanische Politik gegenüber den Ostblock-Staaten. Spanien habe seinen Teil zum Versuch einer Entspannung beigetragen. Die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR habe jedoch gezeigt, daß über die Möglichkeit einer „politischen Evolution“ der UdSSR keine Illusionen gehegt werden dürften. Kiesinger legt dar, daß der Ostblock nur an der Oberfläche monolithisch sei und die UdSSR zukünftig in größerem Maße auf militärische Mittel werde zurückgreifen müssen. Castiella bekräftigt, daß Spanien nie gegen eine Beteiligung Großbritanniens an den europäischen Angelegenheiten gewesen sei. Die Einwände des französischen Staatspräsidenten gegen einen britischen EG-Beitritt zeugten von einer „Besessenheit de Gaulles gegen Großbritannien“.
- 359** 30.10. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Lücking S. 1409
- Lücking referiert ein Gespräch mit dem Ersten Sekretär an der amerikanischen Botschaft vom Vortag. Livingston berichtete von Anzeichen einer neuen französischen Gesprächsbereitschaft gegenüber den USA infolge der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Ebenso gebe es plötzlich wieder Aktivitäten Frankreichs im Berlinverkehr, nachdem zuvor monatlang keine Konvois über die Transitstrecken geführt worden seien. Im Hinblick auf die Haltung der französischen Vertreter in der Bonner Vierergruppe riet Livingston zu Geduld. Letzten Endes seien sie doch immer „bei der Stange geblieben“.
- 360** 30.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz S. 1412
- Duckwitz faßt ein Gespräch mit dem amerikanischen Gesandten zusammen. Fessenden führte aus, daß der amerikanischen Regierung an einem nach innen wie nach außen sichtbaren Erfolg der NATO-Ministerratstagung am 15./16. November 1968 gelegen sei. Daher sollten bereits jetzt mit der Bundesrepublik entsprechende Vorbereitungen getroffen werden. Die USA dächten daran, in Brüssel einen Beschuß zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben herbeizuführen. Er äußerte die Hoffnung, daß die Höhe des von der Bundesregierung zu leistenden Beitrags geeignet sei, den Willen zur Stärkung des Bündnisses ersichtlich zu machen. Ferner erwarteten die USA, daß die Bundesregierung Vorschläge zur Stärkung der Verteidigungskraft der Bundeswehr unterbreiten werde.
- 361** 30.10. Botschafter Knoke, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 1415
- Knoke berichtet von einem Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im israelischen Außenministerium am Vortag. Chelouche brachte vor, daß sich sowohl Wirtschaftsunternehmen wie amtliche Stellen in der Bundesrepublik zunehmend von arabischen Boykottdrohungen einschüchtern ließen. Er äußerte den Wunsch, daß die Bundesregierung dagegen mit gesetzgeberischen Maß-

nahmen vorgehe. Knoke bittet dringend, aktiv zur Eindämmung des Boykotts beizutragen, um den Eindruck der Passivität in dieser Angelegenheit zu vermeiden.

- 362** 30.10. Staatssekretär Lahr an Bundesminister Brandt, S. 1417
z. Z. Berlin (West)

Lahr faßt Gespräche mit dem Staatssekretär im französischen Außenministerium, de Lipkowski, sowie Abteilungsleiter Brunet am 29. Oktober 1968 zusammen. De Lipkowski führte aus, daß Frankreich sich durch den Vorschlag des belgischen Außenministers auf der WEU-Ministerratstagung am 21./22. Oktober 1968 in Rom zur Zusammenarbeit mit Großbritannien in der Außen-, Verteidigungs-, Finanz und Forschungspolitik „in eine Falle gelockt“ fühle. Staatspräsident de Gaulle betrachtete das von Harmel vorgeschlagene Gremium zur weiteren Beratung der Vorschläge als eine „Appellationsinstanz gegenüber dem Brüsseler Ministerrat“. Lahr meint, daß es schwer werde, Frankreich von seiner grundsätzlichen Weigerung abzubringen, sich an einer Großbritannien einschließenden europäischen politischen Zusammenarbeit zu beteiligen.

- 363** 31.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 1421

Frank hält den Inhalt eines Gesprächs mit dem französischen Botschafter fest. François Seydoux ersuchte die Bundesregierung, ihre ablehnende Haltung zur Erteilung eines TTD an den Stellvertretenden Minister für das Post- und Fernmeldewesen der DDR, Probst, aufzugeben. Dessen Verhandlungen in Paris über die Einführung des französischen Farbfernsehsystems in der DDR hätten weitgehend technischen Charakter. Frank entgegnete, daß es sich hier um eine grundlegende Frage der Solidarität zwischen Frankreich und der Bundesrepublik handle. Angesichts der Bedeutung, die dem Empfang von Sendungen aus der Bundesrepublik in der DDR als Brücke zur dortigen Bevölkerung zukomme, hielte er es für angemessener, wenn Frankreich ebenfalls darum bemühen würde, die DDR „zur Übernahme des deutschen Systems zu veranlassen“.

- 364** 06.11. Legationsrat I. Klasse Mez, Khartum, an S. 1424
Staatssekretär Duckwitz

Mez berichtet von einem Gespräch mit dem stellvertretenden sudanesischen Generalstabschef am 4. November 1968. Idres wies darauf hin, daß die Verlegung des Dienstsitzes des stellvertretenden Militärrattachés der Bundesrepublik von Khartum nach Addis Abeba einen negativen Eindruck hinterlassen habe. Er bat ferner, die Bundesregierung möge ihre Entscheidung überdenken, erst nach einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen die bereits vereinbarte Lieferung von Funkmaterial durchzuführen. Unter Hinweis auf verstärkte „Infiltrationsanstrengungen“ des Ostblocks plädiert Mez für rasche Hilfe seitens der Bundesrepublik.

- 365** 06.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1426
- Ruete analysiert die Reaktionen der UdSSR und der DDR auf die jüngsten Veranstaltungen in Berlin (West). Nach lautstarken Protesten sei nun eine Beruhigung eingetreten. Parallel dazu bestätigten vertrauliche Kontakte, daß faktisch nichts gegen Berlin (West) und seine Zufahrtswege unternommen werde. Ruete empfiehlt, in der Öffentlichkeit deshalb jetzt kein „Siegesgeheul“ anzustimmen, sondern erneut die Bereitschaft der Bundesregierung zur Entspannung der Situation in Berlin (West) zu bekunden. Zudem solle vor Bekanntgabe des Ortes der Bundesversammlung das Ergebnis der Gespräche des Bundesministers Brandt mit den Außenministern der Drei Mächte, Debré, Rusk und Stewart, am 14. November 1968 in Brüssel abgewartet werden.
- 366** 06.11. Botschafter Sachs, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 1429
- Sachs faßt die Erörterung der Beitrittsanträge auf der Tagung des EG-Ministerrats vom 4./5. November 1968 zusammen. Der französische Außenminister Debré präzisierte die Vorstellungen von handelspolitischen Arrangements und einer technologischen Zusammenarbeit, die auch weiteren Staaten offenstehen müßten. Bundesminister Brandt äußerte dagegen den Wunsch, zunächst Vereinbarungen mit Dänemark, Großbritannien, Irland und Norwegen zu treffen; zudem befürworte die Bundesregierung größere Zollsenkungen. Der niederländische Außenminister Luns bedauerte, daß Frankreich nicht auch den Gedanken der Konsultationen aufgegriffen habe. Die Minister kamen überein, die Ständigen Vertreter mit der Prüfung der vorliegenden Vorschläge, insbesondere bezüglich des handelspolitischen Arrangements und der technologischen Zusammenarbeit, zu beauftragen.
- 367** 08.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Berger S. 1434
- Berger macht auf Bemühungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit aufmerksam, in verstärktem Maße Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Beziehungen zu Staaten der Dritten Welt zu erhalten. Insbesondere durch die Forderung nach Teilnahme an Staatsbesuchen werde versucht, in den Aufgabenbereich des Auswärtigen Amts einzudringen. Es müsse dafür gesorgt werden, daß alle außenpolitischen Belange, auch auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik, ausschließlich dem Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts vorbehalten blieben.
- 368** 08.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 1436
- Frank analysiert die Neuorientierung der französischen Politik gegenüber den USA, die vermutlich durch die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR ausgelöst worden sei. Ziel der französischen Regierung sei es nun, zu einer Abstimmung der französischen Nuklearstrategie mit der ameri-

kanischen zu gelangen. Aus dem Wiederannäherungsversuch des Staatspräsidenten de Gaulle ergäben sich aber auch europapolitische Probleme für die Bundesregierung. Das von ihr befürwortete handelspolitische Arrangement mit den EG-Beitrittskandidaten diskriminiere die USA. Es müsse deshalb glaubhaft gemacht werden, daß es Teil umfassenderer europäischer Einigungsbemühungen sei, welche die politische Zusammenarbeit mit Großbritannien und die Herausbildung eines europäischen Kerns in der NATO einschließe. Falls die amerikanische Regierung auf französische Vorschläge zur Herstellung eines „präferentiellen Bilateralismus“ einging, könne die gesamte Europakonzeption der Bundesregierung in schwere Gefahr geraten.

- 369** 08.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 1440

Frank resümiert die Äußerungen zur Deutschlandfrage während der UNO-Generalversammlung in New York vom 2. bis 28. Oktober 1968. Infolge der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR habe die Unterstützung der Position der Bundesregierung im Vergleich zum Vorjahr wieder zugenommen. Allerdings konzentriere sich diese positive Entwicklung zumeist auf die NATO-Partner, während das deutschlandpolitische Interesse in den von den Spannungen unberührten Staaten nicht gewachsen sei. Frank empfiehlt, durch verstärkte eigene Anteilnahme an weltweiten wie auch regionalen Fragen die Grundlage dafür zu schaffen, daß die Position der Bundesregierung in der Deutschlandfrage in Zukunft auch von anderen UNO-Mitgliedstaaten unterstützt werde.

- 370** 12.11. Staatssekretär Duckwitz an die Botschaft in Moskau S. 1445

Duckwitz übermittelt Instruktionen für die Fortsetzung der Gespräche mit der sowjetischen Regierung. Auch die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR habe nicht die Notwendigkeit verändert, nach Wegen der Entkrampfung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR zu suchen. Der Staatssekretär bittet die Botschaft, die sowjetische Bereitschaft zu Verhandlungen u.a. über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen, über die kulturelle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, über den Abschluß eines Handels- und eines Luftverkehrsabkommens sowie über die Zulassung von Konsulaten zu sondieren.

- 371** 12.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Botschafter Cabot Lodge S. 1451

Kiesinger teilt zu seinem Besuch in Spanien vom 28. bis 30. Oktober 1968 mit, daß er das Interesse der Bundesregierung an einer Verlängerung des spanisch-amerikanischen Stützpunkte-Abkommens vom 26. September 1953 zum Ausdruck gebracht habe. Er weist dann auf Informationen hin, denenzufolge die Volkskammer der DDR am 15. November 1968 erneut

über den Zugang nach Berlin (West) beraten werde. Es stelle sich die Frage, ob die UdSSR nicht durch die Drei Mächte eine Warnung erhalten sollten, da dies einen Eingriff in alliierte Rechte bedeute.

- 372 13.11. Ministerialdirektor Ruete, z.Z. Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1455

Ruete faßt ein Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem amerikanischen Außenminister zusammen. Rusk teilte mit, daß der sowjetische Botschafter in Washington, Dobrynin, umgehend auf mögliche neue Behinderungen des Zugangs nach Berlin (West) angesprochen werden solle. Brandt hob die psychologische Bedeutung der Kandidatur von Berlin (West) für die Ausrichtung der Jahrestagung 1970 von Weltbank und Internationalem Währungsfonds hervor und fragte nach dem endgültigen Standpunkt der Drei Mächte zur Durchführung der Bundesversammlung in der Stadt. Rusk beurteilte die Aussichten für die Weltbanktagung als „nicht gut“. Eine Verlegung der Bundesversammlung an einen anderen Ort halte er für problematisch. Die UdSSR suche derzeit überall nach Schwächemomenten des Westens; die Bundesrepublik sollte deshalb nicht nachgeben.

- 373 14.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Caspari S. 1458

Caspari legt dar, daß die Regierung der Arabischen Republik Jemen über die italienische Botschaft in Taiz anfragen lassen habe, wie die Bundesregierung auf einen formellen Vorschlag zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen reagieren würde. Er weist darauf hin, daß es die Bundesregierung angesichts des „Schwebezustands“ zwischen Royalisten und Republikanern bislang vermieden habe, sich für eine der Bürgerkriegsparteien zu entscheiden. Werde jedoch ein offizielles jemenitisches Angebot vorgelegt, so sollte die Bundesregierung aus Gründen der Glaubwürdigkeit gegenüber den arabischen Staaten der Aufnahme von Verhandlungen zustimmen.

- 374 14.11. Ministerialdirektor Ruete, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1460

Ruete berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem kanadischen Außenminister. Sharp führte aus, daß Kanada seine Außen- und Verteidigungspolitik von Grund auf überprüfe. Trotz einer möglichen Reduzierung des kanadischen Beitrags stehe jedoch ein Rückzug aus der NATO nicht zur Debatte. Weitere Gesprächsthemen waren die Beziehungen zu Lateinamerika und zur Volksrepublik China sowie die Situation in Biafra. Abschließend vereinbarten beide Seiten einen regelmäßigen Meinungsaustausch über Fragen der technologischen Zusammenarbeit.

- 375** 14.11. Ministerialdirektor Ruete, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1463
- Ruete informiert über ein Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem amerikanischen Außenminister am Vortag. Rusk brachte mit Nachdruck Bedenken gegen den Plan eines handelspolitischen Arrangements mit den EG-Beitrittskandidaten vor. Der Bundesminister stellte klar, daß dabei lediglich an eine Übergangslösung auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft gedacht werde. Rusk hob hervor, daß das angestrebte Arrangement ein vertragliches Präferenzsystem darstelle, von dem die USA ausgeschlossen seien. Für ein solches Opfer gebe es aber kein politisches Äquivalent. Auf die Bemerkung von Brandt, es gehe zunächst darum, Großbritannien wenigstens „an den Tisch“ zu bekommen, reagierte der amerikanische Außenminister mit der Feststellung, „es dürfe nicht ein Tisch sein, an dem gegen die USA konspiriert werde“.
- 376** 15.11. Staatssekretär Duckwitz, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1466
- Duckwitz gibt den Inhalt eines Gesprächs des Bundesministers Brandt mit dem türkischen Außenminister wieder, das am Vortag standfand. Çaglayangil unterstrich die Bedeutung einer engen militärischen Zusammenarbeit beider Staaten. Er äußerte den Wunsch nach einer Fortsetzung der Verteidigungshilfe aus der Bundesrepublik. Çaglayangil bat ferner darum, die wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei sowie ihre Bemühungen um eine Assoziiierung mit den Europäischen Gemeinschaften zu unterstützen.
- 377** 15.11. Ministerialdirektor Ruete, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1468
- Ruete referiert ein Gespräch des Bundesministers Brandt mit den Außenministern der Drei Mächte, Debré (Frankreich), Rusk (USA) und Stewart (Großbritannien) vom Vortag. Im Mittelpunkt standen die geplante Bundesversammlung in Berlin (West), die Einsetzung einer deutsch-deutschen Kommission zur Regelung des Berlin-Verkehrs, die Eventualfallplanung zum Schutz der Zufahrtswägen nach Berlin (West) sowie dessen Bewerbung als Tagungsort für die Jahrestagung 1970 von Weltbank und Internationalem Währungsfond.
- 378** 15.11. Runderlaß des Ministerialdirektors Frank S. 1475
- Frank faßt Gespräche des Bundeskanzlers mit der belgischen Regierung am 13./14. November 1968 in Brüssel zusammen. Kiesinger begrüßte die Vorschläge des belgischen Außenministers Harmel zur Verstärkung der europäischen Zusammenarbeit. Die Schaffung neuer Institutionen außerhalb der WEU lehnte er jedoch ab. Ministerpräsident Eyskens stimmte mit dem Bundeskanzler überein, daß Frankreich Gelegenheit zu einer dauerhaften Mitarbeit erhalten müsse. Hinsichtlich der Situation in Osteuropa machte er auf die Bedrohung der Bun-

desrepublik durch die Gefahr weiterer sowjetischer Interventionen in deren „Glacis-Bereich“ aufmerksam. Beide Seiten haben die Notwendigkeit hervor, auch in der Ostpolitik eine gemeinsame Haltung zu entwickeln und dabei ein entspanntes Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten anzustreben.

- 379** 16.11. Botschaftsrat I. Klasse Lahn, Kairo, an das Auswärtige Amt S. 1478

Lahn informiert über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im ägyptischen Außenministerium. Ghaleb zeigte sich zuversichtlich hinsichtlich der Weiterentwicklung des bilateralen Verhältnisses. Allerdings sei die volle Normalisierung derzeit noch in weiter Ferne. Der politische Handlungsspielraum der ägyptischen Regierung sei weitgehend eingeschränkt. Die Bundesregierung solle deshalb Verständnis dafür haben, daß die VAR in dieser Situation ebenfalls ein gutes Verhältnis zur DDR suchen müsse.

- 380** 18.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1479

Ruete analysiert politische Aspekte des Interzonenhandels. In Gesprächen seien der DDR Vorschläge für eine Verbesserung des innerdeutschen Handels unterbreitet worden, darunter Ausgleichszahlungen für die Erhöhung der Mineralölsteuer durch die Bundesregierung, Aufhebung der jährlichen Kostensaldierung und Erhöhung des Swing. Im Gesamtdeutschen Ausschuß habe Bundesminister Schiller am 15. November 1968 für eine offensive Interzonenhandelspolitik der Stärke plädiert, um einen Anteil der Bundesrepublik von 10 % am DDR-Außenhandel zu erreichen. Ruete weist darauf hin, daß Konzessionen im Interzonenhandel nicht isoliert stehen dürften. Vielmehr müßten sie im Dienst des gesamten Wirtschaftsverkehrs zwischen der Bundesrepublik, Berlin (West) und der DDR stehen.

- 381** 18.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 1484

Mit Blick auf die internationale Währungskrise untersucht Harkort die Konsequenzen einer möglichen Aufwertung der DM. Ein solcher Schritt trüge dazu bei, die derzeitigen Handels- und Zahlungsbilanzschwierigkeiten vieler Industriestaaten zu verbessern und die dort zu verzeichnende Devisenflucht in die Bundesrepublik zu stoppen. Unter außenpolitischen Gesichtspunkten beständen daher keine Bedenken gegen eine Aufwertung. Auch gesamtwirtschaftliche Überlegungen, etwa ein Anstieg des Preisniveaus in der Bundesrepublik, sprächen für eine DM-Aufwertung. Allerdings könnte der Schock einer Aufwertung den mühsam in Gang gebrachten Aufschwung gefährden. Aus diesem Grund erwäge die Bundesregierung einen Kompromiß in Form von Steuerentlastungen für die Einfuhr sowie Belastungen der Ausfuhr.

-
- 382 18.11. Runderlaß des Ministerialdirektors Ruete S. 1488

Ruete zieht eine Bilanz der NATO-Ministerratstagung vom 14. bis 16. November 1968 in Brüssel. Das Kommuniqué unterstreiche die Entschlossenheit des Bündnisses, weiteren sowjetischen Übergriffen entgegenzutreten. Entsprechende Signale seien jedoch mit dem Angebot einer Fortsetzung der Entspannungspolitik verbunden worden. Umstritten seien jene Teile des Kommuniqués gewesen, in denen darauf hingewiesen werde, daß eine sowjetische Intervention in Staaten vor allem der südost-europäischen Peripherie eine indirekte Bedrohung der Allianz darstelle. Der amerikanische Außenminister Rusk habe dazu erklärt, daß jeder Übergriff auf Berlin oder einen Bündnispartner Krieg bedeute, ein Übergriff auf Österreich oder Jugoslawien direkt die Sicherheitsinteressen der NATO berühre und ein bewaffnetes Eingreifen in Rumänien zu einer sehr ernsten Krise führen würde. Bundesminister Brandt habe darauf hin gewiesen, daß zugleich nach Ansätzen für die Schaffung eines sicherheits- und friedensbewahrenden Systems für ganz Europa gesucht werden müsse.

- 383 18.11. Deutsch-amerikanische Regierungsbesprechung S. 1493

Der amerikanische Finanzminister übermittelt Bundeskanzler Kiesinger eine Botschaft des Präsidenten Johnson. Fowler erläutert dazu, es müsse unter allen Umständen verhindert werden, daß Frankreich eine einseitige Abwertung des Franc vornehme mit der Begründung, daß die Bundesregierung eine Aufwertung der DM ablehne. Sonst könnte das gesamte Währungsgefüge ins Wanken kommen. Johnson bitte Kiesinger, in dieser Angelegenheit unverzüglich mit Staatspräsident de Gaulle Verbindung aufzunehmen. Bundesminister Schiller lehnt eine Aufwertung der DM ab. Er schlägt stattdessen verbesserte Kreditmöglichkeiten für Frankreich sowie steuerliche Maßnahmen in der Bundesrepublik vor. Die amerikanischen Gesprächspartner äußern Zweifel an der Wirksamkeit dieser Maßnahmen.

- 384 19.11. Botschafter Böker, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 1495

Böker berichtet über ein Gespräch mit dem Rechtsberater der Vereinten Nationen zur Regelung der Beitrags- und Depositarfürge der geplanten Wiener Vertragsrechtskonvention. Stavropoulos meinte, daß die „Wiener Formel“ zwar die beste Lösung sei, bei einer Abstimmung aber nicht die nötige Zweidrittelmehrheit erhalten werde. Da auch die von den Ostblockstaaten favorisierte All-Staaten-Klausel nicht mehrheitsfähig sei, habe er eine Kompromißformel erarbeitet. Diese sehe die USA, die UdSSR und Österreich als Erstdepositare und die UNO als Enddepositar für die Ratifikationsurkunden vor. Böker erläuterte die Bedenken der Bundesregierung und bat darum, nicht durch das Propagieren von Kompromißvorschlägen das Terrain weiter aufzuweichen.

- 385** 20.11. Botschafter Blankenhorn, London, an Bundesminister Brandt S. 1498

Blankenhorn berichtet, der britische Premierminister Wilson habe ihn um 0.30 Uhr einbestellt, um ihm mitzuteilen, daß die steuerlichen Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Währungskrise „völlig unzureichend“ und unverantwortlich seien. Da es keine wirksame Verteidigung ohne adäquate wirtschaftliche Grundlagen gebe, sehe sich Großbritannien zu einer grundlegenden Überprüfung der militärischen Verpflichtungen gezwungen. Auch Schatzkanzler Jenkins habe darauf aufmerksam gemacht, daß Großbritannien im Falle eines Scheiterns der bevorstehenden Konferenz der Zehnergruppe in Bonn einen gleitenden Wechselkurs des Pfunds einführen und in der Folge eine „tragische Neubewertung“ der militärischen Verantwortlichkeiten vornehmen müsse. Auf der Konferenz werde es darum gehen, die DM aufzuwerten, den Franc abzuwerten und die übrigen Wechselkurse stabil zu halten.

- 386** 21.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 1500

Harkort analysiert erneut die Währungskrise aus außenpolitischer Sicht. Angesichts der wirtschaftspolitischen Situation und des außenpolitischen Drucks müsse gehandelt werden. Nach wie vor seien steuerliche Maßnahmen einer Aufwertung der DM vorzuziehen. Die Möglichkeit, eine Aufwertung als Tauschobjekt in die Währungsgespräche einzubringen und von den anderen Regierungen Konzessionen etwa in der Europapolitik und beim Devisenausgleich einzuhandeln, sei ungeeignet. Harkort kommt zu dem Schluß, daß die Auswirkungen der Entscheidung gegen eine DM-Aufwertung auf die außen- und sicherheitspolitische Position der Bundesrepublik zwar noch nicht abzusehen seien. Bei ruhigerer Überlegung würden sich aber auch die anderen Regierungen daran erinnern, daß die Bundesregierung nicht die Hauptschuld an der Labilität des Währungssystems trage.

- 387** 22.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1504

Ruete spricht sich gegen einen Vorschlag des Ministerialdirektors Bahr aus, im Rahmen der Gespräche mit der UdSSR ein Treffen des Staatssekretärs Duckwitz mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Semjonow an einem neutralen Ort anzustreben. Ein Treffen auf dieser Ebene würde auf sowjetischer Seite zu großen Erwartungen wecken. Lehne die UdSSR einen solchen Vorschlag ab, wäre zudem eine Stagnation der Gespräche unvermeidlich. Schließlich würde die Position des Botschafters der Bundesrepublik in Moskau als Gesprächspartner beeinträchtigt. Ruete schlägt daher vor, die Gewaltverzichtsgespräche durch Botschafter Allardt fortzusetzen.

- 388 22.11. Staatssekretär Duckwitz, z.Z. New York, an Bundesminister Brandt S. 1507
- Duckwitz berichtet über ein Gespräch mit dem Gouverneur des Staates New York, Rockefeller, und dessen außenpolitischem Berater, Kissinger. Beide zeigten Verständnis für die ablehnende Haltung der Bundesregierung zur Aufwertung der DM, äußerten jedoch die Befürchtung, daß sich Staatspräsident de Gaulle aus Prestigegründen einer wirksamen Abwertung des Franc widersetzen werde. Duckwitz versicherte, die Bundesrepublik habe nicht den Ehrgeiz, die führende Rolle in Europa zu spielen.
- 389 25.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Berger S. 1509
- Berger analysiert die Tagung der Zehnergruppe vom 20. bis 22. November 1968 in Bonn. Wie seit langem nicht mehr habe sich die Bundesrepublik einer Phalanx der drei Alliierten gegenüber gesehen. Das Standhalten der Bundesregierung gegenüber dem Druck nach einer Aufwertung der DM habe deshalb auch eine große politische Tragweite. Die Tatsache, daß eine europäische Währungskrise nur in weltweitem Rahmen einer Lösung habe zugeführt werden können, habe den Rückstand der Europäischen Gemeinschaften auf ihrem angestrebten Weg zu einer Wirtschafts- und Währungsunion deutlich gemacht. Berger äußert die Vermutung, daß künftig der politische Druck auf die Bundesrepublik wachsen werde, durch verstärkte finanzielle Leistungen zur Lösung akuter währungspolitischer Probleme beizutragen und an der Schaffung einer verbesserten Währungsordnung mitzuwirken.
- 390 25.11. Bundesminister Wehner an Bundesminister Brandt S. 1515
- Wehner äußert sich zu Differenzen zwischen den Ressorts bezüglich der Reaktion auf den Beschuß des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), die DDR künftig an Olympischen Spielen mit eigener Flagge und Hymne teilnehmen zu lassen. Die unterschiedlichen Auffassungen der Bundesministerien müßten überwunden und die Spiele 1972 in München in jedem Fall gesichert werden. Deshalb solle die Bundesregierung dem IOC die gewünschte Bestätigung geben, daß die Spiele nach dessen Regeln durchgeführt würden. Auch aus Sicht des Auswärtigen Amtes könne es nicht das Anliegen des Rechtsstandpunktes der Bundesregierung sein, die Bevölkerung „im andern Teil Deutschlands vom internationalen Leben unterhalb der Anerkennungsebene“ auszuschalten.
- 391 25.11. Botschafter Schnippenkötter, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1518
- Schnippenkötter regt an, wegen des bevorstehenden Ratifikationsverfahrens zum Nichtverbreitungsabkommen im amerikanischen Senat bei den USA nochmals die Interessen der Bundesrepublik zur Geltung zu bringen. Eine solche Initiative müsse Teil einer langfristigen Friedenspolitik sein. Angespro-

- chen werden sollten u.a. die uneingeschränkte Geltung des Gewaltverzichts zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik, die Einbeziehung von Berlin (West) in ein Friedenssystem sowie eventuelle Sicherheitsgarantien für die Bundesrepublik.
- 392** 26.11. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1520
- Grewe kommentiert Äußerungen von Vertretern der Drei Mächte zur Gültigkeit der Artikel 53 und 107 der UNO-Charta. Er erachtet deren Argument, mit einer Ungültigkeitserklärung dieser Artikel setzten sie sich dem Vorwurf aus, den Boden der Charta zu verlassen, als wenig überzeugend. Offenbar wollten sich die Drei Mächte „alle rechtlichen Möglichkeiten“ offenhalten. Ähnlich verhalte es sich mit der von ihnen vertretenen Ansicht, Artikel 2 des Deutschlandvertrags von 1954 enthalte zumindest potentiell ein Recht zur Ausübung von Zwang. Der Botschafter empfiehlt, die Souveränitätsrechte der Bundesrepublik klarzustellen.
- 393** 27.11. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1523
- Knappstein berichtet über vermehrte Kontakte zwischen den USA und der UdSSR, die auf einen baldigen Beginn von Gesprächen über eine Begrenzung der strategischen Waffen (SALT) hindeuteten. Er rät davon ab, in diesem frühen Stadium auf hoher Ebene Erkundigungen einzuziehen, zumal die amerikanische Regierung bereits mehrfach die Bereitschaft zur rechtzeitigen Unterrichtung der Verbündeten erklärt habe.
- 394** 28.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1524
- Ruete nimmt Stellung zum Vorschlag, die Bundesversammlung wegen der Beteiligung von NPD-Abgeordneten an einen anderen Ort zu verlegen und den Bundespräsidenten in Berlin (West) nur den Amtseid ableisten zu lassen. Dagegen spräche, daß die Drei Mächte grundsätzlich gegen eine Änderung des Status quo seien. Zudem wäre der Protest der UdSSR gegen diese Lösung vermutlich nicht geringer. Der Gedanke, die Bundesversammlung abwechselnd in den Hauptstädten der Länder abzuhalten, breche mit der Tradition, da Berlin (West) erst wieder in 55 Jahren Veranstaltungsort wäre.
- 395** 28.11. Aufzeichnung des Legationsrats Scholz S. 1526
- Scholz hält die wesentlichen Punkte aus Gesprächen mit Kardinal Bengsch am 24. und 25. November 1968 fest. Der Bischof von Berlin bekräftigte, daß er keine Änderung der bisherigen Praxis anstrebe, die in der DDR liegenden Teile von Diözesen der Bundesrepublik kommissarisch zu verwalten. Er berichtete ferner, daß in jüngster Zeit die „abstinente“ Haltung der katholischen Kirche in der DDR gegenüber der SED in Frage gestellt würde, z.B. durch den Wunsch junger Katholiken, in die Gesellschaft einbezogen zu werden. Zur Entspannungspolitik

meinte Bengsch, daß sich ein Verhandlungsspielraum vor allem aus dem Streben der DDR nach Prestigegewinn und finanziellen Zugeständnissen ergebe. Abschließend betonte der Kardinal die Bedeutung von Fernsehen und Rundfunk der Bundesrepublik als einziger Nachrichtenquelle für die Bevölkerung der DDR.

- 396** 29.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem französischen Botschafter François Seydoux S. 1530

Seydoux bedauert, daß es ihm am Wochenende des 9./10. November 1968 nicht gelungen sei, dem Bundeskanzler ein wichtiges Schreiben des Ministerpräsidenten Couve de Murville zur Währungskrise zu übergeben. Der Bundeskanzler erklärt, daß die Bundesregierung eine Aufwertung politisch nicht hätte durchstehen können. Er beklagt die grundsätzlichen Abstimmungsprobleme beider Regierungen und erklärt, er sei erschrocken, „wie solche Sachen schief laufen könnten“. Der Botschafter meint, daß für viele Franzosen Deutschland wieder eine Sorge darstelle.

- 397** 29.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 1539

Harkort faßt die Position der Bundesregierung bei den bevorstehenden Luftverkehrsverhandlungen mit der UdSSR zusammen. Zwar dürfte diesmal eine Einigung über die Streckenführung Moskau-Eger-Frankfurt/Main erzielt werden. Es sei jedoch bekanntgeworden, daß die sowjetische Regierung ihre Fluglinie Moskau-Berlin-Schönefeld nach Paris unter Benutzung einer Luftstraße außerhalb der Korridore verlängern wolle. Verhandlungsziel sei es daher, ein Junktum zwischen beiden Streckenführungen zu verhindern. Dazu könne darauf hingewiesen werden, daß ein entsprechender Antrag auf Überflug des Bundesgebietes einer langwierigen Prüfung bedürfe, die während der Verhandlungen nicht abgeschlossen werden könne.

- 398** 29.11. Botschafter Böker, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 1542

Böker nimmt Stellung zu amerikanischen Äußerungen über die geplante Wiener Vertragsrechtskonvention. Offensichtlich seien die USA in der Beitritts- und Depositarfrage kompromißbereit. Jeder für die UdSSR annehmbare Kompromiß bedeute aber die Schaffung einseitiger Beitrittsmöglichkeiten für „umstrittene Gebietseinheiten“, also auch für die DDR. Am ehesten könne der UdSSR noch hinsichtlich des Artikels 5 über den Beitritt zu bereits bestehenden völkerrechtlichen Verträgen Entgegenkommen gezeigt werden. Zur Verhinderung einer All-Staaten-Klausel empfehle sich ferner eine Behandlung der Schlußklauseln im „Committee of the Whole“, welches mit einfacher Mehrheit entscheide.

- 399** 02.12. Aufzeichnung des Bundeskanzlers Kiesinger S. 1546
Kiesinger faßt ein Gespräch mit Bundesminister Brandt zusammen. Hauptthema war die Belastung der Beziehungen zu Frankreich und Großbritannien. Hinsichtlich der künftigen Politik gegenüber Frankreich solle die Formel gelten, daß es im bilateralen Verhältnis keine Änderungen geben werde, aber „jede Besserung französischer Beziehungen zu anderen Mächten, insbesondere zu USA und Großbritannien“, erwünscht sei. Kiesinger sprach sich gegen eine öffentliche Stellungnahme zum Nichtverbreitungsabkommen im jetzigen Zeitpunkt aus.
- 400** 03.12. Ministerialdirektor Ruete an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 1549
Ruete informiert über die Haltung der Bundesregierung zu einer möglichen Lockerung der Beschränkungen im Kontakt mit den an der Intervention in der ČSSR beteiligten Staaten des Warschauer Pakts. Es bestehe die Bereitschaft, eine entsprechende Initiative der USA zu unterstützen. Zum einen seien die Truppen der Staaten des Warschauer Pakts aus der ČSSR abgezogen und der weitere Aufenthalt sowjetischer Streitkräfte durch das Abkommen vom 16. Oktober 1968 über die Truppenstationierung wenigstens scheinbar legitimiert worden. Zum anderen müsse die Politik des „Brückenschlags zum Osten“ fortgesetzt werden.
- 401** 04.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem ehemaligen britischen Außenminister Brown S. 1551
Brown führt aus, daß im Hinblick auf die europäische Einigung eine gewisse Institutionalisierung politischer Gespräche nötig sei, wie sie der belgische Außenminister Harmel auf der WEU-Ministerratstagung vom 21./22. Oktober 1968 vorgeschlagen habe – möglichst ohne mit Frankreich in Konflikt zu geraten. Er denke an eine Institution, die für alle offenkundige und später in den Gemeinschaften aufgehen sollte. Kiesinger stimmt prinzipiell zu, weist jedoch darauf hin, daß auf Frankreich letztlich nicht verzichtet werden könne, denn „Europa lasse sich ohne Frankreich nicht bauen“.
- 402** 05.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1555
Ruete befaßt sich mit dem für Mitte Dezember geplanten Besuch des NATO-Generalsekretärs Brosio in Berlin (West). Angesichts der Rechtslage sowie der bevorstehenden Entscheidung über die Abhaltung der Bundesversammlung sei der Zeitpunkt nicht günstig. Dennoch hätte die Reise wegen des fortgeschrittenen Stands der Planungen stattfinden sollen. Jedoch seien von französischer Seite Bedenken erhoben worden. Ruete schlägt daher vor, sich mit den Drei Mächten auf die Formel zu einigen, daß ein Aufenthalt des NATO-Generalsekretärs in Berlin (West) „gegenwärtig nicht opportun“ sei.

- 403** 06.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem jugoslawischen Botschafter Čačinović S. 1559
- Der Botschafter hebt die positive Entwicklung seit der Wiederaufnahme diplomatischen Beziehungen vor zehn Monaten hervor. Lediglich über die Entschädigungsfragen sowie die Aktivitäten jugoslawischer Emigranten in der Bundesrepublik müsse noch gesprochen werden. Er weist ferner darauf hin, daß Jugoslawien aufgrund der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR zu erheblichen Aufwendungen im Verteidigungsbereich gezwungen gewesen sei. Für Kredite zur Überbrückung der entstandenen Zahlungsbilanzschwierigkeiten wäre die jugoslawische Regierung daher dankbar.
- 404** 06.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Behrends S. 1563
- Behrends referiert den Sachstand bezüglich des Baus von vier 900-Tonnen-U-Booten für Griechenland durch die Howaldt-Werft. Nachdem ursprünglich geplant gewesen sei, U-Boot-Teile zur Montage in Griechenland zu liefern, halte der Hersteller mittlerweile eine Fertigstellung der U-Boote in Kiel für günstiger, da die notwendigen Erprobungen dort leichter durchzuführen wären. SACEUR sei von griechischer Seite bereits gebeten worden, einen gemäß WEU-Vertrag von 1954 zu stellenden Antrag der Bundesrepublik auf Ausnahmeregelung von den Rüstungsbeschränkungen zu befürworten.
- 405** 10.12. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Debré in Brüssel S. 1565
- Die Gesprächspartner bedauern die „Kette von Irrtümern und Unterlassungen“ zwischen der Bundesrepublik und Frankreich während der Währungskrise. Auf die Frage von Brandt nach der französischen Haltung zur kommenden WEU-Ministerratstagung in Luxemburg und zum Problem obligatorischer Konzultationen äußert Debré sich zurückhaltend. Er erläutert ferner die Einwände gegen einen Besuch des NATO-Generalsekretärs Brosio in Berlin (West). Die UdSSR dürfe nicht den Eindruck gewinnen, daß sich die NATO dort verantwortlich fühle. Auch die französischen Bedenken gegen eine Einberufung der Bundesversammlung nach Berlin (West) blieben unverändert.
- 406** 10.12. Aufzeichnung des Legationsrats Henze, z. Z. Rio de Janeiro S. 1570
- Henze gibt den Inhalt eines Gesprächs des Staatssekretärs Duckwitz mit dem Generalsekretär im brasilianischen Außenministerium wieder. Gibson Barbosa zeigte Interesse an einer wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik. Er erläuterte, daß Brasilien dem Nichtverbreitungsabkommen skeptisch gegenüberstehe, da es besonders an einer Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke interessiert sei. Duckwitz wies darauf hin, daß auch die Bundesregierung Bedenken habe, da die Kontrollfrage noch nicht gelöst sei.

- 407** 10.12. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1572

Grewe berichtet über die Absicht, im Ständigen NATO-Rat die unterschiedliche Haltung der UdSSR zu einzelnen NATO-Staaten zu erörtern. So stehe die „aggressive Sprache“ gegenüber Großbritannien im Gegensatz zu den sowjetischen Bemühungen um die USA und Frankreich. Er selbst wolle dazu ausführen, daß es Ziel der sowjetischen Politik sei, die nach der Intervention in der ČSSR gezeigte Geschlossenheit der NATO-Staaten zu schwächen und die „internationale Respektabilität“ wiederzugewinnen. Er werde zudem die politischen Hintergründe der Vereinbarungen mit der DDR vom 6. Dezember 1968 über den Interzonenhandel erläutern.

- 408** 11.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 1575

Bahr informiert Bundesminister Brandt über seine Ost-Kontakte als Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin von 1960 bis 1966 bzw. seit seinem Eintritt in das Auswärtige Amt 1966. Häufige Kontakte habe er zum Zweiten Sekretär an der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin, Belezkij, unterhalten, über den 1966 die Gespräche des Regierenden Bürgermeisters Brandt mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, und auch deren Unterredung vom 18. Juni 1968 angebahnt worden seien. Zu Vertretern der SED habe er so gut wie keine Kontakte gehabt, mit Ausnahme von Gesprächen im April und Oktober 1967.

- 409** 11.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse van Well S. 1580

Van Well faßt ein Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der tschechoslowakischen Handelsvertretung zusammen. Šimáček erläuterte zunächst die tschechoslowakische Deutschlandpolitik, die den „Wunsch des deutschen Volkes nach Einheit“ im Blick habe. Er führte aus, daß sich die DDR hinsichtlich einer Einbeziehung von Berlin (West) in die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Ostblockstaaten „äußerst nervös und hart“ gebärde, was seine Regierung allerdings nicht beirren werde. Generell plädierte er weiterhin für ein pragmatisches Vorgehen in Einzelbereichen der bilateralen Zusammenarbeit.

- 410** 11.12. Aufzeichnung des Botschafters Allardt, Moskau S. 1582

Allardt informiert über eine Unterredung mit dem sowjetischen Außenminister. Er übermittelte zunächst das – an den Meinungsaustausch zwischen Gromyko und Bundesminister Brandt in New York anknüpfende – Gesprächsangebot der Bundesregierung. Gromyko erkundigte sich daraufhin nach den Modalitäten solcher Gespräche. Allerdings stehe noch die Antwort der Bundesregierung auf die sowjetische Note vom 5. Juli 1968 über einen Gewaltverzicht aus. Zur Anregung von Allardt, das Paket der darin enthaltenen Vorschläge aufzuschnüren, bemerk-

- te er, daß einzelne Teile miteinander verbunden seien, weil dies die reale Lage widerspiegeln. Diese müsse von der Bundesregierung mehr als bisher berücksichtigt werden.
- 411** 12.12. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Vogeler, Bangkok S. 1589
- Vogeler berichtet über Gespräche in Vientiane. Nachdem er zunächst dem amerikanischen Botschaftsrat Hurwitch die Gründe erläutert habe, die gegen einen Beitritt der Bundesrepublik zum Währungsstabilisierungsfonds für Laos sprächen, habe auch der laotische Finanzminister dieses Thema angeschnitten. Sisouk Na Champassak habe auf die politische Bedeutung der Währungsstabilität hingewiesen, zumal mit wachsendem Druck auf die laotische Regierung – von außen durch die UdSSR und von innen durch die Kommunisten – zu rechnen sei; dann könne auch die Zulassung einer Vertretung der DDR nicht ausgeschlossen werden. Ministerpräsident Souvanna Phouma habe sich nach Möglichkeiten zusätzlicher Hilfe seitens der Bundesrepublik erkundigt.
- 412** 13.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1596
- Ruete faßt ein Gespräch mit dem neuen Leiter der ungarischen Handelsvertretung in Köln zusammen. Hamburger betonte den Wunsch, die passive Zahlungsbilanz gegenüber der Bundesrepublik zu verbessern, und bat um Entgegenkommen bei den kommenden Wirtschaftsverhandlungen. Er räumte ein, daß die Intervention in der ČSSR einen großen Prestigeverlust für die „kommunistische Sache“ bedeutet habe. Ungarn werde die bisherige Politik gegenüber der Bundesrepublik fortsetzen. Es gebe „gewisse Möglichkeiten für kleine Schritte in Richtung auf die Normalisierung“.
- 413** 15.12. Gesandter Oncken, Washington, an Bundesminister Brandt S. 1598
- Oncken berichtet über Versuche von Privatpersonen aus der Bundesrepublik, Vertreter der künftigen amerikanischen Regierung zu einer Initiative gegen die Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin (West) zu veranlassen. Er habe jegliche Kenntnis über den Vorgang dementiert. Die Veröffentlichung des Vorgangs habe insbesondere Henry Kissinger sehr verärgert, der in der Frage der Bundesversammlung den Standpunkt vertrete, daß an „einer klaren festen Linie“ nicht gerüttelt werden dürfe.
- 414** 16.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank S. 1602
- Frank analysiert neuere Entwicklungen in der geplanten trilateralen Zusammenarbeit zum Bau einer Gasultrazentrifuge. Großbritannien habe ohne Rücksprache mit der Bundesrepublik und den Niederlanden die italienische Regierung über den Gang der Verhandlungen informiert und ihr sogar eine mögliche Beteiligung in Aussicht gestellt. Im Interesse der Beziehun-

gen zu Italien könne die Bundesregierung nicht hinter der britischen Offerte zurückbleiben. Allerdings sollte die Beteiligung auch weiteren europäischen Staaten offenstehen. Bei den Expertengesprächen am 19. Dezember 1968 in Bonn müsse auf eine entsprechende Formel hingearbeitet werden.

- 415** 16.12. Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1606

Grewe berichtet über eine von der Bundesrepublik beantragte Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats aus Anlaß der von den USA vorgeschlagenen Erweiterung der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission (ENDC). Er bat um Erläuterung, warum von der bisher vertretenen Position, die Zusammensetzung der ENDC dürfe nicht geändert werden, abgewichen worden sei. Allein aufgrund dieses Arguments hätten bislang die Bundesrepublik und andere NATO-Staaten auf eine Kandidatur verzichtet. Die Bundesrepublik könne sich jedoch nicht auf Dauer damit abfinden, Objekt der ENDC zu sein. Der amerikanische Botschafter Cleveland verwies auf Gespräche, die im Rahmen der UNO stattgefunden hätten, und erklärte sich zu Konsultationen bereit. In der Debatte fand die Position der Bundesrepublik breite Unterstützung.

- 416** 16.12. Staatssekretär Duckwitz an Botschafter Löns, Wien S. 1609

Duckwitz stellt fest, daß die DDR in Österreich politisch wie wirtschaftlich in beträchtlichem Umfang Fuß gefaßt habe, und verweist auf Ressortabkommen in den Bereichen Verkehr und Handel. Er macht darauf aufmerksam, daß diese Entwicklung Vorbildcharakter für andere neutrale Staaten haben könne. Sollte die österreichische Regierung etwa versuchen, die Rolle eines Mittlers zwischen Ost und West zu übernehmen, so müßte die Bundesregierung die Folgen für die bilateralen Beziehungen sorgfältig prüfen.

- 417** 17.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 1611

Bahr gibt ein Gespräch vom Vortag mit dem sowjetischen Gesandten wieder. Bondarenko vertrat die Ansicht, daß es zum Nichtverbreitungsabkommen „nichts zu verhandeln gebe“. Ferner zeigte er sich überzeugt, daß die Bundesregierung mit der geplanten Einberufung der Bundesversammlung nach Berlin (West) versuche, in der Berlin-Frage vollendete Tatsachen zu schaffen. Diese Ortswahl könne nur als Wunsch nach einer „Kraftprobe“ verstanden werden. Die UdSSR werde jedoch niezulassen, daß Berlin (West) Teil der Bundesrepublik werde. Bahr teilt abschließend mit, daß er die Position der Bundesregierung „mit wachsender Härte“ vertreten habe.

- 418** 18.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr S. 1613

Bahr faßt Überlegungen zu möglichen amtlichen Kontakten zu den kommunistischen Staaten Asiens nach Beendigung des Vietnam-Kriegs zusammen. In Frage kämen ein Austausch von

Handelsvertretungen oder der Abschluß eines Warenabkommens mit der Volksrepublik China, ferner eine Kontaktaufnahme über die Privatwirtschaft oder über karitative Organisationen mit der Mongolischen Volksrepublik, der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) sowie der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam). Dabei sei auf eine Abstimmung mit den USA zu achten: Weder solle die Bundesrepublik in Verzug geraten, noch dürfe sie durch ein „Vorpreschen“ die amerikanische Position in Asien belasten.

- 419 18.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1618

Ruete legt den Entwurf einer Weisung für Botschafter Allardt, Moskau, zur Fortführung der Gespräche zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR im Januar 1969 vor. Themen könnten die Errichtung von Konsulaten und eine Vertiefung der technologischen Zusammenarbeit sein. Auch eine Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen könnte erörtert werden, falls die UdSSR bereit sei, die wirtschaftliche Bindung von Berlin (West) an die Bundesrepublik stillschweigend anzuerkennen. Des weiteren wird eine Fortsetzung des Meinungsaustauschs über Gewaltverzicht angeregt.

- 420 19.12. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem dänischen Außenminister Hartling S. 1621

Hartling stellt fest, daß es außer dem Defizit im Handel mit der Bundesrepublik keine bilateralen Probleme gebe. Er erkundigt sich nach den Aussichten Dänemarks für einen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Brandt erläutert den Fortschritt der Bemühungen um eine über die Gemeinschaften hinausgehende europäische Zusammenarbeit. Die geplanten Handelsarrangements sollen keinen Ersatz für eine Mitgliedschaft darstellen, sondern sie vorbereiten helfen. Geprüft werde auch eine Kooperation auf technologischem Gebiet. Damit hätten die Beitrittskandidaten die Möglichkeit einer „Integration à la carte“. Hartling äußert Bedenken, daß eine technologische Zusammenarbeit als Ersatz für eine EG-Mitgliedschaft gewertet werden könne.

- 421 19.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem norwegischen Botschafter Sommerfelt S. 1630

Kiesinger erläutert Überlegungen, die Verfassungsmäßigkeit der NPD prüfen zu lassen. Sommerfelt fragt, ob die Entscheidung der Bundesregierung gegen eine Aufwertung der DM von Dauer sein könne. Kiesinger bejaht dies. Anschließend äußert sich der Botschafter unzufrieden über die französischen Vorschläge für Handelsarrangements zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den beitrittswilligen Staaten, da wichtige Bereiche der norwegischen Außenwirtschaft ausgeschlossen bleiben sollten. Zur Lage im Warschauer Pakt führt Kiesinger aus, daß sich die Verhältnisse beruhigt hätten und er keine aktuelle Ge-

fahr sehe. Dennoch „bleibe das ungute Gefühl, daß die Entwicklungen im Ostblock über die Grenzen des sowjetischen Herrschaftsbereichs hinausschlagen könnten“.

- 422** 19.12. Botschafter Lüders, Luxemburg, an das Auswärtige Amt S. 1633

Lüders berichtet von einem Gespräch mit dem Generalsekretär im luxemburgischen Außenministerium über die Stellungnahme der Bundesregierung zu den italienischen Vorschlägen vom 26. November 1968 für eine verstärkte europäische Zusammenarbeit im Rahmen der WEU. Angesichts der französischen Drohung, bei einer Aufnahme des italienischen Papiers in die Tagesordnung die WEU-Ministerratstagung am 6./7. Februar 1969 zu boykottieren, erachtete Dumont eine Diskussion der Vorschläge als „exercice académique“. Er beklagte den Zustand der europäischen Integration. Jeder Staat kooperiere nur noch dort, wo er Vorteile für sich aushandeln könne.

- 423** 20.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse van Well S. 1635

Van Well teilt mit, daß die drei Westmächte am 18. Dezember 1968 über die Luftverkehrsverhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom 10. bis 17. Dezember 1968 informiert worden seien. Die sowjetische Seite habe einen Vorschlag für Flugrouten vorgelegt, in dem Berlin-Schönefeld als Zwischenlandepunkt auf dem Weg von und nach Frankfurt/Main erwähnt werde. Sie habe jedoch zu verstehen gegeben, daß dies allein aus Rücksicht auf die DDR erfolge. Der Vertreter der Bundesregierung erwähnte gegenüber den Verbündeten, daß für eine Einbeziehung von Schönefeld Gegenleistungen im Bereich des Verkehrs zwischen den beiden Teilen Berlins erreicht werden könnten. Er bezeichnete das sowjetische Angebot als fair und bat darum, politischen Aspekten den Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen zu geben. Der amerikanische Vertreter äußerte dagegen die Ansicht, daß nach dem 21. August 1968 einseitige Vorleistungen nicht gerechtfertigt seien.

- 424** 20.12. Botschafter Sonnenhol, Pretoria, an das Auswärtige Amt S. 1639

Sonnenhol berichtet über ein Gespräch mit dem südafrikanischen Verteidigungsminister am 4. Dezember 1968. Botha informierte über die militärische Zusammenarbeit mit Frankreich und regte eine Einbeziehung der Bundesrepublik an. Er bekundete anhaltendes Interesse an der Lieferung von Waffen aus der Bundesrepublik, vor allem von U-Booten. Diese Rüstungsgüter würden zur Sicherung der Kap-Route und damit zum Schutz der westlichen Welt eingesetzt. Ferner regte Botha die Entsendung eines Militärrattachés aus der Bundesrepublik nach Pretoria an. Sonnenhol schlägt vor, einen privaten Besuch von Botha in der Bundesrepublik zu ermöglichen.

-
- 425 20.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete** S. 1642
- Ruete legt dar, daß die drei Westmächte angeregt hätten, die aufgrund der Maßnahmen der DDR vom 11. Juni 1968 im Reiseverkehr von und nach Berlin (West) erfolgte Verschärfung der TTD-Richtlinien wieder rückgängig zu machen. Sie hätten darauf hingewiesen, daß die in den „Ostkontakte“ der NATO-Mitgliedstaaten nach der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR beobachtete „Karenzzeit“ abgelaufen sei. Angesichts der Vereinbarungen vom 6. Dezember 1968 über den Interzonenhandel sowie des wachsenden innenpolitischen Drucks in den NATO-Staaten empfiehlt Ruete, einer Wiederherstellung der alten Regelung zuzustimmen. Lediglich die neu eingeführte Gebührenregelung solle beibehalten werden.
- 426 22.12. Botschafter Böker, New York (UNO), an das Auswärtige Amt** S. 1643
- Böker berichtet über ein Gespräch mit dem jugoslawischen Botschafter bei der UNO. Vratuša teilte mit, daß sowjetische Vertreter während der UNO-Generalversammlung ständig auf die Verantwortung der Bundesrepublik für die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR hingewiesen hätten. Seit den Ereignissen des 20./21. August 1968 habe Jugoslawien die Unterstützung der „osteuropäischen Gruppe“ in der UNO verloren. Des Weiteren äußerte Vratuša Verständnis für die Einstellung der Bundesregierung sowohl zum Nichtverbreitungsabkommen als auch zum Status von Berlin (West).
- 427 24.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete** S. 1645
- Ruete faßt den Verlauf einer kurzfristig einberufenen Sonderitzung der Bonner Vierergruppe zusammen. Die Bundesregierung wurde darüber informiert, daß am Vortag die Botschafter in Moskau – Roger Seydoux (Frankreich), Thompson (USA) und Wilson (Großbritannien) – zum Ersten Stellvertretenden Außenminister der UdSSR gerufen worden seien. Kusnezow habe eine mündliche Protesterklärung gegen die Abhaltung der Bundesversammlung am 5. März 1969 in Berlin (West) abgegeben. Hinweise auf frühere Bundesversammlungen in Berlin (West) seien zurückgewiesen worden. Nach Ruetes Ansicht ist der sowjetischen Erklärung ein beträchtliches Gewicht zuzumessen.
- 428 30.12. Generalkonsul Hellbeck, Hongkong, an das Auswärtige Amt** S. 1647
- Hellbeck übermittelt Informationen des dpa-Korrespondenten in Peking, Bargmann, über die offizielle chinesische Reaktion auf Äußerungen des Bundesministers Brandt gegenüber der Wochenzeitung „Publik“ zur Gestaltung des zukünftigen Verhältnisses zu den kommunistischen Staaten Asiens. Die Volksrepublik China mißbillige die Tatsache, daß sie „in einem Atem“ mit der Mongolei genannt worden sei. Zudem habe sie kein Interesse an der Einrichtung einer BDI-Vertretung, da diese nur privatrechtlichen Charakter haben würde. Darüber hinaus in-

teressiere die chinesische Regierung, inwieweit die Erwägungen der Bundesregierung von den USA beeinflußt seien. Schließlich sei abgelehnt worden, die Freilassung inhaftierter oder festgehaltener Deutscher zur Bedingung für eine Kontaktaufnahme zu machen.

- 429** 31.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Groepper S. 1650

Groepper stellt fest, daß sich aus den Artikeln 53 und 107 der UNO-Charta kein Interventionsrecht der Vier Mächte gegenüber der Bundesrepublik ergebe. Auch die in einem „internen Papier“ des amerikanischen Außenministeriums vertretene Position, daß Zwangsmaßnahmen rechtmäßig seien, sobald sie von allen Vier Mächten gebilligt würden, sei rechtlich nicht haltbar. In einer Analyse der Abkommen über Deutschland seit 1944 legt Groepper dar, daß eine gemeinsame oberste Exekutivgewalt der Vier Mächte über Deutschland, auf die sich die amerikanische Stellungnahme bezieht, nie ausgeübt worden sei.

Literaturverzeichnis

- AAPD Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte. Jahresband 1949/50. Jahresband 1963 (Teilbände I–III). Jahresband 1964 (Teilbände I–II). Jahresband 1965 (Teilbände I–III). Jahresband 1966 (Teilbände I–II). Jahresband 1967 (Teilbände I–III), München 1994–1998.
- ADAP, D Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1941). Band II: Deutschland und die Tschechoslowakei (Oktober 1937–September 1938). Band VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch (9. August bis 3. September 1939), Baden-Baden 1950 bzw. 1956.
- ADENAUER, Erinnerungen IV Konrad Adenauer, Erinnerungen 1959–1963. Fragmente, Stuttgart 1968.
- AdG Archiv der Gegenwart, zusammengestellt von Heinrich Siegler, Bonn/Wien/Zürich 1955 ff.
- ALLARDT, Moskauer Tagebuch Helmut Allardt, Moskauer Tagebuch. Beobachtungen, Notizen, Erlebnisse, Düsseldorf/Wien 1973.
- ALPHAND, L'étonnement Hervé Alphand, L'étonnement d'être. Journal (1939–1973), Paris 1977.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN Amtsblatt der europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM), Brüssel 1958 ff.
- AUSSENPOLITIK DER DDR Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Band XVI: 1968, 2 Teilbände, hrsg. vom Institut für Internationale Beziehungen an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“ in Zusammenarbeit mit der Abteilung Rechts- und Vertragswesen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1971.
- BAHR, Zu meiner Zeit Egon Bahr, Zu meiner Zeit, München 1996.
- BIRRENBACH, Sondermission Kurt Birrenbach, Meine Sondermissionen. Rückblick auf zwei Jahrzehnte bundesdeutscher Außenpolitik, Düsseldorf/Wien 1984.
- BEN GURION UND ADENAUER Yeshayahu A. Jelinek und Rainer A. Blasius, Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria. Gesprächsaufzeichnungen vom israelisch-deutschen Gipfeltreffen in New York am 14. März 1960. Dokumentation, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45 (1997), S. 309–344.

Literaturverzeichnis

- BRANDT, Begegnungen und Einsichten
Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975, München/Zürich 1978.
- BRANDT, Erinnerungen
Willy Brandt, Erinnerungen. Frankfurt am Main/Zürich 1989.
- BT ANLAGEN
Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950 ff.
- BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE
Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.
- BULLETIN
Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.
- BULLETIN DER EWG
Bulletin der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, hrsg. vom Sekretariat der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel 1958 ff.
- BULLETIN DER EG
Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, hrsg. vom Generalsekretariat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1968 ff.
- CARSTENS, Erinnerungen
Karl Carstens, Erinnerungen und Erfahrungen, hrsg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoekel, Boppard am Rhein 1993.
- CHARTER OF THE UNITED NATIONS
Charter of the United Nations. Commentary and Documents, hrsg. von Leland M. Goodrich, Edvard Hambro und Anne Patricia Simons, 3. Auflage, New York/London 1969.
- CONGRESSIONAL RECORD
Congressional Record. Proceedings and Debates of the 89th Congress. Second Session, Band 112, Teil 16 (August 29, 1966, to September 12, 1966), hrsg. vom United States Government Printing Office, Washington D. C. o. J.
- CONSTITUTIONS: Cyprus
Constitutions of the Countries of the World. Cyprus, hrsg. von Stanley Kyriakides, New York 1972.
- COUVE DE MURVILLE, Politique Étrangère
Maurice Couve de Murville, Une politique étrangère, Paris 1971.
- DBPO III/I
Documents on British Policy Overseas. Serie III, Band I: Britain and the Soviet Union, 1968–72, hrsg. von G. Bennet und K. A. Hamilton, London 1997.
- DEPARTMENT OF STATE BULLETIN
The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy, Washington D.C. 1949 ff.
- DOCUMENTS ON DISARMAMENT
Documents on Disarmament, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D.C. 1964 ff.

DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND	Dokumente des geteilten Deutschland. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Band 1, hrsg. von Ingo von Münch, 2. Auflage, Stuttgart 1976.
DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE	Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1966, hrsg. vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn, in Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin, 3. Auflage, München 1967.
DUBČEK, Leben	Alexander Dubček, Leben für die Freiheit, München 1993.
DzD II/1	Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 1: Die Konferenz von Potsdam, 3 Teilbände, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, bearbeitet von Gisela Biewer, Neuwied 1992.
DzD III	Dokumente zur Deutschlandpolitik. III. Reihe: Vom 5. Mai 1955 bis 9. November 1958, 4 Bände, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Frankfurt am Main 1961–1969.
DzD IV	Dokumente zur Deutschlandpolitik. IV. Reihe: Vom 10. November 1958 bis 30. November 1966, 12 Bände, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt am Main 1971–1981.
DzD V	Dokumente zur Deutschlandpolitik. V. Reihe: Vom 1. Dezember 1966 bis 20. Oktober 1969. Band 1: 1. Dezember 1966 bis 31. Dezember 1967, 2 Teilbände. Band 2: 1. Januar bis 31. Dezember 1968, 2 Teilbände, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearbeitet von Gisela Oberländer, Frankfurt am Main 1984 bzw. 1987.
ERSTER GESAMTBERICHT 1967	Erster Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaften 1967, hrsg. von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel-Luxemburg 1968.
EUROPA-ARCHIV	Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn 1946 ff.
FRUS 1945	Foreign Relations of the United States 1945. Band III: European Advisory Commission; Austria; Germany, Washington D.C. 1968.
FRUS 1947	Foreign Relations of the United States 1947. Band III: The British Commonwealth, Europe, Washington D.C. 1972.

FRUS 1961–1963	Foreign Relations of the United States 1961–1963. Band XIV: Berlin Crisis 1961–1962, Washington D.C. 1993.
FRUS 1964–1968	Foreign Relations of the United States 1964–1968. Band VIII: International Monetary and Trade Policy. Band XI: Arms Control and Disarmament. Band XIII: Western Europe Region, Washington D.C. 1997, 1995 bzw. 1998.
DE GAULLE, Discours et messages	Charles de Gaulle, Discours et messages. Band 3: Avec le renouveau (Mai 1958 – juillet 1962). Band 4: Pour l'effort (Août 1962 – décembre 1965). Band 5: Vers le terme (Janvier 1966 – avril 1969), [Paris] 1970.
HAEFS, Ereignisse	Hanswilhelm Haefs, Die Ereignisse in der Tschechoslowakei vom 27.6.1967 bis 18.10.1968. Ein dokumentarischer Bericht, Bonn 1969.
HANSARD	Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Fifth Series. Band 745 (Session 1966/67) bis Band 773 (Session 1968/69), London [1967–1969].
LAHR, Zeuge	Rolf Lahr, Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934–1974, Hamburg 1981.
KIESINGER, Jahre	Kurt Georg Kiesinger, Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904–1958, hrsg. von Reinhard Schmoekel, Stuttgart 1989.
KUSTERER, Kanzler und General	Hermann Kusterer, Der Kanzler und der General, Stuttgart 1995.
MLYNÁR, Nachtfrost	Zdenik Mlynár, Nachtfrost. Das Ende des Prager Frühlings, Frankfurt am Main 1988.
PARTEITAG DER SPD	Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 17. bis 21. März 1968 in Würzburg. Protokoll der Verhandlungen. Ange nommene und überwiesene Anträge, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn [1968].
DIE POLITIK DES GEWALTVERZICHTS	Die Politik des Gewaltverzichts. Eine Dokumentation der deutschen und sowjetischen Erklärungen zum Gewaltverzicht. 1949 bis Juli 1968. Veröffentlicht durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, [Bonn] 1968.
LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE	La Politique Étrangère de la France. Textes et Documents. Notes et Etudes Documentaires. 1967. 1968, hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Paris 1968 bzw. 1969.
PRAG 1968	Jan Pauer, Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe–Planung–Durchführung, Bremen 1995.

- PUBLIC PAPERS, JOHNSON
Public Papers of the Presidents of the United States. Lyndon B. Johnson. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to December 31, 1966. January 1 to December 31, 1967. January 1, 1968, to January 20, 1969, Washington D.C. 1967–1970.
- PUBLIC PAPERS, KENNEDY
Public Papers of the Presidents of the United States. John F. Kennedy. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to November 22, 1963, Washington D.C. 1964.
- PUBLIC PAPERS TRUMAN
Public Papers of the President of the United States. Harry S. Truman. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to December 31, 1947, Washington D.C. 1963.
- ŠIK, Prager Frühlingserwachen
Ota Šik, Prager Frühlingserwachen. Erinnerungen, Herford 1988.
- SMRKOVSKÝ, Das unvollendete Gespräch
Josef Smrkovský, Das unvollendete Gespräch, in: Jan Skála, Die ČSSR. Vom Prager Frühling zur Charta 77. Mit einem dokumentarischen Anhang, Berlin 1978, S. 129–168.
- STATISTISCHES JAHRBUCH
Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1956 ff.
- UN GENERAL ASSEMBLY, 23rd Session, Plenary Meetings
United Nations. Official Records of the General Assembly, Twenty-third Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings. 24 September–21 December 1968, 2 Bde., New York 1971.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS I
United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich, New York 1972 ff.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS II
United Nations Resolutions. Series II: Resolutions and Decisions Adopted by the Security Council, hrsg. von Dusan J. Djonovich, New York 1988 ff.
- UNITED NATIONS SECURITY COUNCIL, Official Records, 23rd year
United Nations Security Council. Official Records, 23rd year, 1387th Meeting to 1462th Meeting (25 January–31 December 1968), New York 1972.
- UNTS
United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements. Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, [New York] 1946/47 ff.
- UNITED NATIONS YEARBOOK
Yearbook of the United Nations 1968. Band 22, hrsg. vom Office of Public Information. United Nations, New York 1971.

Literaturverzeichnis

ZBIÓR DOKUMENTÓW

Zbiór Dokumentów/Recueil de Documents, hrsg. vom Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, Warschau 1945 ff.

ZEHNTER GESAMTBERICHT 1966/67

Zehnter Gesambericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1. April 1966 – 31. März 1967), hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, [Brüssel] 1967.

**ZUFÄLLE AUF DEM WEG ZUR NEUEN
OSTPOLITIK**

Hansjakob Stehle, Zufälle auf dem Weg zur neuen Ostpolitik. Aufzeichnungen über ein geheimes Treffen Egon Bahrs mit einem polnischen Diplomaten 1968, in: *Vierteljahrsschriften für Zeitgeschichte* 43 (1995), S. 159–171.

ZWEITER GESAMTBERICHT 1968

Zweiter Gesambericht über die Tätigkeit der Gemeinschaften 1968, hrsg. von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel–Luxemburg 1969.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt	BM	Bundesministerium für
ABC-Waffen	atomare, biologische und chemische Waffen		Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Abg.	Abgeordneter	BMV	Bundesministerium für Verkehr
ABM	Anti-Ballistic Missile	BMVtg.	Bundesministerium der Verteidigung
ACDA	(United States) Arms Control and Disarmament Agency	BMwF	Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung
ADM	Atomic Demolition Munition/Mines	BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst	BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
AEG	Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft	BND	Bundesnachrichtendienst
AG	Aktiengesellschaft	BPA	Bundespresseamt
AM	Außenminister	BQD	Berlin Quadripartite Documents
Anl./Anlg.	Anlage/Anlagen	BR I	Botschaftsrat I. Klasse
ATO	Allied Travel Office	BRD	Bundesrepublik Deutschland
AWP	Allied Working Party on International Accounting of Post and Telecommunications	BVR	Bundesverteidigungsamt
AZ	Aktenzeichen	CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
BBC	British Broadcasting Corporation	CIA	Central Intelligence Agency
BGBl.	Bundesgesetzblatt	CNEA	Comisión Nacional de Energía Atómica
BKA	Bundeskanzleramt	COMECON	Council for Mutual Economic Aid/Assistance
BKC/L	Berlin Kommandatura Commandant/Letter	CSKA	Central'nyj sportivnyj klub armii
BM	Bundesministerium	ČSSR	Československá Socialistická Republika
BMF	Bundesministerium der Finanzen	CSU	Christlich-Soziale Union
BMG	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen	CTK	Československá Tisková Kancelář
BMI	Bundesministerium des Innern	D	(Ministerial-)Direktor
BMJ	Bundesministerium der Justiz		

Abkürzungsverzeichnis

DAC	Development Assistance Committee	EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
DB	Drahtbericht	FDJ	Freie Deutsche Jugend
DDR	Deutsche Demokratische Republik	FDP	Freie Demokratische Partei
DE	Drahterlaß	FRG	Federal Republic of Germany
DEMAG	Deutsche Maschinenfabrik Aktiengesellschaft	FS	Fernschreiben
Dg	(Ministerial-)Dirigent	GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund	GDR	German Democratic Republic
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag	geh.	geheim
dpa	Deutsche Presseagentur	GUZ	Gasultrazentrifuge
DPC	Defence Planning Committee	GV	Gewaltverzicht
DRK	Deutsches Rotes Kreuz	GZT	Gemeinsamer Zolltarif
EAG	Europäische Atomgemeinschaft	h	hora/Stunde
ECE	Economic Commission for Europe	HV	Handelsvertretung
EEC	European Economic Community	IAEA	International Atomic Energy Agency
EFTA	European Free Trade Association	IAEO	Internationale Atomenergieorganisation
EG	Europäische Gemeinschaften	IGH	Internationaler Gerichtshof
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland	IMF	International Monetary Fund
ELDO	European Space Vehicle Launcher Development Organization	IOC	International Olympic Committee
ENDC	Eighteen Nations Disarmament Committee	IOK	Internationales Olympisches Komitee
ESK	Europäische Sicherheitskonferenz	i.V.	in Vertretung
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft	IWF	Internationaler Währungsfonds
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft	IZH	Interzonenhandel
		KAN	Klub angažovaných nestraníku
		KP	Kommunistische Partei
		KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei

Abkürzungsverzeichnis

KPCh	Kommunistische Partei Chinas	NOK	Nationales Olympisches Komitee
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	NNK	Nicht-Nuklearstaaten-Konferenz
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion	NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
KPF	Kommunistische Partei Frankreichs	NPG	Nuclear Planning Group/Nukleare Planungsgruppe
KPI	Kommunistische Partei Italiens	NPT	Non-proliferation Treaty
KPR	Kommunistische Partei Rumäniens	NS	Nationalsozialismus
KPTsch	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei	NV/NVV	Nichtverbreitung/Nichtverbreitungsvertrag
KS I	Konsulatssekretär I. Klasse	NVA	Nationale Volksarmee
LR I	Legationsrat I. Klasse	OAU	Organisation for African Unity
LS	Legationssekretär	OCAM	Organisation Commune Africaine et Malgache
MAN	Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg	OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
MB	Ministerbüro	OEEC	Organisation for European Economic Cooperation
MC	Military Committee	POLAD	Political Adviser
MD	Ministerialdirektor	PStS	Parlamentarischer Staatssekretär
MdB	Mitglied des Bundestages	PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
Mdg/MDg	Ministerialdirigent	RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor (Berlin)
MENA	Middle East News Agency	RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
Mio.	Million/en	SACEUR	Supreme Allied Commander Europe
MLF	Multilateral Force	SALT	Strategic Arms Limitation Talks
MRBM	Medium Range Ballistic Missile	SBZ	Sowjetische Besatzungszone
MR	Ministerialrat	SEATO	South-East Asia Treaty Organisation
Mrd.	Milliarde/n		
MW	Megawatt		
NATO	North Atlantic Treaty Organisation		
NDAC	Nuclear Defence Affairs Committee		
NfD	Nur für den Dienstgebrauch		

Abkürzungsverzeichnis

SECAM	Système en couleur avec mémoire	UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East
SED	Sozialistische Einheits- partei Deutschlands	US	United States
SFRJ	Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien	USA	United States of America
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	USSR	Union of Socialist Soviet Republics
SPF	Sozialdemokratische Partei Finnlands	UStS	Unterstaatssekretär
StS	Staatssekretär	VE	Verrechnungseinheit
SU	Sowjetunion	vertr.	vertraulich
TASS	Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza	VLR I	Vortragender Legationsrat I. Klasse
Tgb.	Tagebuch	VN	Vereinte Nationen
TTD	Temporary Travel Document	VR	Volksrepublik
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	VS	Verschlußsache
UK	United Kingdom	WEU	Westeuropäische Union
UN	United Nations	WHO	World Health Organisation
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development	WP	Warschauer Pakt
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation	z.b.V.	zur besonderen Verwendung
UNO	United Nations Organisation	ZAR	Zentralafrikanische Republik
		ZK	Zentralkomitee